

EIS GEMENG

De Gemengebuuet vu Stroossen

03
21

Séances du conseil communal du 02.06 et du 14.07.2021

DE

Gemeinderatssitzung
vom 02. Juni 2021 P05

Gemeinderatssitzung
vom 14. Juli 2021 P33

FR

Séance du conseil communal
du 02 juin 2021 P15

Séance du conseil communal
du 14 juillet 2021 P43

EN

Communal Council meeting
of 02 June 2021 P24

Communal Council meeting
of 14 July 2021 P52



COMMUNE DE

Strassen

📍 1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen

☎ +352 31 02 62 - 1

✉ reception@strassen.lu

🌐 www.strassen.lu

📘 Commune de Strassen

📷 Strassen_Stroossen

🌐 CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :
brain&more

Impression :
Reka Print, Ehlerange
FSC Recyclé, Nautilus Super White

Photos :
101 Studios
Martine Pinnel
Commune de Strassen



Klima-Bündnis
Lëtzebuerg

PacteClimat
Ma commune s'engage pour le climat

LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL

PUNDEL Nico

Bourgmestre - CSV



WELTER-GAUL Betty

Échevin - LSAP



ROOB Jean Claude

Échevin - LSAP



BESTGEN-MARTIN Maryse

Conseillère - Déi Gréng



DIESCHBURG-NICKELS Martine

Conseillère - DP



DURRER Jean-Marie

Conseiller - CSV



EL KHOURY Victoria

Conseillère - LSAP



FISCHER Marc

Conseiller - DP



GLEIS François

Conseiller - CSV



GLESENER Laurent

Conseiller - DP



KANDEL Léandre

Conseiller - DP



KLENSCH Paul

Conseiller - LSAP



REMMY Claire

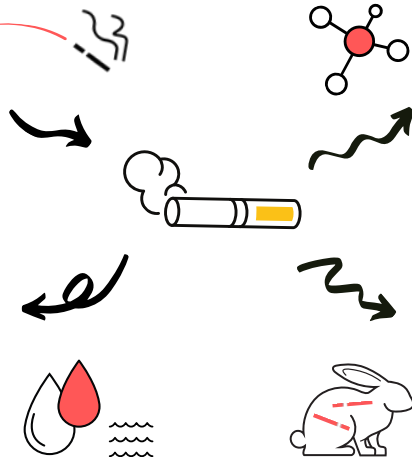
Conseillère - Déi Gréng

De Stomp ass net d'Enn vun der Zigarett.

FIR D'NATUR ASS E JUST DEN UFANK VUM PROBLEM.

2/3 landen op der Strooss, um Trottoir oder am Waasser!

E kleng Reen geet duer, fir déi **gëfteg** Stoffen an eis Biedem a Flëss ze bréngen.



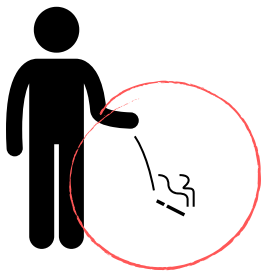
De Filter ass aus **Plastik** dee sech nëmme ganz lues (an net komplett) an der Natur zersetzt.

D'Stëmp kënne vu wëllen **Déiere** giess ginn an zum Leiden / Doud féieren.

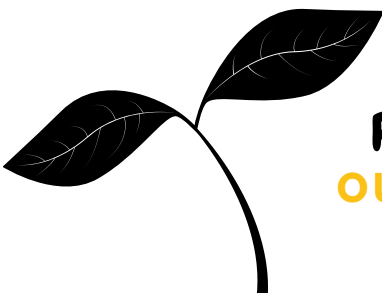


Zigarettestëmp sinn deen Offall, deen am heefegsten an der Natur ewechgeheit gött.

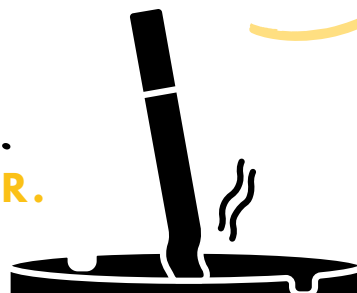
Si gehéieren net op de Buedem, mee an den **Äschebecher** / an d'**Poubelle!**



info@ebl.lu



RESPEKT.
OUNI FILTER.



Gemeinderatssitzung vom 2. Juni 2021

DE

TAGESORDNUNG

1. **Annahme der provisorischen Schulorganisation für das Schuljahr 2021/2022.**
2. **Vorläufige Genehmigung des Schulentwicklungsplans 2021-2024.**
3. **Genehmigung des Verzeichnisses der Außenstände für das Jahr 2020.**
4. **Genehmigung eines Nachtrags zur Allgemeinen Straßenverkehrsordnung.**
5. **Bestätigung mehrerer Verkehrsreglements.**
6. **Genehmigung einer punktuellen Änderung des ordentlichen Haushalts.**
7. **Beschluss über die Ausübung eines Vorkaufsrechts.**
8. **Genehmigung einer Vereinbarung mit VALORLUX.**
9. **Beschluss über zwei Parzellierungen von Grundstücken.**
10. **Verschiedenes.**
11. **Beschluss im Rahmen eines Angebots zum Immobilienerwerb (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).**
12. **Beschlüsse im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).**
13. **Personalangelegenheiten: Ernennung zum Gemeindevorsteher (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).**
14. **Schulangelegenheiten: Ernennungen auf der 1. Liste des Bildungsministeriums (MENJE) (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).**

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Betty Welter-Gaul (LSAP), erster Schöffe; Jean Claude Roob (LSAP), zweiter Schöffe. Maryse Bestgen-Martin (Déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Victoria El Houry (LSAP); Laurent Glesener (DP); Jean-Marie Durrer (CSV); François Gleis (CSV); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP), Gemeinderatsmitglieder. Sekretär: Christian Muller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Marc Fischer (DP); Claire Remmy (déi Gréng), Gemeinderatsmitglieder.

Änderung der Tagesordnung.

Das Schöffenkollégium schlägt vor, einen der Anträge auf Vorkaufsrecht unter Punkt 7 von der Tagesordnung zu streichen, da die Unterlagen nicht vollständig sind.

Alle Mitglieder des Gemeinderates sind mit dieser Änderung einverstanden.

1. Annahme der provisorischen Schulorganisation für das Schuljahr 2021/2022.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass der Gemeinderat aufgerufen ist, die provisorische Schulorganisation für das Schuljahr 2021/2022 zu verabschieden, sowie den Schulentwicklungsplan (Plan de développement scolaire - PDS) für die Jahre 2021-2024 (Punkt 2 der Tagesordnung). Er fügt hinzu, dass die Ernennungen für die jeweiligen Lehrerstellen am Ende der Sitzung unter Punkt 14 der Tagesordnung behandelt werden.

Der Bürgermeister erläutert, dass im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Schüler zugenommen hat und es eine Klasse mehr gibt, also insgesamt 49 Schulklassen mit 735 Kindern. Fast 90 Mitarbeiter stehen für den Unterricht und die Betreuung zur Verfügung. Die Früherziehungs- und Vorschulklassen bleiben in den Schulen „Blummewiss“ und „Hueflach“. Der Bürgermeister führt weiter aus, dass die 12 Klassen des Zyklus 2 in die neue Schule "Antoine de Saint-Exupéry" umziehen werden und damit die meisten der 15 Räume der neuen Schule in Anspruch nehmen und ist der Auffassung, dass die neue Schule somit bereits an ihre Kapazitätsgrenze stößt. Nicolas Pundel (CSV) teilt mit, dass die Vorbereitungen für den Umzug in die neue Schule in vollem Gange sind und die Klassenräume bereitstehen. Nur der Spielplatz müsse noch fertiggestellt werden, da die Arbeiten sich wegen der Pandemie verzögert haben. Die Gemeinde wird außerdem in Kürze einen neuen Schulpförtner einstellen.

Der Bürgermeister kündigt außerdem an, dass die offizielle Einweihung der neuen Schule am 24. September um 15 Uhr in Anwesenheit des Ministers für Bildung, Kinder und Jugend, Claude Meisch stattfindet. Nicolas Pundel (CSV) weist darauf hin, dass das

veranschlagte Budget von 12 Millionen Euro für die neue Schule und ihre Außenanlagen voraussichtlich nicht überschritten wird.

Für das Schuljahr 2021/2022 sieht die Schulorganisation fünf Klassen in der Früherziehung, 12 Vorschulklassen, 12 Klassen im Zyklus 2, 10 Klassen im Zyklus 3 und 10 Klassen im Zyklus 4 vor. Nach Aussage des Bürgermeisters ist ein Anstieg der Schülerzahl zu verzeichnen, dieser sei jedoch nicht allzu stark.

Nicolas Pundel (CSV) teilt mit, dass die Gemeinde derzeit 4 Eingliederungsklassen hat, was angesichts der hohen Zahl an ausländischen Einwohnern in der Gemeinde auch wenig verwunderlich sei. Der Bürgermeister geht kurz auf die Arbeitsweise der Eingliederungsklassen ein, bei denen es vor allem darum geht, eine der Amtssprachen des Großherzogtums zu erlernen. Im Rahmen der Schulorganisation sind auch zwei Erzieher vorgesehen, welche die Lehrkräfte unterstützen sowie eine Lehrkraft für Kinder mit besonderen Bedürfnissen.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass die Grundschule in Strassen immer noch zum Netzwerk der UNESCO-assoziierten Schulen gehört, erläutert dies anhand einiger Schultätigkeiten, die in besagtem Rahmen stattfinden und verweist auf die Grundsätze dieser Initiative, deren Ziel es ist, jungen Menschen die Ideale der UNESCO nahe zu bringen: Frieden, Völkerverständigung, Achtung der Menschenrechte, Zugang zu Wissen für alle und nachhaltige Entwicklung.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) weist darauf hin, dass die Gemeinde auch weiterhin über drei Busse für den Schultransport verfügt.

Beim Schwimmunterricht gab es laut Aussagen des Bürgermeisters Probleme beim Zugang zum kommunalen Schwimmbad für die Schulklassen der Gemeinde. Es seien Gespräche zwischen den Verantwortlichen und den Lehrkräften geplant, um eine Lösung für diese Probleme zu finden.

Der Bürgermeister erklärt, dass im Rahmen des Unterrichts eine ganze Reihe von Bildungsmaßnahmen im Bereich Umweltschutz stattfinden, wie Besuche in Unternehmen oder Aktionen zur Abfallvermeidung.

Was die Verkehrserziehung angeht, zitiert der Bürgermeister die Teilnahme an der nationalen „Coupe scolaire“. Nicolas Pundel (CSV) unterstreicht auch die hervorragende Arbeit, die von der Schulbibliothek geleistet wird.

Der Bürgermeister bedauert, dass die „classe de neige“, also die winterliche Klassenfahrt, schon zwei Mal wegen Covid-19 ausfallen musste. Er erklärt, dass ein Aufenthalt in Luxemburg, als Ersatz für die Klassenfahrt, wegen der immer noch geltenden Beschränkungen des Bildungsministeriums nicht organisiert werden konnte. Er geht aber davon aus, dass die für März 2022 geplante „classe de neige“ stattfinden kann und teilt mit, dass die entsprechenden Reservierungen bereits vorgenommen wurden.

Das Mitglied des Gemeinderates Maryse Bestgen-Martin (Déi Gréng) weist darauf hin, dass eine neue „Pedibus“-Linie (eine Art Autobus zu Fuß) geschaffen wird. Sie bedauert, dass die Begleitung immer noch von der Gemeinde übernommen wird und ist der Meinung, dass diese die Eltern stärker motivieren sollte, diese Aufgabe zu übernehmen. Dies würde auch eher den sozialen Zielsetzungen dieser Initiative entsprechen. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) stimmt dem Gemeinderatsmitglied im Prinzip zu, erklärt jedoch, dass es fast unmöglich sei, die Eltern zu einem dauerhaften und zuverlässigen Engagement zu bewegen, und dass die Gemeinde den reibungslosen Ablauf des Dienstes gewährleisten müsse. Die Betreuung erfolgt durch eine Mitarbeiterin der Gemeinde in Begleitung eines REVIS-Empfängers, der für gemeinnützige Tätigkeiten abgestellt ist. Er ist trotz allem der Meinung, dass die Gemeinde das „Pedibus“-Netz weiter ausbauen sollte.

Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) erkundigt sich nach der Erfolgsquote in den Eingliederungsklassen und wie lange die Kinder in diesen Klassen bleiben. Der Bürgermeister erwidert, dass dies vom individuellen Niveau der jeweiligen Schüler abhängt und dass es keine vorgeschriebene Dauer gibt. Die Schüler werden in die Regelschule integriert, sobald sie sich das erforderliche Kompetenzniveau erarbeitet haben. Nicolas Pundel (CSV) lobt die hervorragende Arbeit, die in diesem Bereich auf kommunaler Ebene geleistet wird.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) erkundigt sich nach der Altersverteilung in den einzelnen Eingliederungsklassen. Der Bürgermeister antwortet, dass es eine Eingliederungsklasse pro Zyklus gibt.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) begrüßt die Tatsache, dass die Klassengrößen aufgrund eines leichten Rückgangs der Schülerzahlen relativ gering sind. Sie berichtet, dass Eltern wegen des Spielplatzes in der Nähe der neuen Schule an sie herangetreten sind. Auf diesem Spielplatz gäbe es ein Spielgerät, das recht hoch sei und, nach Ansicht dieser Eltern, ungenügend gesichert sei. Der Bürgermeister verspricht, sich der Angelegenheit anzunehmen. Martine Dieschburg-Nickels (DP) fragt, ob es Statistiken zu den Unfällen auf Spielplätzen der Gemeinde gebe, um Gefahrenpunkte zu erkennen und zu beseitigen. Der Bürgermeister erwidert, dass bei einem solchen Unfall die Gemeinde benachrichtigt wird. Seines Wissens gibt es auf den Spielplätzen der Gemeinde keine besonderen Gefahrenpunkte.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) spricht ein Rundschreiben der Leitung der „Maison relais“ an, welches die Eltern darüber informiert, dass die Mitarbeiter der Einrichtung von nun an keine Medikamente mehr an Kinder verabreichen dürfen. Der Bürgermeister bestätigt, dass das Ministerium dies so vorschreiben will und dass diesbezüglich Gespräche mit den Maison relais geführt werden. Er räumt ein, dass er wenig Verständnis für diese neue Regelung hat, die er für übertrieben hält, und glaubt, dass die Pläne des Ministeriums zu unnötigem Aufwand und Kosten führen werden, da die Gemeinde sich gezwungen sehen wird, eine Krankenschwester einzustellen, um diese Aufgabe zu übernehmen. Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) ist der Ansicht, dass Erzieher dieser Aufgabe nach entsprechender Schulung durchaus übernehmen können. Der Bürgermeister gibt ihr Recht und fügt hinzu, dass in dieser Angelegenheit wohl noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) erkundigt sich, ob es nicht möglich wäre, auf dem Hof des Kindergartens ein Wetterdach anzubringen. Der Bürgermeister erwidert, dass vorgesehen ist, in Kürze Markisen und ein Wetterdach zu installieren.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) meint, dass die Schülerzahl im Laufe des Jahres aufgrund von Neuzugängen noch steigen könnte. Er erkundigt sich, wie hoch der Prozentsatz der Kinder ist, die in der Maison relais zu Mittag essen. Der Bürgermeister führt aus, dass dieser Anteil recht hoch und beständig bei fast 80% der Kinder liegt, die in der Maison relais zu Mittag essen. Seiner Ansicht nach sollte die Mittagspause verkürzt werden, um Probleme mit der Disziplin zu vermeiden, da die meisten Schüler nicht nach Hause gehen. Was die Neuzugänge anbelangt, so erklärt der Bürgermeister, dass manche Eltern vorausschauend vorgehen und ihre Kinder schon vor ihrem Umzug in der Gemeinde anmelden. Er bestätigt allerdings, dass Neuankommlinge, die sich später anmelden, manchmal bis Oktober warten müssen, bis ihre Kinder einen Platz in der Maison relais bekommen. Seiner Ansicht nach stellt dies jedoch kein unüberwindliches Problem dar, da private Kinderkrippen hier übernehmen können. Außerdem ist die Tatsache, dass die ministeriellen Vorschriften bezüglich der zulässigen Anzahl von Kindern bezogen auf die Größe des Schulgebäudes so häufig geändert werden, problematisch. Das Schulgebäude „Blummewiss“ wurde so konzipiert, dass die Korridore als Aufenthaltsraum genutzt werden können. Eine neue Regelung verpflichtet die Gemeinde jedoch dazu, die Fläche der Korridore bei der Berechnung der Gesamtfläche nicht mehr mit zu berücksichtigen, wodurch die Zahl der Kinder, die betreut werden dürfen, verringert wird. In diesem Zusammenhang kündigt Bürgermeister Nicolas Pundel an, dass nach dem Umzug des Zyklus 2 in die neue Schule das Erdgeschoss des Gebäudes „Ben Heyart“ umgebaut wird, damit dort die Maison relais für den Zyklus 3 untergebracht werden kann.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) begrüßt die Tatsache, dass die Klassengrößen recht klein sind, da seiner Ansicht nach in der Grundschule Klassen mit jeweils etwa 14 Schülern ideal sind. Hinsichtlich des von Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) angesprochenen potenziellen Sicherheitsproblems auf dem Spielplatz begrüßt er die Idee, mit Hilfe von Statistiken eventuelle Gefahrenpunkte zu ermitteln. Was die neuen Regelungen zur Medikamentenvergabe in den Maison relais angeht, so teilt er die Auffassung von Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV).

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch, der gleichzeitig auch Mitglied der Arbeitsgruppe ist, erkundigt sich nach dem derzeitigen Stand des Projekts zur Zusammenführung von Maison relais und Schulen, das 2018 vom damaligen Schöffenkollegium ins Leben wurde. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass das Konzept der Projektarbeitsgruppe und eines Fachingenieurbüros als Grundlage für die Planung des zukünftigen Schulgebäudes für den Zyklus 1 herangezogen wird. Er erläutert, dass in diesem Gebäude Schule und Maison relais teilweise zusammengeführt werden können, dass es aber nicht immer möglich ist, eine vollständige Doppelnutzung derartiger Infrastrukturen umzusetzen. Darüber hinaus gäbe es zusätzliche Probleme, was die Zusammenarbeit der jeweiligen Akteure angeht, insbesondere aufgrund einer mangelnden Kommunikation zwischen Erziehern und Lehrern. Der Bürgermeister geht kurz auf die Organisation der Maison relais in der Gemeinde ein und betont, wie wichtig es ist, den Eltern das Konzept der Maison relais zu erklären. Außerdem habe es in Strassen in kurzer Zeit einen rapiden Zuwachs bei der Maison relais gegeben und dies führe zwangsläufig zu Reibungen auf der Managementebene.

Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) fragt nach, ob für das Schulpersonal Erste-Hilfe-Kurse angeboten werden. Der Bürgermeister erklärt, dass Lehrkräfte zwar durchaus die Möglichkeit hätten, an solchen Kursen teilzunehmen, er wisse aber nicht, ob diese verpflichtend seien. Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) erklärt, dass eine derartige Schulung in den Kinderkrippen und der Maison relais obligatorisch ist. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) ergänzt, dass für das Schulpersonal keinerlei Erste-Hilfe-Ausbildung verbindlich vorgeschrieben ist. Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) ist der Meinung, dass man auch Schüler für solche Kurse sensibilisieren sollte. Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) entgegnet, die Schüler seien zu jung, um eine derartige Verantwortung zu übernehmen. Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) erläutert, dass es Erste-Hilfe-Kurse speziell für Kinder gibt. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) verspricht, sich zu informieren, ob man solche Kurse anbieten könne und wie viele Mitarbeiter an den Schulen eine solche Schulung absolviert haben. Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) teilt die Einschätzung von

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) und betont, dass es gut sei, Kindern Kenntnisse über Vorbeugung und Sicherheit zu vermitteln und ihnen beizubringen, wie man vor Gefahren warnt und sich davor schützt. Er teilt mit, dass Schüler der Sekundarstufe im Rahmen ihrer Schulausbildung Erste-Hilfe-Kurse und -Schulungen erhalten und dass Sekundarschullehrer nicht verpflichtet sind, eine Erste-Hilfe-Schulung zu absolvieren, um an Sekundarschulen unterrichten zu dürfen.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) kommt noch einmal auf das auf das Projekt für die Zusammenführung von Maison relais und Schule zurück. Er weist darauf hin, dass für die beiden Einrichtungen unterschiedliche Zulassungsverfahren gelten und dass die zugrunde gelegten Kriterien nicht die gleichen sind. Der Bürgermeister bestätigt dies und wiederholt, dass die gemeinsame Nutzung solcher Strukturen immer nur teilweise erfolgen kann.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) bittet um detaillierte Angaben zum künftigen Schulgebäude des Zyklus 1. Der Bürgermeister erklärt, dass das Projekt noch in der Vorbereitungsphase ist. Sobald das Gesamtkonzept feststeht, kann die Gemeinde ein Architekturbüro mit der Ausarbeitung konkreter Pläne beauftragen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) zeigte sich überrascht darüber, dass die Pläne zur Zusammenführung der Schulen und der Maison relais weiter vorangetrieben wurden. Sie bedauert ebenso wie Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP), dass sie als Mitglied der Arbeitsgruppe im Jahr 2018 nicht über die Entwicklung des Projekts auf dem laufenden gehalten wurde. Der Bürgermeister ist der Auffassung, dass das Follow-up des Projekts durch die Pandemie gelitten hat und verspricht, dass die Arbeitsgruppe so bald wie möglich wieder ihre Arbeiten aufnimmt.

Die provisorische Schulorganisation für das Schuljahr 2021/2022 wird einstimmig genehmigt.

2. Vorläufige Genehmigung des Schulentwicklungsplans 2021-2024.

Der Gemeinderat wird gebeten, den Schulentwicklungsplan (PDS - Plan de développement scolaire) für

die Jahre 2021-2024 zu verabschieden. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erläutert, dass jede Schule in Luxemburg einen eigenen Schulentwicklungsplan vorlegen muss. Dieser Plan beschreibt die Zielsetzungen, die sich die Schule in verschiedenen akademischen und nicht-akademischen Bereichen gegeben hat. Als Beispiel nennt der Bürgermeister das Projekt „Regenbogenpfad“, das den Schulkindern Grundwerte wie Solidarität und Toleranz nahebringen soll.

Der Bürgermeister erläutert, dass ein zweites Projekt im Rahmen des PDS, zum Thema unterstütztes Lernen, im neuen Plan nicht mehr enthalten sein wird, da die Lehrkräfte diese Praxis als normalen Bestandteil ihrer Tätigkeit einbauen möchten. Die für den PDS bereitgestellten Mittel werden daher in ihrer Gesamtheit für den „Regenbogenpfad“ verwendet. Der Bürgermeister ergänzt, dass in diesem Zusammenhang bereits eine Reihe von Workshops stattgefunden haben. Auch die Veröffentlichung eines Liederbuchs sei geplant.

Abschließend weist der Bürgermeister darauf hin, dass die endgültige Fassung des Schulentwicklungsplans in einer späteren Sitzung vorgelegt wird, dass aber der Schulentwicklungsplan zusammen mit der vorläufigen Schulorganisation genehmigt werden muss. Er schlägt daher vor, die Aussprache zu vertagen.

Der vorläufige PDS für den Zeitraum 2021-2024 wird einstimmig angenommen.

3. Genehmigung des Verzeichnisses der verbleibenden Außenstände für das Jahr 2020 .

Der Gemeinderat wird aufgerufen, das Verzeichnis der verbleibenden Außenstände für das Jahr 2020 zu verabschieden. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) verweist darauf, dass sich die Außenstände im Jahr 2018 auf 171.000 Euro beliefen, im Jahr 2019 auf 150.000 Euro und im Jahr 2020 auf 121.000 Euro und dass sie für das laufende Jahr bei 80.000 Euro liegen.

Er betont weiterhin, dass die Entlastungen relativ hoch ausfallen, bevor er dem Schöffen Jean Claude Roob (LSAP) das Wort erteilt, um die Details zu erläutern. Dieser verweist darauf, dass Marc Feider im Begriff ist, Yves Welschbillig als Gemeindeeinnahmer abzulösen,

und dass unter diesen Umständen die Gemeinde beschlossen hat, bestimmte, schon länger bestehende Schulden zu erlassen. Diese Forderungen resultierten hauptsächlich aus Konkursen, bei denen die Schuldner nicht mehr auffindbar sind oder nicht in der Lage, ihre Schulden zu begleichen. Als Beispiel führt er einen Fall an, in dem die Gemeinde nach einem Zahlungsbefehl mit Pfändung eine Erstattung von 2,88 Euro pro Monat erhielt und fügt hinzu, dass es weitere ähnliche Fälle gibt. Nach Ansicht des Schöffen Jean Claude Roob (LSAP) macht es keinen Sinn, auf der Rückerstattung solcher Beträge zu bestehen. Andere Fälle betreffen Personen, die nicht mehr in Luxemburg ansässig sind. In diesen Fällen ist die Beitreibung nicht möglich oder würde unverhältnismäßig hohe Kosten im Verhältnis zu den ausstehenden Beträgen verursachen. Die Summe der Schulden beläuft sich auf 29.034,15 Euro.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) fügt hinzu, dass sich das Schöffengericht durchaus bewusst ist, dass aus moralischer Sicht Schuldner stets dazu verpflichtet sein sollten, ihre Schulden auch zu begleichen. Er ist aber auch der Meinung, dass der neue Gemeindevorsteher in der Lage sein sollte, seine Tätigkeit mit realen Außenständen aufnehmen zu können, ohne gezwungen zu sein, Verfahren einzuleiten, die von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Er betont auch die ausgezeichnete Arbeit, die diesbezüglich von Yves Welschbillig geleistet wurde.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) dankt Yves Welschbillig für seine Arbeit und Unterstützung. Sie fragt nach, warum einige Beträge in der Übersicht der Außenstände gelb gekennzeichnet sind. Yves Welschbillig erläutert, dass es sich um Fälle handelt, bei denen ein Zahlungsbefehl anhängig ist, der Fall aber noch nicht abgeschlossen ist. Das Mitglied des Gemeinderates fragt, inwiefern die Gemeinde Kenntnis hat von der neuen Adresse von Personen, die die Gemeinde verlassen, da es ja keine gesetzliche Verpflichtung mehr für sie gibt, ihren Ortswechsel zu melden. Yves Welschbillig erklärt, dass dies in der Tat ein Problem sei, dass aber die meisten Personen ihren Zuzug in einer neuen Gemeinde melden. Der Gemeindevorsteher hat Zugang zu den Datenbanken des Bürgeramtes und des staatlichen Registers für natürliche Personen. In manchen Fällen ist es nicht möglich, die neue Adresse zu ermitteln.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) bittet um zusätzliche Informationen bezüglich eines als „zahlungsunfähig“ gekennzeichneten Schuldenerlasses für eine Mietzahlung von 7.528 Euro. Yves Welschbillig erläutert, dass es sich dabei um eine Person handelt, die nach Frankreich umgezogen ist, ohne ihre Schulden bei der Gemeinde zu begleichen.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) bedauert, dass manche Personen nicht dazu verpflichtet werden, ihre Schulden zu begleichen. Der Bürgermeister gibt ihm prinzipiell recht, ist aber auch der Meinung, dass die Gemeindekasse die Möglichkeit haben sollte, derartig problematische Vorgänge abzuschließen.

Sämtliche Mitglieder des Gemeinderats sprechen Yves Welschbillig ihren Dank für seine Dienste aus und wünschen seinem Nachfolger alles Gute.

Das Verzeichnis der verbleibenden Außenstände für das Jahr 2020 wird einstimmig angenommen.

4. Genehmigung eines Nachtrags zur allgemeinen Straßenverkehrsordnung.

Der Gemeinderat wird ersucht, einen Nachtrag zur allgemeinen Straßenverkehrsordnung zu verabschieden. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erläutert kurz die 17 Artikel des Nachtrags.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) geht auf Artikel 1 des Nachtrags ein, in dem es darum geht, dass Fahrradfahrer in der Rue des Romaines auf dem Flurnamen „Béchel“ (Abschnitt zwischen der Rue de la Chapelle und der Rue de l'Église) in der Einbahnstraße in Gegenrichtung fahren dürfen. Er fragt nach, ob eine Lösung, die mehr Sicherheit gewährleistet, in Aussicht ist. Der Bürgermeister bestätigt, dass mindestens fünf Vorschläge zur Lösung dieses Problems vorliegen. Eines der Probleme besteht darin, dass einige Häuser keine Garage haben. Seiner Ansicht nach ist es an dieser Stelle besonders wichtig, dass die Straßenverkehrsteilnehmer aufeinander Rücksicht nehmen. Nach Ansicht des Gemeinderatsmitglieds Laurent Glesener (DP) wäre an diesem Ort ein „Shared Space“-Konzept wünschenswert. Auch der Bürgermeister fände eine derartige Lösung wünschenswert. Gemeinderatsmitglied Laurent

Glesener (DP) plädiert dafür, dass ein Gesamtkonzept entwickelt wird.

Für Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) stellen E-Bikes aufgrund ihrer hohen Geschwindigkeit eine Gefahr dar. Die Gemeinderatsmitglieder Martine Dieschburg-Nickels (DP) und Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) sind sich einig, dass es einen generellen Mangel an gegenseitiger Rücksichtnahme und Respekt bei den Verkehrsteilnehmern zu verzeichnen gibt. Der Bürgermeister ist der Auffassung, dass eine Minderheit von Verkehrsteilnehmern sich nie an die Vorschriften halten wird und daran auch nichts zu ändern ist.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) stellt fest, dass für die Buslinie 8 kein Halt zwischen dem Rathaus und der Kreuzung der Rue de la Chapelle und der Route d'Arlon vorgesehen ist und hält es für notwendig, eine zusätzliche Haltestelle einzurichten. Laut Bürgermeister ist dies ohne größere Umstände machbar und er verspricht, sich dieser Angelegenheit anzunehmen.

Der Nachtrag zur allgemeinen Straßenverkehrsordnung wird einstimmig angenommen.

5. Bestätigung mehrerer Verkehrsreglements .

Der Gemeinderat wird ersucht, mehrere Verkehrsreglements für Baustellen in der Rue des Romains, der Route d'Arlon und der Rue A. Beffort zu bestätigen.

Die Verkehrsreglements werden einstimmig bestätigt.

6. Genehmigung einer punktuellen Änderung des ordentlichen Haushalts. .

Der Gemeinderat wird ersucht, eine punktuelle Änderung des ordentlichen Haushalts zu billigen. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erläutert, dass der Staat die Teuerungszulage aufgrund der Gesundheitskrise verdoppelt hat. Da die Gemeinde einen Teil dieser Zulage zahlt, steigt der entsprechende Haushaltsposten von 32.000 Euro auf 92.000 Euro. Der Schöffe erklärt, dass im Jahr 2019, 83 Anträge auf Zulagen eingegangen sind, von denen 80 bewilligt wurden, mit einer Gesamtsumme von 35.032 Euro zu Lasten der Gemeinde. Im Jahr 2020 wurden 101 von 102 Anträgen bewilligt.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) geht davon aus, dass die Teuerungszulage voraussichtlich auf diesem Niveau bleiben wird. Er teilt zudem mit, dass es im Schöffenkollegium Überlegungen dazu gibt, den von der Gemeinde finanzierten Anteil an der Zulage, der 25% beträgt, zu erhöhen. Nach Angaben des Bürgermeisters würden andere Gemeinden einen größeren Anteil finanzieren.

Dann kommt der Bürgermeister auf den zweiten zu ändernden Punkt zu sprechen, den Haushaltsposten für die Anschaffung von Material zur Bekämpfung von Covid-19. Entgegen ihrer ursprünglichen Planung habe die Gemeinde beschlossen, allen Einwohnern und auch den Restaurantbesitzern Covid-19-Tests gratis zur Verfügung zu stellen. Die Ausgaben hierfür belaufen sich auf 25.000 Euro für 10.000 Tests. Das Schöffenkollegium schlägt vor, 50.000 Euro für diesen Haushaltsposten vorzusehen, um so für weitere unvorhergesehene Entwicklungen gerüstet zu sein.

Die Gemeinderatsmitglieder François Gleis (CSV) und Martine Dieschburg-Nickels (DP) begrüßen die Initiative, den Restaurantbesitzern kostenlose Tests zur Verfügung zu stellen.

Die punktuelle Änderung des ordentlichen Haushalts wird einstimmig genehmigt.

7. Beschluss über die Ausübung eines Vorkaufsrechtes.

Die Gemeinde hat einen Antrag auf Ausübung des Vorkaufsrechtes für ein Grundstück in der Rue Reckenthal erhalten. Das Schöffenkollegium schlägt vor, sein Vorkaufsrecht nicht auszuüben.

Die Ausübung eines Vorkaufsrechtes auf dem fraglichen Grundstück wird einstimmig abgelehnt.

8. Genehmigung einer Vereinbarung mit VALORLUX .

Der Gemeinderat wird gebeten, eine Vereinbarung mit der Firma VALORLUX über die getrennte Sammlung von PMC-Verpackungsabfällen (Plastik, Metall und Karton) zu genehmigen. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) weist darauf hin, dass das Schöffenkollegium schon länger auf diese neue Vereinbarung gewartet

hat, die zwei zusätzliche Abfallkategorien für die Wiederverwertung vorsieht: Plastikfolien und -tüten sowie Töpfe, Becher und Plastikschalen. Der Rest der Vereinbarung bleibt unverändert. Nicolas Pundel ergänzt diesbezüglich, dass VALORLUX die Abfallsammlung organisiert und beaufsichtigt, Plastiktüten bereitstellt und die Gemeinde bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. VALORLUX wird Informationsbroschüren an die Haushalte verteilen und auch Inhalte für die Website der Gemeinde bereitstellen. Der Bürgermeister führt weiter aus, dass VALORLUX die Abfälle nach der Abholung trennt und der Gemeinde die Entsorgung der nicht wiederverwertbaren Abfälle zu einem Preis von 120.- Euro pro Tonne in Rechnung stellt. Er schätzt, dass die Kosten, die der Gemeinde in Bezug auf diesen letzten Punkt entstehen, nicht mehr als ein paar hundert Euro pro Jahr betragen dürften.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) begrüßt die Vereinbarung und die damit verbundenen Sensibilisierungsmaßnahmen. Ihrer Meinung nach ist es jedoch immer noch am besten, jegliche Art von Plastikverpackung von vornherein zu vermeiden. Der Bürgermeister stimmt dem Gemeinderatsmitglied zu. In diesem Sinne hält er das Konzept der Abfallverwertung für kontraproduktiv.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) schließt sich diesem Standpunkt an und ist der Ansicht, dass das neue Abfallwirtschaftsgesetz zur Lösung dieses Problems beitragen wird, da hier Händler und Hersteller stärker in die Pflicht genommen werden.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) ist der Ansicht, dass alle Gesellschaftsschichten in dieser Frage einen Teil der Verantwortung tragen. Seiner Meinung nach sollte die Gemeinde die Einwohner stärker für die Abfallproblematik sensibilisieren. Der Bürgermeister erwidert, dass die Gemeinde vorhat, im Herbst eine entsprechende Kampagne zu starten.

Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) schlägt vor, dass die Gemeinde im Rahmen ihres Weiterbildungsangebotes für Erwachsene auch Heimwerkerkurse anbieten soll, um Gegenständen ein zweites Leben zu geben. Sie fügt hinzu, dass eine solche Initiative die perfekte Ergänzung zu dem von der Gemeinde geförderten Prinzip der Abfallvermeidung

wäre. Sie schlägt eine ihr bekannte Person vor, die „Upcycling“ betreibt und bereit wäre, Kurse zu geben. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) begrüßt diesen Vorschlag und geht davon aus, dass es möglich sein wird, solche Kurse zu organisieren.

Die Vereinbarung mit VALORLUX wird einstimmig angenommen.

9. Beschluss über zwei Parzellierungen von Grundstücken.

Dem Gemeinderat liegen zwei Anträge auf Aufteilung von zwei Parzellen in der Rue Kaltacht und der Rue Chaussée Blanche zur Genehmigung vor.

Die beiden Anträge werden einstimmig angenommen.

10. Verschiedenes.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) erkundigt sich nach dem Verlauf des Treffens mit dem Minister für Mobilität und öffentliche Arbeiten am 31. Mai. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass die Mitglieder des Schöffenkollegiums und die Vertreter der einzelnen Fraktionen des Gemeinderats vom Minister für Mobilität und öffentliche Arbeiten, François Bausch, sowie von der Ministerin für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung, Carole Dieschbourg, empfangen wurden. Die Gemeindevertreter überreichten bei dieser Gelegenheit die 1.450 Unterschriften von Anwohnern, die Maßnahmen zur Lärmbekämpfung und zur Bekämpfung des übermäßigen Verkehrsaufkommens fordern. Die Gemeinde hatte außerdem eine Tagesordnung vorgeschlagen, in der die verschiedenen Punkte, für die es Diskussionsbedarf gibt, aufgeführt wurden. Trotzdem hat die Unterredung zum Bedauern des Bürgermeisters zu keinen konkreten Ergebnissen geführt.

Was das Lärmproblem entlang der Autobahn A6 betrifft, so hat das Ministerium keine Einwände gegen eine Überdachung des Autobahnabschnitts zwischen den Brücken der Route d'Arlon und der Rue du Kiem. Der Bürgermeister bedauert, dass sich das Ministerium wegen des geplanten Autobahnausbaus, der mit vielen Unwägbarkeiten verbunden sei, nicht zur Errichtung von Lärmschutzvorrichtungen verpflichten

will. Nach Ansicht des Bürgermeisters könnten diese Maßnahmen sehr wohl schon zum jetzigen Zeitpunkt durchgeführt werden. Auch die Gespräche über die Sanierung der Inertstoffdeponie "An den Dielen" waren nicht gerade erfolgreich. Darüber hinaus kündigte das Ministerium an, dass auf der A6 auf jeden Fall eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 90 km/h eingeführt werde, wobei gleichzeitig angemerkt wurde, dass diese Maßnahme nur wenig dazu beitragen werde, den Lärmpegel zu reduzieren.

Was den Ausbau des Luxtram-Netzes betrifft, so ist das Ministerium der Ansicht, dass die erste begrenzte Phase des Netzes der Gemeinde bereits von Nutzen sein wird, insbesondere durch den Bau eines neuen Parkplatzes in Höhe der Route de Longwy. Der Ausbau bis nach Mamer ist erst für eine spätere Phase geplant als Teil des künftigen nationalen Mobilitätsplans 2035. Konkrete Termine für den Start der Arbeiten an den beiden Entlastungsstrecken in Merl und zwischen Haff Kandel und der Route d'Arlon konnte das Ministerium nicht nennen. Das Ministerium hat jedoch den Vorschlag befürwortet, in der Rue des Carrefours und in einem Teil der Rue Reckenthal eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h einzuführen.

Der Bürgermeister bedauert auch, dass das Ministerium kein Konzept für Radwege vorlegen konnte. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) ergänzt, dass dieser Aspekt auch Teil des nationalen Mobilitätsplans 2035 sei. Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) äußert sein Unverständnis darüber, dass das Ministerium den Ausbau des Luxtram-Netzes auf der Route de Longwy als prioritär einstuft. Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) schließt sich der Einschätzung des Bürgermeisters bezüglich der Unterredung an. Ihrer Meinung nach sollte die Gemeinde auf konkreten Maßnahmen bestehen, insbesondere, was den Lärmschutz angeht. Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) findet, dass die Regierung die Gemeindeverantwortlichen in eine heikle Lage gegenüber ihren Bürgern bringt, da lang erwartete Projekte nicht umgesetzt werden.

Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) schlägt vor, dass die Gemeinde den Dienst eines öffentlichen Schreibers anbietet, der den Bürgern bei der Erledigung ihrer Verwaltungsangelegenheiten hilft. Ein solches

Angebot gibt es bereits in anderen Gemeinden wie Mamer, Luxemburg oder Esch-sur-Alzette. Ihrer Ansicht nach gibt es in der Gemeinde einen echten Bedarf für ein solches Angebot. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) räumt ein, dass ihm das Konzept fremd ist, ist aber auch der Meinung, dass das Schöffenkollégium keine grundsätzlichen Vorbehalte gegen ein solches Vorhaben hat. Er erläutert, dass die „Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés“ (ASTI) einen solchen Dienst anbietet und kündigt an, dass in Kürze ein Treffen mit den Verantwortlichen der Vereinigung geplant sei. Das Schöffenkollégium könne sich bei dieser Gelegenheit eingehender über das Konzept des öffentlichen Schreibers informieren. Nicolas Pundel (CSV) meint auch, dass die Gemeinde Bartringen ihre Erfahrungen teilen könne.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) erkundigt sich, ob die Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit bekommen werden, das neue Schulgebäude noch vor seiner Eröffnung zu besichtigen. Der Bürgermeister verspricht, eine solche Besichtigung zu organisieren.

Der Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) gibt bekannt, dass alle Bewohner des „Centre Résidentiel et d'Accueil pour Personnes âgées Riedgen“, also des Seniorenwohnheims, gegen Covid-19 geimpft wurden, mit Ausnahme einer Person, die die Impfung verweigerte. Danach wurden keine weiteren Fälle von Covid-19 nachgewiesen.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) berichtet, ihm sei ein Gerücht zu Ohren gekommen, wonach die Gemeinde einen Tierpark mit Ziegen anlegen wolle und bittet um nähere Angaben zu diesem Vorhaben. Bürgermeister Nicolas Pundel erklärt, dass in der Tat vorgesehen ist, im Park Riedgen einen kleinen Tierpark aufzubauen. Das Schöffenkollégium habe ein Treffen mit den Verantwortlichen des Tierparks in Esch-sur-Alzette vereinbart, um sich diesbezüglich zu informieren. Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) merkt dazu an, dass Ziegen nicht einfach zu halten sind und dass sie Lärm und unangenehme Gerüche verursachen. Er hielte andere Tiere, wie z. B. Alpakas, für ein solches Projekt für geeigneter. Der Bürgermeister erklärt, dass das Projekt nur auf Grundlage eines klar durchdachten Konzepts umgesetzt werden könne.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) verspricht, die Anregungen und Bemerkungen der Gemeinderatsmitglieder bei der Ausarbeitung des Projekts zu berücksichtigen.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) begrüßt das Tierparkprojekt, ist aber auch der Meinung, dass ein solches Vorhaben gut durchdacht sein muss und dass die Gemeinde die Meinung der Anwohner dazu einholen sollte.

Zum Thema Schulorganisation begrüßt Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) die Tatsache, dass sich zahlreiche männliche Lehrkräfte um eine Lehrerstelle in Stroossen beworben haben. Trotzdem sei das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Lehrkräften in den Grundschulen der Gemeinde Stroossen unausgewogen. Von 5 Lehrkräften ist nur 1 ein männlicher Lehrer. Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) legt Wert darauf, dass es ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen gibt. Er ist der Meinung, dass eine solche gleichmäßige Geschlechterverteilung bei den Lehrkräften für die soziale Entwicklung der Kinder von Vorteil ist.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) teilt mit, dass der Verein „Foyer de jour Stroossen“ nach 30-jährigem Engagement Ende Mai aufgelöst und die Kindertagesstätte „Wibbeldewapp“ von der Caritas übernommen wurde. Sie erklärt, dass der Verein seine restlichen Mittel der Kinderkrippe zur Verfügung gestellt hat, um damit eine Reihe von Projekten zu finanzieren. Bezüglich des geplanten neuen Schulgebäudes für den Zyklus 1 erkundigt sich das Gemeinderatsmitglied, ob es ein Dokument gibt, das sämtliche Beanstandungen der Mitglieder des Gemeinderats bezüglich der städtebaulichen Umgestaltung des Dorfkerns umfasst. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) antwortet, dass es kein derartiges Einheitsdokument gebe und dass das Schöffenkollégium sämtliche im Lauf des Projekts erstellten Dokumente berücksichtigen werde.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) weist darauf hin, dass ein Weg im Bereich des „Gaaschtgrond“ in schlechtem Zustand ist und ist der Meinung, dass die Gemeinde sich um dessen Instandsetzung kümmern sollte. Sie berichtet auch über suspektes Treiben an diesem Ort. Der Bürgermeister verspricht, sich dieser Angelegenheit anzunehmen.

Séance du conseil communal du 02 juin 2021

ORDRE DU JOUR

1. Adoption de l'organisation scolaire provisoire pour l'année scolaire 2021/2022.
2. Approbation provisoire du PDS 2021-2024.
3. Approbation de l'état des restants de l'année 2020.
4. Approbation d'un avenant au règlement général de circulation.
5. Confirmation de plusieurs règlements de circulation.
6. Approbation d'une modification ponctuelle du budget ordinaire.
7. Décision portant sur l'exercice d'un droit de préemption.
8. Approbation d'une convention avec VALORLUX.
9. Décision portant sur deux morcellements de terrains.
10. Divers.
11. Décision dans le cadre d'une proposition d'acquisition immobilière (huis clos).
12. Décisions dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption (huis clos).
13. Affaires de personnel : Nomination au poste de receveur communal (huis clos).
14. Affaires scolaires : Nominations sur la 1^{ère} liste du MENJE (huis clos).

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1^{er} échevin ; Jean Claude Roob (LSAP), 2^e échevin. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Victoria El Khoury (LSAP) ; Laurent Glesener (DP) ; Jean-Marie Durrer (CSV) ; François Gleis (CSV) ; Léandre Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP), conseillers. Secrétaire : Christian Muller.

ABSENTS (EXCUSÉS)

Marc Fischer (DP) ; Claire Remmy (déi Gréng), conseillers.

Modification de l'ordre du jour.

Le collège échevinal propose de retirer une des demandes d'un droit de préemption figurant sous le point 7, puisque le dossier n'est pas complet.

Tous les membres du conseil approuvent la modification.

1. Adoption de l'organisation scolaire provisoire pour l'année scolaire 2021/2022.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que le conseil est appelé à approuver l'organisation scolaire provisoire pour l'année scolaire 2021/2022, ainsi que le plan de développement scolaire (PDS) pour les années 2021-2024 (point 2 de l'ordre du jour). Il ajoute que les nominations aux postes d'enseignants correspondants seront traitées en fin de session sous le point 14 de l'ordre du jour.

Le bourgmestre explique que, par rapport à l'année précédente, la population scolaire augmente d'une classe, à 49 classes au total, avec un contingent total de 735 enfants. Presque 90 intervenants assurent l'enseignement et la prise en charge. Les classes de l'enseignement précoce et préscolaire restent dans les écoles « Blummewiss » et « Hueflach ». Selon le bourgmestre, les 12 classes du cycle 2 vont déménager dans la nouvelle école « Antoine de Saint-Exupéry », occupant ainsi la plupart des 15 salles de la nouvelle école. Le bourgmestre estime que la nouvelle école approchera déjà ainsi sa capacité maximale. Nicolas Pundel (CSV) annonce que les travaux de déménagement vers la nouvelle école sont en cours et que les salles de classe sont prêtes. Il ne resterait qu'à finir des éléments de l'aire de jeux, dont les travaux sont retardés en raison de la pandémie. La commune est aussi sur le point d'engager un nouveau portier pour l'école.

Le bourgmestre annonce aussi que la nouvelle école sera officiellement inaugurée le 24 septembre à 15 heures, en présence du Ministre de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse, Claude Meisch. Selon Nicolas Pundel (CSV), le budget prévisionnel de 12 millions d'euros pour la nouvelle école et ses alentours ne devrait pas être dépassé.

Pour l'année scolaire 2021/2022, l'organisation scolaire comporte cinq classes dans l'éducation précoce, 12 classes dans l'éducation préscolaire, 12 classes dans le cycle 2, 10 classes dans le cycle 3 et 10 classes dans le cycle 4. Selon le bourgmestre, l'effectif scolaire augmente, mais pas de façon excessive.

Nicolas Pundel (CSV) explique que la commune comporte actuellement 4 classes d'accueil ce qui, selon lui, n'est pas étonnant vu le nombre important d'habitants étrangers dans la commune. Le bourgmestre explique brièvement le fonctionnement des classes d'accueil qui mettent l'accent sur l'apprentissage d'une des langues administratives du Grand-Duché. L'organisation scolaire dispose aussi de deux éducateurs en appui des enseignants, ainsi que d'une institutrice pour les enfants à besoins spécifiques.

Le bourgmestre rappelle que l'école fondamentale de Strassen fait toujours partie du réseau des Écoles Associées de l'UNESCO. Il donne quelques détails sur les activités de l'école dans ce cadre et rappelle les principes de l'initiative, qui vise à mobiliser les jeunes autour des idéaux de l'UNESCO : paix, compréhension internationale, respect des droits humains, accès de tous au savoir et au développement durable.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que la commune dispose toujours de trois bus pour le transport scolaire.

Au niveau de l'éducation à la natation, le bourgmestre explique qu'il y a eu des problèmes au niveau de l'accessibilité à la piscine communale pour les classes de la commune. Des discussions entre les responsables et le corps enseignant seraient planifiées afin de résoudre ces problèmes.

Le bourgmestre explique que de nombreux projets d'éducation environnementale, comme des visites d'entreprises ou des actions anti-gaspillage, sont réalisés au sein de l'école. Au niveau de l'éducation routière, le bourgmestre cite la « coupe scolaire » nationale. Nicolas Pundel (CSV) souligne aussi l'excellent travail accompli au sein de la bibliothèque scolaire.

Le bourgmestre regrette qu'en raison de la pandémie de Covid-19, la « classe de neige » n'a pas pu avoir

lieu à deux reprises. Il explique qu'un séjour alternatif au Luxembourg n'a pas pu être organisé en raison des restrictions toujours en vigueur au niveau de l'éducation nationale. Il estime que la classe de neige prévue en mars 2022 pourra avoir lieu et annonce que les réservations nécessaires ont été faites.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) remarque qu'une nouvelle ligne « Pedibus » (autobus pédestre) va être créée. Elle regrette que l'accompagnement soit toujours assuré par la commune et estime que cette dernière devrait davantage motiver les parents d'élèves à remplir cette mission. A ses yeux, cela correspondrait mieux aux objectifs sociaux de cette initiative. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) donne raison sur le principe à la conseillère, mais explique qu'il est quasiment impossible d'obtenir un engagement constant et fiable des parents et que la commune doit garantir le fonctionnement du service. L'accompagnement est assuré par une collaboratrice de la commune accompagnée d'une personne bénéficiaire du REVIS affectée à des travaux d'utilité collective. Il estime néanmoins que la commune devra continuer à développer le réseau « Pedibus ».

Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) demande quel est le taux de réussite dans les classes d'accueil et combien de temps les enfants restent dans ces classes. Le bourgmestre explique que cela dépend du niveau individuel des élèves et qu'il n'y a pas de durée strictement réglementaire. Les élèves sont intégrés dans l'enseignement normal dès qu'ils atteignent le seuil de compétences nécessaires. Nicolas Pundel (CSV) estime que le travail accompli à ce niveau dans la commune est excellent.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) aimerait connaître la répartition d'âge des différentes classes d'accueil. Le bourgmestre explique qu'il existe une classe d'accueil par cycle.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) salue le fait que l'effectif des classes soit relativement faible en raison d'une légère baisse du contingent. Elle dit avoir été contactée par des parents en raison de l'aire de jeux à proximité de la nouvelle école. Cette aire comporterait une plate-forme de jeu assez élevée qui serait insuffisamment sécurisée aux yeux de ces

parents. Le bourgmestre promet de s'occuper du problème. Martine Dieschburg-Nickels (DP) aimerait savoir dans ce contexte s'il existe des statistiques sur les accidents en relation avec les aires de jeux dans la commune, afin d'identifier et d'éliminer des points de danger. Le bourgmestre explique que la commune est notifiée lorsqu'un tel accident se produit. Il estime en outre qu'à sa connaissance, il n'existe pas de point de danger particulier sur les aires de jeux de la commune.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) dit avoir été informée d'une circulaire des responsables de la maison relais informant les parents que, dorénavant, ses collaborateurs ne pourront plus administrer des médicaments aux enfants. Le bourgmestre confirme que le ministère veut imposer ce système et que des discussions à cet égard sont en cours avec les maisons relais. Il avoue peu comprendre cette nouvelle régulation qu'il juge exagérée et estime que les plans du ministère apportent une complexité et des coûts inutiles en obligeant la commune à engager une infirmière uniquement pour cette tâche. La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) estime que des éducateurs peuvent très bien remplir cette mission après une formation appropriée. Le bourgmestre lui donne raison et estime que le dernier mot n'est pas dit dans ce dossier.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande s'il n'est pas possible d'installer un auvent dans la cour de l'école maternelle. Le bourgmestre explique que l'installation de marquises et d'un auvent est prévue à court terme.

Le conseiller François Gleis (CSV) estime que le nombre d'élèves pourrait encore augmenter au cours de l'année en raison des nouveaux arrivants. Il aimerait savoir quel est le pourcentage des enfants qui prennent leur déjeuner dans la maison relais. Le bourgmestre explique que ce taux reste constant et qu'il est assez élevé, avec près de 80 % des enfants profitant de la restauration à la maison relais. Il estime aussi qu'il faudra écourter la pause de midi en raison de problèmes de discipline, puisque la plupart des élèves ne rentrent pas à la maison. En ce qui concerne les nouveaux arrivants, le bourgmestre explique que certains parents sont proactifs et inscrivent leurs enfants avant même d'arriver dans la commune. Il confirme néanmoins que

les nouveaux arrivants tardifs doivent parfois attendre jusqu'en octobre pour que leurs enfants aient une place dans la maison relais. Il estime que ce n'est pas un problème insurmontable, puisque les crèches privées peuvent prendre le relais. En outre, les réglementations du ministère concernant le nombre d'enfants admissibles par rapport à la surface des bâtiments scolaires sont problématiques dans la mesure où elles changent souvent. Le bâtiment scolaire « Blummewiss » a été conçu pour pouvoir utiliser les couloirs comme salle de séjour. Or, une nouvelle réglementation oblige la commune à retirer la surface des couloirs de la surface totale, réduisant ainsi le nombre d'enfants pouvant être accueillis. Dans ce même contexte, le bourgmestre Nicolas Pundel annonce qu'après déménagement du cycle 2 dans la nouvelle école, le rez-de-chaussée du bâtiment « Ben Heyart » sera aménagé pour pouvoir accueillir la maison relais du cycle 3.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) salue le fait que l'effectif des classes soit assez faible. Il estime que des classes avec un effectif d'environ 14 élèves sont idéales dans l'enseignement fondamental. En ce qui concerne le potentiel problème de sécurité sur l'aire de jeux mentionné par la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP), il salue l'idée d'utiliser des statistiques afin d'identifier des points de danger. Au sujet des nouvelles réglementations sur l'administration de médicaments dans les maisons relais, il partage la vue du bourgmestre Nicolas Pundel (CSV).

En outre, le conseiller Paul Klensch, en tant que membre du groupe de travail, aimerait savoir où en est le projet visant à intégrer la maison relais et les écoles lancé en 2018 sous l'ancien collège échevinal. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que le concept du groupe de travail du projet et d'un bureau d'étude spécialisé constituent la base pour la planification du futur bâtiment scolaire prévu pour le cycle 1. Il explique que ce bâtiment permettra une intégration partielle de l'école et de la maison relais, mais estime aussi qu'il n'est pas toujours possible de réaliser un double emploi complet de telles infrastructures. Il explique que la collaboration des différentes équipes d'intervenants présente des problèmes supplémentaires, notamment en raison d'une communication insuffisante entre éducateurs et enseignants. Le bourgmestre rappelle brièvement l'organisation de la maison relais dans la

commune. Il souligne l'importance de communiquer le concept de la maison relais aux parents. Il estime aussi que l'organisation de la maison relais à Strassen a connu une croissance rapide en très peu de temps et que cela provoque nécessairement des frictions au niveau de la gestion.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) demande si des cours de premiers secours sont dispensés aux intervenants des écoles. Le bourgmestre explique que les enseignants ont certainement la possibilité de suivre de tels cours, mais il ignore si c'est obligatoire. La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) explique qu'une telle formation est obligatoire dans les crèches et la maison relais. Selon l'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP), aucune formation de premiers secours n'est obligatoire pour le personnel scolaire. La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) est d'avis qu'il faudrait aussi sensibiliser les élèves à de tels cours. Le conseiller Léandre Kandel (DP) estime que les élèves sont trop jeunes pour porter de telles responsabilités. La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) explique qu'il existe des cours adaptés aux enfants afin de les initier aux premiers secours. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) promet de se renseigner pour savoir si de tels cours sont possibles et combien d'intervenants dans les écoles ont une telle formation. Le conseiller Paul Klensch (LSAP) rejoint la position du conseiller Léandre Kandel (DP) et souligne qu'il est bien à initier les enfants en matière de prévention, de sécurité et de développer des connaissances en termes d'alerte et de protection. Il informe que des cours et formations de premiers secours sont également dispensés aux élèves de l'enseignement secondaire, dans le cadre de leur scolarité. Il informe que les enseignants de l'enseignement secondaire n'ont pas l'obligation de suivre une formation de premiers secours pour enseigner au lycée.

Le conseiller François Gleis (CSV) revient sur le projet d'intégration entre maison relais et école. Il souligne que les deux structures sont régies par des agréments différents et que les critères de base divergent. Le bourgmestre le confirme et répète qu'une utilisation partagée de telles structures ne peut être que partielle.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) aimerait avoir des détails sur le futur bâtiment scolaire pour le cycle 1.

Le bourgmestre explique que le projet est en phase de préparation. Après finalisation du concept général, la commune pourra faire appel à un bureau d'architecture afin d'élaborer des plans concrets.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'étonne du fait que les plans sur l'intégration des écoles et de la maison relais aient été poursuivis. Elle rejoint le conseiller Paul Klensch (LSAP) et regrette qu'en tant que membre du groupe de travail en 2018, elle n'ait pas été informée sur l'avancement du dossier. Le bourgmestre estime que le suivi du projet a été impacté par la pandémie et promet que la commission de travail sera réinstituée dès que possible.

L'organisation scolaire provisoire pour l'année scolaire 2021/2022 est approuvée à l'unanimité.

2. Approbation provisoire du PDS 2021-2024.

Le conseil est appelé à approuver le plan de développement scolaire (PDS) pour les années 2021-2024. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que chaque école au Luxembourg doit disposer d'un PDS spécifique. Ce plan contient les objectifs que l'école se propose d'atteindre dans différents domaines, aussi bien scolaires que non-scolaires. Le bourgmestre cite en exemple le projet « Chemin arc-en-ciel » qui sensibilise les écoliers à des valeurs fondamentales comme la solidarité et la tolérance.

Le bourgmestre explique qu'un deuxième projet dans le cadre du PDS concernant l'enseignement assisté ne fera plus partie du nouveau plan, car le corps enseignant souhaite normaliser cette pratique. Les ressources dédiées au PDS seront donc entièrement consacrées au « Chemin arc-en-ciel ». Le bourgmestre explique que, dans ce cadre, de nombreux ateliers ont déjà été organisés. La publication d'un livre de chansons est aussi prévue.

Le bourgmestre conclut en soulignant que la version finale du PDS sera présentée lors d'une session ultérieure, mais que le PDS doit être approuvé avec l'organisation scolaire provisoire. Il propose donc d'ajourner le débat.

Le PDS provisoire 2021-2024 est approuvé à l'unanimité.

3. Approbation de l'état des restants de l'année 2020.

Le conseil est appelé à approuver l'état des restants de l'année 2020. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) rappelle que les restants s'élevaient à 171.000 euros en 2018, pour passer à 150.000 euros en 2019, et à 121.000 euros en 2020, atteignant finalement 80.000 euros pour l'année en cours.

Il souligne aussi que les décharges sont relativement élevées, avant de passer la parole à l'échevin Jean Claude Roob (LSAP) afin de donner des détails. Celui-ci rappelle que Marc Feider est sur le point de remplacer Yves Welschbillig en tant que receveur communal et explique que, dans ce contexte, la commune a décidé d'annuler certaines dettes anciennes. Ces dernières proviendraient surtout de faillites dont les débiteurs ne sont plus joignables ou incapables de payer leurs dettes. Il cite en exemple un cas où, après une ordonnance de paiement avec saisie, la commune a obtenu un remboursement de 2,88 euros par mois. Il explique qu'il existe d'autres cas semblables. Selon l'échevin Jean Claude Roob (LSAP), il ne ferait aucun sens d'insister sur le remboursement de telles sommes. D'autres cas concerneraient des personnes qui ne sont plus domiciliées au Luxembourg. Dans ces cas, le recouvrement est impossible ou entraînerait des frais démesurés par rapport aux sommes en jeu. Le total des dettes s'élèverait à 29.034,15 euros.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) ajoute que le collège échevinal a conscience du fait que, d'un point de vue moral, les débiteurs devraient toujours payer leurs dettes. Mais il estime aussi que le nouveau receveur doit pouvoir entamer sa mission avec un restant réel, sans qu'il soit obligé d'engager des poursuites infructueuses. Il souligne aussi l'excellent travail accompli par Yves Welschbillig dans ce cadre.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) tient à remercier Yves Welschbillig pour son travail et son appui. Elle aimerait savoir pourquoi certains montants sont marqués en jaune dans l'état des restants. Yves Welschbillig explique qu'il s'agit de cas où une ordonnance de paiement est en cours sans que l'affaire soit clôturée. La conseillère demande dans quelle mesure la commune est informée de la nouvelle

adresse des personnes quittant la commune puisque la loi ne les oblige plus à signaler leur départ. Yves Welschbillig explique que c'est en effet un problème, mais que la plupart des gens déclarent leur arrivée dans une nouvelle commune. Il explique que le receveur a accès aux bases de données du bureau de la population et au registre des personnes physiques de l'État. Dans certains cas, il n'est pas possible de déterminer la nouvelle adresse.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) demande des informations supplémentaires à propos d'une décharge concernant un loyer de 7.528 euros avec la mention « insolvable ». Yves Welschbillig explique qu'il s'agit d'une personne qui a déménagé en France sans avoir payé ses dettes envers la commune.

Le conseiller François Gleis (CSV) regrette que certaines personnes ne soient pas obligées de régler leurs dettes. Le bourgmestre lui donne raison sur le principe, mais pense aussi que la recette communale doit pouvoir clôturer de tels dossiers problématiques.

Tous les membres du conseil remercient Yves Welschbillig pour ses services accomplis et souhaitent bonne chance à son successeur.

L'état des restants de l'année 2020 est approuvé à l'unanimité.

4. Approbation d'un avenant au règlement général de circulation.

Le conseil est appelé à approuver un avenant au règlement général de circulation. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) détaille brièvement les 17 articles de l'avenant.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) se réfère à l'article 1 de l'avenant, qui concerne l'autorisation pour les bicyclettes de circuler en sens interdit dans la rue des Romains au lieu-dit « Béchel » (section entre la rue de la Chapelle et la rue de l'Église). Il aimerait savoir si une solution plus sûre est en vue. Le bourgmestre confirme qu'il existe au moins cinq propositions pour résoudre ce problème. Une difficulté réside dans le fait que certaines maisons n'ont pas de garage. Il estime que la situation à cet endroit exige le respect mutuel

des usagers de la route. Le conseiller Laurent Glesener (DP) est d'avis qu'un concept « shared space » à cet endroit serait souhaitable. Le bourgmestre estime qu'une telle solution serait probablement souhaitable. Le conseiller Laurent Glesener (DP) pense qu'un concept global devra être élaboré.

Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) est d'avis que les vélos à assistance électrique constituent un danger en raison de leur vitesse élevée. Les conseillères Martine Dieschburg-Nickels (DP) et Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) s'accordent à dire qu'il existe généralement un manque de civilité et de respect entre usagers de la route. Le bourgmestre estime qu'une minorité d'usagers ne respecteront jamais les réglementations et qu'il est impossible d'y remédier.

Le conseiller François Gleis (CSV) remarque que, sur la ligne de bus 8, il n'y a pas d'arrêt entre la maison communale et le carrefour entre la rue de la Chapelle et la route d'Arlon. Il estime qu'un arrêt supplémentaire est nécessaire. Le bourgmestre pense que c'est réalisable assez facilement et promet de s'occuper de cette affaire.

L'avenant au règlement général de circulation est adopté à l'unanimité.

5. Confirmation de plusieurs règlements de circulation.

Le conseil est appelé à confirmer plusieurs règlements de circulation concernant des chantiers dans la rue des Romains, la route d'Arlon et la rue A. Beffort.

Les règlements de circulation sont confirmés à l'unanimité.

6. Approbation d'une modification ponctuelle du budget ordinaire.

Le conseil est appelé à approuver une modification ponctuelle du budget ordinaire. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que l'État a doublé l'allocation de vie chère en raison de la crise sanitaire. Puisque la commune paye une partie de cette allocation, l'article de budget correspondant passe de 32.000 euros à 92.000 euros. L'échevin explique qu'en 2019, 83

demandes d'allocations ont été reçues, dont 80 ont été accordées pour une somme totale de 35.032 euros à charge de la commune. En 2020, 101 demandes sur 102 ont été accordées.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) estime que l'allocation de vie chère sera probablement maintenue à ce niveau. Il annonce aussi que le collège échevinal réfléchit à augmenter la part de l'allocation financée par la commune, qui s'élève à 25 %. Selon le bourgmestre, d'autres communes financeraient une part plus importante.

Le bourgmestre explique que le deuxième point à modifier concerne l'article de budget sur l'acquisition de matériel de lutte contre la Covid-19. Contrairement à ses plans initiaux, la commune aurait décidé d'offrir des tests Covid-19 à tous les habitants, ainsi qu'aux restaurateurs. Cette dépense s'élèverait à 25.000 euros pour 10.000 tests. Le collège échevinal propose de créditer l'article correspondant à hauteur de 50.000 euros, afin de pouvoir faire face à d'autres imprévus.

Les conseillers François Gleis (CSV) et Martine Dieschburg-Nickels (DP) saluent l'initiative d'offrir des tests aux restaurateurs.

La modification ponctuelle du budget ordinaire est approuvée à l'unanimité.

7. Décision portant sur l'exercice d'un droit de préemption.

La commune a reçu une demande sur l'exercice du droit de préemption concernant un terrain dans la rue Reckenthal. Le collège échevinal propose de ne pas exercer son droit de préemption.

L'exercice d'un droit de préemption sur le terrain en question est rejeté unanimement.

8. Approbation d'une convention avec VALORLUX.

Le conseil est appelé à approuver une convention avec l'entreprise VALORLUX dans le cadre de la collecte sélective des déchets d'emballage PMC (plastique, métal, carton). Le bourgmestre Nicolas

Pundel (CSV) explique que le collège échevinal attend depuis longtemps cette nouvelle convention, qui introduit la valorisation de deux classes de déchets supplémentaires : les films et sacs en plastique, ainsi que les pots, gobelets et barquettes. Le reste de la convention reste inchangé. Nicolas Pundel explique que VALORLUX organise et supervise la collecte des déchets, met à disposition des sacs en plastique et aide la commune lors de la communication. Les ménages seront informés par des dépliants distribués par VALORLUX, qui mettra aussi à disposition du contenu pour le site web communal. Le bourgmestre explique aussi qu'après la collecte, VALORLUX fait le tri des déchets et facture le traitement des déchets non valorisables à la commune, à hauteur de 120 euros par tonne. Il estime que les frais occasionnés à la commune par ce dernier point ne devraient pas dépasser quelques centaines d'euros par an.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déli Gréng) salue la convention et les efforts de sensibilisation qui l'accompagnent. Elle estime néanmoins qu'il est toujours préférable d'éviter toute forme d'emballage en plastique. Le bourgmestre donne raison à la conseillère. Il estime que le concept de valorisation des déchets est contre-productif dans ce sens.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) rejoint ce point de vue et estime que la nouvelle loi sur la gestion des déchets aidera à résoudre ce problème en responsabilisant davantage les commerçants et les producteurs.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) estime que toutes les couches de la société ont leur responsabilité dans cette problématique. Il pense que la commune devrait davantage sensibiliser les habitants au problème des déchets. Le bourgmestre explique que la commune compte lancer une campagne allant dans ce sens en automne.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) propose que la commune intègre dans le cadre de la formation continue pour adultes des cours de bricolage pour donner une seconde vie aux objets. Elle ajoute qu'une telle initiative sera en parfaite adéquation avec le principe de l'anti-gaspillage promu par la commune. Elle propose une personne de sa connaissance qui fait du « upcycling »

et qui serait prête à donner des cours. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) salue cette proposition et estime que de tels cours pourront être organisés.

La convention avec VALORLUX est approuvée à l'unanimité.

9. Décision portant sur deux morcellements de terrains.

Le conseil est appelé à approuver deux demandes de morcellement de parcelles sur deux lotissements dans la rue Kaltacht et dans la rue Chaussée Blanche.

Les deux demandes sont approuvées à l'unanimité.

10. Divers.

Le conseiller François Gleis (CSV) aimerait savoir comment s'est déroulée l'entrevue avec le Ministre de la Mobilité et des Travaux publics qui a eu lieu le 31 mai. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que les membres du collège échevinal et des représentants de chaque fraction au sein du conseil communal ont été reçus par le Ministre de la Mobilité et des Travaux publics François Bausch, ainsi que par la Ministre de l'Environnement, du Climat et du Développement durable Carole Dieschbourg. Les représentants de la commune ont remis les 1.450 signatures d'habitants de la commune en faveur de mesures contre le bruit et le trafic excessif. La commune a aussi proposé un ordre du jour comportant les différents sujets à discuter. En dépit de tout cela, le bourgmestre regrette que l'entrevue n'ait pas apporté de résultats concrets.

Concernant la problématique du bruit en bordure de l'autoroute A6, le ministère ne s'oppose pas à couvrir la section d'autoroute entre les ponts de la route d'Arlon et de la rue du Kiem. Le bourgmestre regrette que le ministère ne souhaite pas s'engager sur l'installation de mesures de protection contre le bruit, en raison du projet d'élargissement de l'autoroute, qui comporterait de nombreuses inconnues. Le bourgmestre estime que ces mesures pourraient très bien être prises dès maintenant. Les discussions sur le réaménagement de la décharge pour déchets inertes « An den Dielen » a, elle aussi, été peu fructueuse. Par ailleurs, le ministère a annoncé qu'une limitation de vitesse à 90 km/h sera

très certainement réalisée sur l'A6, tout en soulignant que cette mesure n'aidera pas beaucoup à réduire le bruit.

En ce qui concerne l'extension du réseau Luxtram, le ministère est d'avis que la première phase limitée du réseau bénéficiera déjà à la commune, notamment par la construction d'un nouveau parking à hauteur de la route de Longwy. L'extension jusqu'à Mamer est seulement prévue dans une phase ultérieure, dans le cadre du futur plan national de mobilité 2035. Concernant les deux itinéraires de délestage prévus à Merl et entre Haff Kandel et la route d'Arlon, le ministère n'a pas pu donner de dates concrètes pour le début des travaux. Le ministère a par contre approuvé l'idée de limiter la vitesse à 30 km/h dans la rue des Carrefours et dans une partie de la rue Reckenthal.

Le bourgmestre regrette aussi que le ministère n'ait pas pu proposer de concept pour les pistes cyclables. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) ajoute que cet aspect fait aussi partie du plan national de mobilité 2035. Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) trouve incompréhensible le fait que le ministère voit une extension du réseau Luxtram sur la route de Longwy comme prioritaire. La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) rejoint le bourgmestre dans son analyse de l'entrevue. Elle estime que la commune devrait insister sur des mesures concrètes, notamment en ce qui concerne la protection contre le bruit. Le conseiller François Gleis (CSV) estime que le gouvernement met les responsables de la commune dans une situation délicate face aux citoyens, puisque des projets attendus de longue date ne sont pas réalisés.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) propose que la commune se dote d'un service d'écrivain public qui pourrait aider des personnes à faire leurs démarches administratives. Un tel poste existe déjà dans d'autres communes comme Mamer, Luxembourg ou Esch-sur-Alzette. Elle estime qu'il existe un réel besoin pour un tel service au sein de la commune. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) avoue que le concept lui est étranger, mais estime aussi que le collège échevinal ne s'oppose pas en principe à un tel projet. Il explique que l'« Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés » (ASTI) propose un tel service et annonce qu'une entrevue avec les responsables de l'association est prévue à court

terme. Il estime que le collègue échevinal pourra alors s'informer davantage sur le concept d'écrivain public. Nicolas Pundel (CSV) pense aussi que la commune de Bertrange pourra partager ses expériences.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) aimerait savoir si les membres du conseil pourront visiter le nouveau bâtiment scolaire avant son ouverture. Le bourgmestre promet d'organiser une visite.

L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) annonce que tous les résidents du « Centre Résidentiel et d'Accueil pour Personnes âgées Riedgen » ont été vaccinés contre la Covid-19, sauf une personne qui a refusé le vaccin. Aucun cas de Covid-19 n'a été détecté par la suite.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) déclare avoir entendu une rumeur comme quoi la commune aurait l'intention de créer un parc animalier avec des chèvres. Il aimerait avoir des détails sur ce projet. Le bourgmestre Nicolas Pundel explique que le projet prévoit effectivement la création d'un petit parc animalier dans le parc Riedgen. Il annonce que le collègue échevinal a prévu une entrevue avec les responsables du parc animalier d'Esch-sur-Alzette pour s'informer. Le conseiller Léandre Kandel (DP) estime que les chèvres ne sont pas faciles à tenir et qu'elles causent du bruit et des odeurs désagréables. Il pense que d'autres animaux comme des Alpagas seraient plus adaptés à un tel projet. Le bourgmestre explique que le projet ne sera réalisé que sur base d'un concept clair.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) promet d'inclure les suggestions et observations des conseillers lors de l'élaboration du projet.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) salue le projet d'un parc animalier, mais estime aussi qu'un tel projet doit

être bien réfléchi et que la commune devrait consulter l'avis des habitants de proximité.

Au sujet de l'organisation scolaire, le conseiller Paul Klensch (LSAP) salue le fait qu'un nombre élevé d'enseignants masculins s'est présenté pour intégrer l'enseignement à Strassen. Tout de même, il constate une parité inégale entre enseignants féminins et masculins dans l'enseignement fondamental de la commune de Strassen. Il informe que sur 5 enseignants on compte seulement 1 enseignant masculin. Le conseiller Paul Klensch (LSAP) estime important de veiller à maintenir une situation équitable entre femmes et hommes. Il juge un tel équilibre entre enseignants bénéfique au développement social des enfants.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) annonce que l'association « Foyer de jour Strassen » a été dissoute fin mai après 30 ans d'engagement et que la crèche « Wibbel dewapp » a été reprise par Caritas. Elle explique que l'association a mis le reste de ses fonds à disposition de la crèche afin de financer des projets divers. Concernant le projet du nouveau bâtiment scolaire pour le cycle 1, la conseillère aimerait savoir s'il existe un document qui reprend toutes les doléances des membres du conseil à propos du réaménagement urbanistique du centre du village. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) répond qu'un tel document unique n'existe pas et que le collègue échevinal se base sur tous les documents produits en cours de projet.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) explique qu'un chemin au lieu-dit « Gaaschtgrond » est dans un mauvais état et estime que la commune devrait le remettre en état. Elle signale aussi des activités suspectes à cet endroit. Le bourgmestre promet de s'occuper du problème.

Communal Council meeting of 02 June 2021

AGENDA

1. Adoption of the provisional school plan for the 2021/2022 school year.
2. Provisional approval of the School Development Plan (PDS) for 2021-2024.
3. Approval of the status of the remainder from the year 2020.
4. Approval of an amendment to the General Traffic Regulation.
5. Confirmation of several traffic regulations.
6. Approval of a one-off amendment to the ordinary budget.
7. Decision on the exercise of a right of pre-emption.
8. Approval of an agreement with VALORLUX.
9. Decision on two plots of land.
10. Miscellaneous.
11. Decision in the context of a proposal for the acquisition of property (in camera).
12. Decisions in connection with the exercise of a right of pre-emption (in camera).
13. Staff matters: appointment as Communal Receiver (in camera).
14. School matters: nominations for the First MENJE (Ministry of Education, Children and Youth) list (in camera).

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1st Alderman; Jean Claude Roob (LSAP), 2nd Alderman. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Victoria El Khoury (LSAP); Laurent Glesener (DP); Jean-Marie Durrer (CSV); François Gleis (CSV); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP), Councillors. Secretary: Christian Muller.

ABSENT (EXCUSED)

Marc Fischer (DP); Claire Remmy (déi Gréng), Councillors.

Amendments to the agenda.

The College of Aldermen proposed to withdraw one of the requests for a right of pre-emption under item 7, as the file was not complete.

All Council members approved the amendment.

1. Adoption of the provisional school plan for the 2021/2022 school year.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that the Council had to approve the provisional school plan for the 2021/2022 school year and the School Development Plan (PDS) for the years 2021-2024 (agenda item 2). He added that appointments to the corresponding teaching posts would be dealt with at the end of the session, under item 14 of the agenda.

The Mayor explained that, compared to the previous year, the school population had increased by one class, to 49 classes in total, with a total of 735 children. Almost 90 employees provide education and care to said children. The classes of early (“précoce”) and pre-school education shall remain in the “Blummeet” and “Hueflach” schools. According to the Mayor, the 12 classes in Cycle 2 would move to the new “Antoine de Saint-Exupéry” school, occupying most of the 15 rooms of the new school. The Mayor believed that as a result, the new school would already reach its maximum capacity. Nicolas Pundel (CSV) announced that the move to the new school was under way and that the classrooms were ready. Only parts of the playground, on which the works had been delayed due to the pandemic, would need to be finished. The Commune was also going to employ a new janitor for the school.

The Mayor also announced that the new school would be officially opened on 24 September at 3 p.m., in the presence of the Minister for National Education, Children and Youth, Claude Meisch. According to Nicolas Pundel (CSV), the estimated budget of EUR 12 million for the new school and its grounds should not be exceeded.

For the school year 2021/2022, the school plan comprised 5 classes in early (“précoce”) education, 12

classes in pre-school education, 12 classes in Cycle 2, 10 classes in Cycle 3 and 10 classes in Cycle 4. According to the Mayor, the number of pupils was increasing, but not excessively so.

Nicolas Pundel (CSV) explained that the Commune currently had 4 reception classes (“classes d’accueil”). In his view, this was not surprising given the large number of foreign residents in the Commune. The Mayor briefly explained the functioning of the reception classes, which focus on learning one of the administrative languages of Luxembourg. The school plan also set forth the employment of two educators to support teachers and one teacher for children with special needs.

The Mayor recalled that the Strassen primary school (“École fondamentale”) still belonged to UNESCO’s Associate Schools Network. He provided some details on the school’s activities in this context and recalled the principles of the initiative, which aims to mobilise young people around UNESCO ideals: peace, international understanding, respect for human rights, access for all to knowledge and sustainable development.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that the Commune had three buses for school transport.

As regards swimming lessons, the Mayor explained that there had been problems regarding access to the communal swimming pool. Discussions between the pool managers and teaching staff would be scheduled to solve the problem.

The Mayor explained that many environmental education projects (such as visits to businesses or anti-waste actions) were being carried out in the school. Regarding road safety education, the Mayor referred to the national “School Cup” (“Coupe scolaire”). Nicolas Pundel (CSV) also highlighted the excellent work done in the school library.

The Mayor was saddened that the school ski trips could not take place twice in a row due to the COVID-19 pandemic. He explained that an alternative trip in Luxembourg could not be organised because of the restrictions still in place on the level of national education. He believed that the skiing trips scheduled

for March 2022 could take place and announced that the necessary bookings had been made.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) commented that a new “Pedibus” line (pedestrian bus) would be created. She was disappointed that this was always organised by the Commune and felt that the Commune should motivate pupils’ parents to perform this task. In her view, this would be more in line with the social objectives of the initiative. Mayor Nicolas Pundel (CSV) agreed with the Councillor in principle, but he explained that it was almost impossible to ensure the parents’ constant and reliable commitment to the task. He said that the Commune had to guarantee the operation of the service. Support would be provided by a Commune employee, accompanied by a person benefiting from social inclusion income (“REVIS”) assigned to collective utility work. He also felt that the Commune should continue to develop the “Pedibus” network.

Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) asked about success rates in the reception classes (“classes d’accueil”) and how long children stayed there. The Mayor explained that this depended on the pupils’ individual levels and that there was no strictly regulated duration. Pupils integrate mainstream education as soon as they achieve the level required. Mayor Nicolas Pundel (CSV) felt that the work done in this field in the Commune was excellent.

Councillor Laurent Glesener (DP) wanted to know the age distribution across the different reception classes (“classes d’accueil”). The Mayor explained that there was one reception class per cycle.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) welcomed the fact that the class sizes were relatively low due to a slight decrease in pupil numbers. She said she had been contacted by parents because of the playground near the new school. They felt the platform on the playground was not very safe due to its height. The Mayor promised to deal with the problem. Martine Dieschburg-Nickels (DP) wanted to know whether there were statistics on accidents in playgrounds in the Commune, which would allow the identification and elimination of hazards. The Mayor explained that the Commune is notified when accidents occur. He was also of the opinion that, to the

best of his knowledge, there were no specific dangers on the Commune’s playgrounds.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) said that she had been told of a notification issued by the managers of the “Maison relais” informing parents that its staff could no longer administer medicines to children. The Mayor confirmed that the Ministry wanted to impose this measure and that discussions were underway with the various “Maison relais”. He admitted that he believed this new regulation was excessive and considered that the Ministry’s plans would make matters unnecessarily complex and costly, because it would force the Commune to hire a nurse solely for the task of administering drugs. Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) believed that educators could very well perform this task following appropriate training. The Mayor agreed, saying that he believed there would be further discussion on the matter in future.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked if a canopy could be installed in the playschool courtyard. The Mayor explained that the installation of marquises and an awning was planned for the near future.

Councillor François Gleis (CSV) was of the opinion that the number of pupils could increase further during the year due to new arrivals. He wished to know what percentage of children were having lunch at the “Maison relais”. The Mayor explained that numbers were stable and that they were quite high: almost 80 % of children ate at the “Maison relais”. He also felt that the lunchtime break would have to be shortened due to discipline problems, as most pupils did not return home at that time. As regards newcomers, the Mayor explained that some parents were very proactive, enrolling their children even before arriving in the Commune. However, he confirmed that late newcomers sometimes had to wait until October for their children to get a place in the “Maison relais”. He felt that this was not a major issue since private creches could take over. In addition, the Ministry’s regulations on the number of children eligible in relation to the surface of school buildings were problematic because they often changed. The “Blummele” school building was designed to be able to use the corridors as common space. However, new rules oblige the Commune to discount the surface of the corridors from the total surface area, thus reducing

the number of children who can be accommodated in the buildings. Mayor Nicolas Pundel also announced that, following the move of Cycle 2 classes to the new school, the ground floor of the “Ben Heyart” building would be set up to accommodate the “Maison relais” of Cycle 3.

Councillor Paul Klensch (LSAP) welcomed the fact that the number of pupils per class was quite low. In his opinion, classes of around 14 pupils are ideal in basic education. As regards the potential safety problem on the playground mentioned by Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP), he welcomed the idea of using statistics to identify hazards. He shared the view of Mayor Nicolas Pundel (CSV) about the new rules on the administration of medicines in the “Maison relais”.

In addition, Councillor Paul Klensch, as a member of the working group, wanted to know what the status quo of the project to integrate the “Maison relais” and schools was. The project was launched in 2018 under the former College of Aldermen. Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that the concept elaborated by the project working group with a specialised consultancy firm was the basis for the planning of the future school building for Cycle 1. He explained that this building would allow the partial integration of the school and the “Maison relais” but added that it was not always possible to achieve full dual use of such infrastructures. He explained that collaboration between the various players also presented problems, mainly due to insufficient communication between educators and teachers. The Mayor briefly reminded the participants about the set-up of the “Maison relais” in the Commune and stressed the importance of communicating its concept to parents. He also said that the “Maison relais” in Strassen had grown rapidly in very short time, which was bound to cause friction at management level.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) asked if first aid courses were given to school workers. The Mayor replied that teachers certainly had the possibility to follow such courses, but he did not know whether it was mandatory. Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) explained that first aid training was compulsory in the creches and the “Maison relais”. According to

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP), first aid training was not compulsory for school staff. Councillor Victoria El Khoury (LSAP) said that pupils too should also be made aware of such courses. Councillor Léandre Kandel (DP) said that they were too young to take on such responsibilities. Councillor Victoria El Khoury (LSAP) explained that child-oriented first aid initiation classes existed. Mayor Nicolas Pundel (CSV) promised to find out about the availability of such courses and investigate how many school workers had related training. Councillor Paul Klensch (LSAP) agreed with Councillor Léandre Kandel (DP), stressing that it was good to teach children about accident prevention and safety, as well as raise their awareness about hazards and how to protect themselves. He said that first aid courses and training were also provided to secondary school pupils as part of their schooling. He informed the participants that secondary school teachers did not have to undergo first aid training to teach at secondary school.

Councillor François Gleis (CSV) mentioned the integration project for the “Maison relais” and the school again. He pointed out that the two structures were governed by different licences and that the basic rules were different. The Mayor confirmed this and reiterated that structures could only partially be shared.

Councillor Laurent Glesener (DP) wanted more details concerning the future school building for Cycle 1. The Mayor explained that the project was in the preparatory phase. Once the general concept was finalised, the Commune would be able to contact an architecture firm to draw up concrete plans.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) was surprised that the plan to integrate schools and the “Maison relais” had been pursued. She agreed with Councillor Paul Klensch (LSAP) and was disappointed that, as a member of the working group in 2018, she had not been informed about the project’s progression. The Mayor believed that the project’s follow-up was impacted by the pandemic. He promised that the working committee would be reinstated as soon as possible.

The provisional school plan for the 2021/2022 school year was approved unanimously.

2. Provisional approval of the School Development Plan (PDS) for 2021-2024.

The Council was called upon to approve the School Development Plan (PDS) for 2021-2024. Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that every school in Luxembourg had to have its own specific PDS. The plan contains each school's objectives in different areas, both academic and non-academic. As an example, the Mayor mentioned the "Chemin arc-en-ciel" project, which aimed to raise awareness among schoolchildren about fundamental values such as solidarity and tolerance.

The Mayor explained that a second PDS project on assisted education would no longer be part of the new plan, because the teaching staff wanted to standardise this practice. The resources dedicated to the PDS would therefore be entirely dedicated to the "Chemin arc-en-ciel" project. The Mayor explained that many workshops had already been organised in this context and that the publication of a book of songs was also planned.

The Mayor concluded by pointing out that the final version of the PDS would be presented at a later session, but that it had to be approved in line with the provisional school plan. He therefore proposed postponing the debate.

The provisional PDS for 2021-2024 was approved unanimously.

3. Approval of the status of the remainder from the year 2020.

The Council was asked to approve the status of the remainder from 2020. Mayor Nicolas Pundel (CSV) pointed out that the remaining amounts were EUR 171,000 in 2018, EUR 150,000 in 2019 and EUR 121,000 in 2020, and EUR 80,000 for the current year.

He also pointed out that discharges were relatively high, before giving the floor to Alderman Jean Claude Roob (LSAP) for further information. Mr Roob said that Marc Feider was about to replace Yves Welschbillig as the Communal Receiver. He also explained that, in this context, the Commune had decided to cancel some old debts resulting from bankruptcies where debtors were no longer contactable or unable to pay their debts.

He gave the example of a case where, after a payment order with attachment, the Commune obtained a reimbursement of EUR 2.88 per month. He explained that there were other examples of similar cases. According to Alderman Jean Claude Roob (LSAP), it did not make sense to insist on the reimbursement of such sums. There were also cases of people who were no longer domiciled in Luxembourg. In such situations, recovery was impossible, or it would entail costs that were disproportionate to the sums involved. The total debts amounted to EUR 29,034.15.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) added that the Communal Council was aware that, from a moral point of view, debtors should always have to pay their debts. However, he also believed that the new receiver had to start his mission with a real remainder, without having to engage in fruitless prosecutions. Here, he also highlighted the excellent work carried out by Yves Welschbillig.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) wanted to thank Yves Welschbillig for his work and support. She asked why some amounts were highlighted in yellow in the remainders. Yves Welschbillig explained that those were cases where a payment order was pending and the case was not closed. The Councillor asked to what extent the Commune was informed of the new addresses of those leaving the Commune, as they were no longer legally required to report their departure. Yves Welschbillig explained that this was indeed a problem, but that most people reported their arrival in a new commune. He explained that the receiver has access to the databases of the Population Office and to Luxembourg's Registry of Natural Persons. In some cases, it was not possible to determine former residents' new addresses.

Councillor Laurent Glesener (DP) asked for additional information about a discharge concerning a rent item of EUR 7,528 that was marked as "insolvent". Yves Welschbillig explained that this concerned a person who had moved to France without having paid his debts to the Commune.

Councillor François Gleis (CSV) lamented the fact that some people were not made to settle their debts. The Mayor agreed with this statement in principle, but also

believed that the communal budget should be able to close such problematic cases.

All Council members thanked Yves Welschbillig for his services and wished his successor good luck.

The remainder from the year 2020 was approved unanimously.

4. Approval of an amendment to the General Traffic Regulation.

The Board was called upon to approve an amendment to the General Traffic Regulation. The Mayor Nicolas Pundel (CSV) briefly explained the 17 articles of the amendment.

Councillor Laurent Glesener (DP) referred to Article 1 of the amendment, which concerned the authorisation for bicycles to circulate in the prohibited direction of the one-way Rue des Romains, at the location known as “Béchel” (i.e., the section between Rue de la Chapelle and Rue de l’Église). He asked if a safer solution was under consideration. The Mayor confirmed that there were at least five proposals to solve this problem. One of the problems at said location was that some houses did not have a garage. He believed that the situation called for road users’ mutual respect. Laurent Glesener (DP) was of the opinion that a “shared space” in the area would be a good option. The Mayor agreed with him. Councillor Laurent Glesener (DP) believed that a comprehensive concept should be developed to resolve the issue.

Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) was of the opinion that electric bicycles represented a danger due to their high speed. Councillors Martine Dieschburg-Nickels (DP) and Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) agreed that generally speaking, there was a lack of civility and respect among road users. The Mayor said he believed that there would always be a minority of users who would never comply with the regulations and that this would always be the case.

Councillor François Gleis (CSV) noted that on bus line 8, there was no stop between the Town Hall and the crossroads between Rue de la Chapelle and Route d’Arlon. In his opinion, an additional stop was needed.

The Mayor thought this matter could easily be resolved and promised to deal with it.

The amendment to the General Traffic Regulation was adopted unanimously.

5. Confirmation of several traffic regulations.

The Council was asked to confirm a number of traffic regulations concerning roadworks on Rue des Romains, Route d’Arlon and Rue A. Beffort.

The traffic regulations were confirmed unanimously.

6. Approval of a one-off amendment to the ordinary budget.

The Council was called upon to approve a one-off amendment to the ordinary budget. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that State had doubled the cost-of-living benefit due to the Covid-19 crisis. Since the Commune was responsible for paying part of this allowance, the corresponding budget article had increased from EUR 32,000 to EUR 92,000. The Alderman explained that in 2019, 83 applications for benefits had been received, of which 80 were granted, totalling EUR 35,032 to be paid by the Commune. In 2020, 101 out of 102 applications were granted.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) believed that the increased cost-of-living benefit was likely to be maintained. He also announced that the College was considering increasing the share of the benefit financed by the Commune (25 %). According to the Mayor, other communes financed a larger share of said benefit.

The Mayor explained that the second amendment under consideration concerned the budget article on the purchase of equipment to combat COVID-19. Contrary to its initial plans, the Commune had decided to offer Covid-19 tests to all its inhabitants, including restaurant owners. This expenditure would amount to EUR 25,000 for 10,000 tests. The College of Aldermen proposed to credit the corresponding article to the amount of EUR 50,000 in order to be able to cope with other contingencies.

Members François Gleis (CSV) and Martine Dieschburg-Nickels (DP) welcomed the initiative to offer tests to restaurant owners.

The one-off amendment to the ordinary budget was approved unanimously.

7. Decision on the exercise of a right of pre-emption.

The Commune had received a request for the exercise of the right of pre-emption concerning a plot on Rue Reckenthal. The College proposed not to exercise its right of pre-emption.

The exercise of a right of pre-emption on the plot in question was unanimously rejected.

8. Approval of an agreement with VALORLUX.

The Council was called upon to approve an agreement with VALORLUX in the context of the separate collection of PMC packaging waste (plastic, metal and cardboard). Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that the Communal Council had long been waiting for this new convention, which introduced the recovery of two additional waste classes: plastic film and bags, as well as pots, cups and trays. The rest of the agreement remained unchanged. Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that VALORLUX organises and supervises the collection of waste, provides plastic bags and helps the Commune with communications. Households would be informed of the new conditions by means of leaflets distributed by VALORLUX. VALORLUX would also make content available for the Commune's website. The Mayor added that, after collection, VALORLUX sorts the waste and charges the Commune for the treatment of non-recoverable waste, amounting to EUR 120 per tonne. The Mayor said he believed the ensuing costs for the Commune should not exceed a few hundred euros per year.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déli Gréng) praised the agreement and its awareness-raising efforts. However, she considered that the use of plastic packaging should always be discouraged. The Mayor agreed with the Councillor. He believed that in this respect, the concept of waste recovery was counterproductive.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) agreed with this view and believed that the new Waste Management Act would help solve this problem by increasing the share of responsibility of both traders and producers.

Councillor Laurent Glesener (DP) felt that all layers of society shared a burden of responsibility concerning this issue. He believed that the Commune should make people more aware of the problem of waste. The Mayor explained that the Commune intended to launch a campaign to that end in the autumn.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) proposed that the Commune provide training courses for adults to teach them how to give a second life to objects. She added that this would be fully in line with the anti-waste stance promoted by the Commune. She explained that she knew someone who does upcycling and who would be prepared to give courses on the subject. Mayor Nicolas Pundel (CSV) welcomed this proposal and felt that such courses could be organised.

The agreement with VALORLUX was approved unanimously.

9. Decision on two plots of land.

The Council was called upon to approve two applications for the division of plots on sites in Rue Kaltacht and Rue Chaussée Blanche.

Both requests were approved unanimously.

10. Miscellaneous.

Councillor François Gleis (CSV) asked for feedback on the meeting of 31 May with the Minister for Mobility and Public Works. Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that the members of the College of Aldermen and representatives of each party of the Communal Council met with François Bausch, Minister for Mobility and Public Works, and Carole Dieschbourg, Minister for the Environment, Climate and Sustainable Development. On this occasion, the representatives of the Commune submitted the petition (with 1,450 signatures of residents of the Commune) in favour of measures to combat noise and excessive traffic. The Commune also proposed an agenda with various topics to be

discussed. Despite all this, the Mayor was saddened that the meeting did not deliver concrete results.

As regards the noise problem in the surroundings of the A6 motorway, the Ministry did not object to covering the section of the motorway between the bridges of Route d'Arlon and Rue du Kiem. The Mayor was disappointed that the Ministry did not wish to commit to noise protection measures due to the planned extension of the motorway, which would present numerous unforeseen issues. The Mayor believed that measures could indeed be taken immediately. Discussions on the refurbishment of the "An den Dielen" inert waste landfill were not very fruitful either. Furthermore, the Ministry announced that a speed limit of 90 km/h would most likely be implemented on the A6, while stressing that this measure would not significantly help to reduce noise.

As regards the extension of the Luxtram network, the Ministry was of the opinion that the first limited phase of the network would already benefit the Commune, in particular thanks to the construction of a new car park on the level of Route de Longwy. The extension of the network to Mamer was only foreseen for a later stage, as part of the future National Mobility Plan 2035. The Ministry could not give concrete dates for the start of the works on the planned alternative routes in Merl and between Haff Kandel and Route d'Arlon. The Ministry, on the other hand, approved of the idea of limiting speed to 30 km/h in Rue des Carrefours and part of Rue Reckenthal.

The Mayor was also disappointed that the Ministry was unable to propose a concept for cycle paths. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) added that this matter was also listed in the National Mobility Plan 2035. Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) could not understand why the Ministry would view the extension of the Luxtram network on Route de Longwy road as a priority. Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) agreed with the Mayor on his analysis of the meeting. She felt that the Commune should insist on concrete measures, in particular as regards noise protection. Councillor François Gleis (CSV) considered that the Government was putting local government officials in an awkward position vis-à-vis the citizens, because long-awaited projects were not carried out.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) proposed that the Commune set up a public writing service that could help the citizens deal with administrative formalities. Such services already existed in other communes such as Mamer, Luxembourg or Esch-sur-Alzette. She considered that there was a real need for it in the Commune. Mayor Nicolas Pundel (CSV) admitted that the concept was foreign to him, but added that in principle, the College of Aldermen would not oppose the project. He explained that ASTI (Association for the Support of Immigrant Workers) offered this service and announced that a meeting with the heads of ASTI was planned in the near future. He felt that this would allow the College to learn more about the concept of a public writer. Nicolas Pundel (CSV) also said that the Commune of Bertrange may share its experience.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) asked if Council members would be able to visit the new school building before its opening. The Mayor said a visit would be organised.

Alderman Jean Claude Roob (LSAP) announced that all the residents of the Riedgen home for the elderly ("Centre Résidentiel et d'Accueil pour les Personnes âgées de Riedgen") had been vaccinated against Covid-19 with the exception of one person who refused the vaccine. No cases of COVID-19 had been detected.

Councillor Léandre Kandel (DP) announced that he had heard a rumour about the Commune intending to create an animal park with goats. He wanted details on this project. Mayor Nicolas Pundel explained that the creation of a small animal park in Riedgen Park was foreseen. He announced that the College of Aldermen had planned a meeting with the heads of animal park in Esch-sur-Alzette to obtain information. Councillor Léandre Kandel (DP) considered that goats were not easy to keep and that they caused unpleasant noise and odours. He believed that other animals such as alpacas would be more suitable for this project. The Mayor explained that the project would only be carried out on the basis of a clear concept.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) promised to include the suggestions and comments of the members when drafting the project.

Councillor Paul Klensch (LSAP) welcomed the animal park project but felt that it needed to be carefully thought through and that the Commune should consult the opinion of local residents.

With regard to the school plan, Councillor Paul Klensch (LSAP) welcomed the fact that a high number of male teachers had applied to teach in Strassen. However, he noted that there was a much higher number of female teachers in basic education in the Commune of Strassen. He said that out of five teachers, there was only one male teacher. Councillor Paul Klensch (LSAP) considered it important to ensure equal employment between women and men, because this would be good for the social development of children.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) announced that the association “Foyer de jour Strassen” was

dissolved at the end of May after 30 years in operation and that the “Wibbelde wapp” creche had been taken over by Caritas. She explained that the association had donated its remaining funds to the creche to finance various projects. With regard to the project for the new school building for Cycle 1, the Councillor asked if there was a document listing the grievances of the Council members regarding the urban redevelopment of the village centre. Mayor Nicolas Pundel (CSV) replied that there was no such document and that the College of Aldermen based its decisions on all the documents produced during the project.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) explained that a path at the “Gaaschtgrond” location was in a poor state and she felt that the Commune should restore it. She also reported suspicious activities there. The Mayor promised to deal with the problem.

Gemeinderatssitzung vom 14. Juli 2021

TAGESORDNUNG

1. **Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 31.03.2021, vom 05.05.2021 und vom 02.06.2021. (geändert)**
2. **Bestätigung mehrerer Verkehrsreglements**
3. **Genehmigung der Vereinbarung Klimapakt 2.0.**
4. **Beschluss zur Ausübung eines Vorkaufsrechts im Rahmen des « Pacte logement »**
5. **Beschluss bezüglich der Vergütungen der „Chargés de cours“**
6. **Bewilligung der ordentlichen Zuschüssen 2020/2021 für lokale Vereine**
7. **Genehmigung eines Nachtrags zur Vereinbarung für die « Vél'Oh »-Stationen**
8. **Genehmigung mehrerer Mietverträge**
9. **Beschluss über mehrere Parzellierungen**
10. **Verabschiedung einer punktuellen Änderung des außerordentlichen Haushalts**
11. **Beschluss über die Vergabe einer Spende für humanitäre Zwecke**
12. **Verschiedenes**
13. **Beschluss zur Ausübung eines Vorkaufsrechts (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)**
14. **Personalangelegenheiten : Beschluss bezüglich einer Beförderung (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)**

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Betty Welter-Gaul (LSAP), erster Schöffe; Jean Claude Roob (LSAP), zweiter Schöffe. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Victoria El Khoury (LSAP); Marc Fischer (DP); Laurent Glesener (DP); Jean-Marie Durrer (CSV); François Gleis (CSV); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Claire Remmy (déi Gréng), Gemeinderatsmitglieder. Sekretär: Christian Muller.

Änderung der Tagesordnung.

Aufgrund einer Verzögerung bei der Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Schreiben für die Gemeinde durch die Kanzlei Arendt & Medernach schlägt Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) vor, die Genehmigung des Protokolls vom 2. Juni 2021 unter Punkt 1. auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Die Änderung der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

1. **Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 31.03.2021 und vom 05.05.2021.**

Der Gemeinderat wird ersucht, die Protokolle der Sitzungen vom 31.03.2021 und vom 05.05.2021 zu genehmigen.

Das Mitglied des Gemeinderates Martine Dieschburg-Nickels (DP) bittet um nähere Angaben zu Punkt 6. des Protokolls vom 31. März 2021 bei dem es um die Vereinbarung mit dem Unternehmen CFL Mobility geht. Der Bürgermeister und der Gemeindesekretär geben die entsprechenden Erläuterungen. Auf Anfrage von Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) berichtet der Bürgermeister über den Stand der Dinge bezüglich einer von der Gemeinde eingeleiteten Klage.

Die Protokolle der Sitzungen vom 31.03.2021 und vom 05.05.2021 werden einstimmig genehmigt.

2. **Bestätigung mehrerer Verkehrsreglements.**

Der Gemeinderat wird ersucht, eine Reihe von Verkehrsreglements für Baustellen in der Rue de Reckenthal, der Route d'Arlon, der Rue des Romains und der Rue du Kiem zu bestätigen.

Das Mitglied des Gemeinderates François Gleis (CSV) weist darauf hin, dass die vielen Baustellen in der Route d'Arlon auch dazu führen, dass weniger Parkplätze zur Verfügung stehen. Seiner Ansicht nach müsste die Fläche, die von den Baustellen in Anspruch genom-

men werden darf, reglementiert werden, damit sichergestellt wird, dass genügend Parkplätze verbleiben. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erwidert, dass das Problem ja nur für die Dauer der Baustellen bestehe und betont, dass nach Abschluss der Arbeiten die Zahl der verfügbaren Parkplätze vom Baureglement und dem Allgemeinen Bebauungsplan vorgeschrieben wird.

In dem gleichen Zusammenhang bittet das Mitglied des Gemeinderats Paul Klensch (LSAP) um Auskunft bezüglich des Bauvorhabens in 242, Route d'Arlon (vormals Werkstatt Grün) und einer gegenüber liegenden Parzelle, die kürzlich asphaltiert wurde. Der Bürgermeister erklärt, dass die gegenüberliegende Parzelle als Parkplatz für die Baustellenarbeiter dienen wird. Das Datum für den Beginn der Arbeiten ist noch nicht bekannt, da der Gemeinde noch kein diesbezüglicher Teilbebauungsplan (PAP) vorgelegt wurde. Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) geht nicht davon aus, dass durch diese Baustelle die Zahl der verfügbaren Parkplätze vor Ort reduziert wird. Seiner Meinung nach ist die Situation in der Nähe der Firma Stugalux, in 96, Rue du Kiem viel problematischer. Dieser Aussage schließt sich Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) an.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) berichtet über einen Vorfall, der sich während der „Coupe scolaire“ am 11. Juni ereignet hat. Eine Straße auf der Strecke, die für die Verkehrssicherheitsübungen der Kinder vorgesehen war, wurde teilweise durch zwei falsch parkende Lieferwagen blockiert, was ein Sicherheitsrisiko für die Kinder darstellte, die ja oft wenig Erfahrung damit haben, im Straßenverkehr Rad zu fahren. Der Bürgermeister verspricht, dass es bei der nächsten „Coupe scolaire“ zusätzliche Kontrollen geben wird.

Martine Dieschburg-Nickels (DP) weist den Gemeinderat auf einen Fehler im Text eines der Verkehrsreglements hin. Sie bittet auch um nähere Angaben bezüglich der betreffenden Baustelle in der Rue des Romains. Der Bürgermeister erklärt, dass es wegen dieser Baustelle schon mehrfach zu einer Vollsperrung der Straße gekommen ist. Man habe eine Lösung für diese Problem gefunden, doch kurzfristige Sperrungen ließen sich hin und wieder nicht vermeiden. Er betont, dass die Gemeinde eine Vollsperrung bis Oktober verhindert

hat und dass es sich um eine der Hauptverkehrsachsen der Gemeinde handelt. Das Gemeinderatsmitglied und der Bürgermeister sind sich einig, dass es künftig in der Rue des Romains Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung geben sollte.

Die Verkehrsreglements werden einstimmig angenommen.

3. Genehmigung der Vereinbarung Klimapakt 2.0.

Der Gemeinderat wird ersucht, die Vereinbarung Klimapakt 2.0 zu genehmigen. Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) weist darauf hin, dass die Gemeinde sich bei der Ausarbeitung des neuen Klimaplan 2.0 stark eingebracht hat, insbesondere durch die Arbeit des Beratenden Ausschusses „Klimateam“ (équipe climat) und dass in der zweiten Phase des Klimapaktes die Ziele immer noch eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen, eine Verbesserung der Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien sind, dass diesmal aber stärker auf Bürgerbeteiligung gesetzt wird.

Was die Zertifizierungen angeht, so verweist der Bürgermeister darauf, dass die Gemeinde schon die Kategorie 2 erreicht hat und große Anstrengungen unternimmt, um auch die nächsten Kategorien zu erreichen. Der Bürgermeister kündigt auch an, dass die Gemeinde weiterhin mit dem gleichen Klimaberater von „studio E“ zusammenarbeiten wird. Der Bürgermeister wird das Schöffkollegium im Ausschuss „Klimateam“ vertreten. Die Gemeinde habe schon die Arbeitsprogramme für diesen Plan ausgearbeitet und eine Überwachung der quantitativen Ziele festgelegt. Der Klimapakt 2.0 läuft bis zum 31. Dezember 2030.

Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) unterstreicht die hervorragende Arbeit des Ausschusses „Klimateam“, der sehr aktiv ist. Auf Initiative des ordentlichen Mitglieds Romain Becker hat das Team eine Liste erstellt, wo alle Orte in der Gemeinde aufgeführt werden, die für Fahrradfahrer problematisch sind. Die erste Ausgabe des „Repair Café“, am 27. Juni war ein großer Erfolg mit fast 50 Besuchern und das gleiche gilt für die erste Ausgabe des „Vide-grenier“, des Trödelmarktes, vom 11. Juli.

Der Bürgermeister kündigt an, dass im Oktober eine „Woche der Abfallvermeidung“ stattfinden wird, die durch eine Ausstellung des Ministeriums zum Thema (Lebensmittel)-Verschwendung für Schüler und Bürger ergänzt wird. Weitere Aktionen für unterschiedliche Altersgruppen werden in Zusammenarbeit mit der Jugendkommission und dem Club Senior vorbereitet. Bis Ende des Jahres wird in Zusammenarbeit mit mehreren Partnern ein Programm „Re-use“ aufgebaut. Ein weiteres Vorhaben in diesem Bereich wurde zusammen mit dem Sozialamt ins Leben gerufen. Eine Delegation des „Klimateams“ hat auch den Unverpackt-Laden „Mademoiselle Vrac“ besucht, der in Strassen eröffnet hat.

Der Bürgermeister kündigt an, dass im Jahr 2022 die Gemeinde auf eigene Initiative hin eine Kampagne zur Abfalltrennung und -vermeidung lancieren wird. Seiner Ansicht nach muss die Gemeinde hier aus eigener Initiative tätig werden, da das neue Gesetz zur Abfallwirtschaft auf sich warten lässt. Außerdem wird die Möglichkeit geprüft, Solarzellen auf den Dächern der neuen Schule und des Rathauses anzubringen. Nicolas Pundel (CSV) ist der Meinung, dass auch im Schwimmbad „Les Thermes“, das von mehreren Gemeinden gemeinsam betrieben wird, Bemühungen unternommen werden sollten, um Wasserverschwendung zu vermeiden. Das Schwimmbad muss im Schnitt 30 Liter Wasser pro Schwimmer und Tag erneuern. Seiner Meinung nach sollte das Abwasser aus den Becken und Duschen aufbereitet und wiederverwendet werden.

Nicolas Pundel (CSV) teilt auch mit, dass neue Fahrradständer aufgebaut wurden und dass das Schöffenkolegium beabsichtigt, eine Fahrrad-Servicesäule in der Nähe des Rathauses zu installieren. Die Gemeinde wird auch einen Elektrobuss für den Schultransport verwenden. Abschließend unterstreicht der Bürgermeister, dass Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung auch vorrangige Zielsetzungen im Entwicklungsplan „Strassen 2030“ sind.

Auf Anfrage von Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP), bestätigt der Bürgermeister, dass Strassen derzeit auf Stufe 2 der Klimapaktzertifizierung ist, was einem Ergebnis von 55% entspricht.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) begrüßt die Leistungen des „Klimateam“. Die Motivation sei groß und die Initiativen der Gemeinde auf Ebene der Umweltpolitik gingen in die richtige Richtung. Der Bürgermeister teilt diese Meinung und betont, dass das Team sich freuen würde, weitere Mitglieder aufzunehmen.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) freut sich über den großen Erfolg des „Repair Cafés“. Es handelt sich seiner Ansicht nach um ein innovatives Projekt, das sich gut in die Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung in Luxemburg eingliedert. Was den „Trödelmarkt“ (vide-grenier) angeht, so glaubt er, dass die Gemeinde nicht genug Öffentlichkeitsarbeit dafür gemacht hat. Wahrscheinlich wäre der Erfolg des Trödelmarktes auch größer, wenn er gleichzeitig mit dem „Maart zu Stroossen“ alle vierzehn Tage stattfinden würde. Marc Fischer (DP) begrüßt auch die Fortschritte im Bereich Abfallvermeidung, da konkrete Aktionen in diesem Bereich allzu lange auf sich warten ließen. Er betont, wie wichtig Sensibilisierungsarbeit in diesem Bereich ist und erkundigt sich, ob die Gemeinde über Statistiken darüber verfügt, welche Mengen an Essensabfällen durch die Kantine entstehen. Solche Daten seien hilfreich, um den Erfolg einer Sensibilisierungskampagne künftig messen zu können. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) merkt an, dass es sich Strassen um das erste luxemburgische „Repair Café“ handelt, das von einer Gemeinde organisiert wird. Er begrüßt den Vorschlag des Gemeinderatsmitglieds bezüglich der Essensabfälle und verspricht, dies mit den zuständigen Gemeindeverantwortlichen zu besprechen.

Auf Nachfrage von Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), fügt der Bürgermeister hinzu, dass die Gemeinde vorhat, zwei bis drei „Repair Café“ pro Jahr anzubieten und eben so viele „Vide-grenier“.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) begrüßt die Initiativen im Rahmen des Klimapaktes und auch die Dynamik des „Klimateams“. Sie mahnt jedoch an, dass das Schöffenkolegium es unterlassen habe, den Gemeinderat einmal jährlich über die Umsetzung des Programmes zu unterrichten, so wie es in Artikel 3.1 des Paktes vorgesehen ist. Martine Diesch-

burg-Nickels (DP) äußert den Wunsch, dass die Mitglieder des Gemeinderates insgesamt stärker in die Konsultationsverfahren eingebunden werden. Sie ist auch der Ansicht, dass der neue Klimapakt im Artikel 5.1.2 recht klare Angaben zur Zusammensetzung des „Klimateams“ liefert, wo eine starke Einbindung von jungen Menschen vorgeschlagen wird und auch, dass die Besetzung in Bezug auf Geschlecht und Alterskategorie ausgewogen sein sollte. Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) bestätigt, dass die Sensibilisierungsarbeit in diesem Bereich von besonderer Bedeutung ist. Seiner Ansicht nach gibt es, was die Zusammensetzung des „Klimateams“ angeht, schon eine gute soziale Durchmischung. Er verspricht, dass die Mitglieder des Gemeinderates regelmäßig über die Fortschritte und Initiativen im Rahmen des Klimapaktes informiert werden. Außerdem teilt er mit, dass die Gemeinde endlich die Genehmigung erhalten hat, um die Busspur auf der Route d'Arlon als Fahrradweg auszuweisen.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) geht davon aus, dass bestimmte Wege umgestaltet werden müssen, um Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern zu vermeiden. Der Weg, der an der Mülldeponie „An den Dielen“ vorbei zum Wald führt, sei immer noch in einem schlechten Zustand. Der Bürgermeister erklärt, dass dieser Weg schon vor zwei Monaten wieder instandgesetzt wurde, dass es aber immer wieder Probleme gebe wegen der Untätigkeit der Besitzer. Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) merkt an, dass sie dem Minister für Energie und Raumentwicklung Claude Turmes (déi Gréng) das Problem der Mülldeponie bei einem Treffen erklärt habe. Ihrer Ansicht nach unterstützt der Minister die Forderungen der Gemeinde. Der Bürgermeister erinnert daran, dass die Gemeinde das Problem schon im Rahmen der Unterredung im Ministerium aufgeworfen habe und dass die Gemeinde auch weiterhin bei den Verantwortlichen darauf drängen werde, dass eine Lösung gefunden wird. Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) weist darauf hin, dass der kommunale Zweckverband SICONA diesbezüglich ebenfalls seine Hilfe verweigert hat.

Der Klimapakt 2.0 wird einstimmig angenommen.

4. Beschluss zur Ausübung eines Vorkaufsrechts im Rahmen des „Pacte logement“.

Der Gemeinde liegen vier Anfragen bezüglich der Ausübung des Vorkaufsrechtes für verschiedene Parzellen vor. Das Schöffenkollégium schlägt vor, das Vorkaufsrecht in keinem der vorliegenden Fälle geltend zu machen. Der Bürgermeister beschreibt die einzelnen Grundstücke und die geforderten Preise und betont, dass das Schöffenkollégium es vorzieht, sich auf die Schaffung eigener Sozialwohnungen zu konzentrieren, anstatt Grundstücke zu kaufen. Die Gemeinderatsmitglieder François Gleis (CSV) und Laurent Glesener (DP) schließen sich diesem Standpunkt an.

Die Ausübung eines Vorkaufsrechts für die betreffenden Grundstücke wird einstimmig abgelehnt.

5. Beschluss bezüglich der Vergütungen der „Chargés de cours“.

Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) erklärt, dass einige der „Chargés de cours“, also der beauftragten Lehrkräfte, wegen der Pandemie ihre Aufgabe im ersten Semester nicht ausüben konnten. Das Schöffenkollégium schlägt vor, ihre Vergütung trotzdem zu zahlen. Dieser Vorschlag betrifft drei Personen und die Summe, um die es geht, beträgt 10.563,52 Euro. Der Bürgermeister betont, dass diese Maßnahme nur die sogenannten „Chargés de cours“ betrifft, also die beauftragten Lehrkräfte, die aufgrund der sanitären Maßnahmen nicht in der Lage waren, ihren Unterricht zu halten.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) zeigt sich erstaunt darüber, dass ihnen das reguläre Gehalt in voller Höhe gewährt werden soll, er ist der Meinung, dass doch eher eine teilweise Entschädigung üblich ist. Der Bürgermeister erklärt, dass es sich um Personen handelt, die über keine anderen Einkommensquellen verfügen. Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) merkt an, dass sogar der Staat im Rahmen seines Post-Covid-19-Konjunkturprogramms die Verluste der Betriebe auch nur zum Teil ausgeglichen hat. Der Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) erwidert, dass es sich dabei um eine ganz andere Größenordnung handle und dass dieser Vergleich nicht stimmig sei.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) unterstützt die Position von Léandre Kandel (DP). Seiner Meinung nach hätten die beauftragten Lehrkräfte auch weniger

Kosten durch den Ausfall ihres Unterrichts und daher sei eine Teil-Entsündigung durchaus legitim. Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) sieht dies genau so und erinnert den Gemeinderat an seine Verantwortung in Bezug auf die Verwaltung öffentlicher Mittel. Er erkundigt sich auch, ob die betroffenen beauftragten Lehrkräfte schon eine Hilfe vom Staat erhalten haben, um zu verhindern, dass sie doppelt entschädigt werden.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass in den Verträgen der beauftragten Lehrkräfte keinerlei Entschädigung vorgesehen ist. Gemeinderatsmitglied (DP) bleibt bei seiner Meinung. Er ist durchaus dafür, dass eine Teil-Entsündigung erfolgt, findet es aber inakzeptabel, dass die beauftragten Lehrkräfte eine Entschädigung für den vollen Betrag ihres Gehalts erhalten, ohne gearbeitet zu haben. Er kündigt seine Enthaltung bei der Abstimmung an.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) zeigt Verständnis für die Sorge der Gemeinderatsmitglieder, die gegen eine Entschädigung in voller Höhe sind, ist aber auch der Meinung, dass sich die Gemeinde großzügig zeigen sollte angesichts der derzeitigen Krise. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) weist darauf hin, dass die Beamten vom Staat eine Entschädigung in voller Höhe erhielten und dass den Mitarbeitern des C.N.I „Les Thermes“ ihr Gehalt auch in voller Höhe ausgezahlt wurde, obwohl das Schwimmbad geschlossen war.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) stellt fest, dass es diesbezüglich unterschiedliche Standpunkte gibt. Der Vorschlag des Schöffenkollégiums wird unverändert zur Abstimmung vorgelegt.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) schließt sich den Gemeinderatsmitgliedern an, die gegen den Vorschlag sind und kündigt ebenfalls seine Enthaltung bei der Abstimmung an.

Der Vorschlag wird mehrheitlich angenommen mit acht Enthaltungen von Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Martine Dieschburg-Nickels (DP), Victoria El Khoury (LSAP), Marc Fischer (DP), Laurent Glesener (DP), Léandre Kandel (DP), Paul Klensch (LSAP) und Claire Remmy (déi Gréng).

6. Bewilligung der ordentlichen Zuschüssen 2020/2021 für lokale Vereine.

Der Gemeinderat wird ersucht, die Bewilligung von Zuschüssen für lokale Vereine zu genehmigen. Der Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) erklärt, dass im Vorschlag des Schöffenkollégiums die gleichen Beträge wie 2020 für die Vereine vorgesehen sind mit einem außerordentlichen Zuschlag von 30% aufgrund der Pandemie. Eine punktuelle Änderung des entsprechenden Haushaltspostens wird nötig, weil zwei Vereine hinzukommen, nämlich „Cavaliers indépendants luxembourgeois (CIL)“ und „Nihon Tai Jitsu“. Die Mittel für den Artikel „Zuschüsse für Sportvereine“ werden also von 146.000 Euro auf 151.000 Euro aufgestockt.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) betont, wie wichtig die Vereine für die Gemeinde sind. Das Vereinswesen, so meint er, wurde von der Pandemie schwer getroffen und er freut sich, dass kein Verein deswegen aufgelöst werden musste. Die Bewilligung eines außerordentlichen Zusatzbetrags sei also durchaus legitim, ohne dass dadurch der Gesamthaushalt schwer zu leiden habe. Der Fußballclub „FC Una“ und der „Volleyball Club Strassen“ bitten um eine Entschädigung für den Einkommensverlust beim Verkauf von Eintrittskarten für die Spiele. Angesichts der Finanzsituation der beiden Vereine ist das Schöffenkollégium von der Stichhaltigkeit dieser Forderungen nicht überzeugt.

Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) begrüßt prinzipiell, dass außerordentliche Zuschüsse gezahlt werden, erkundigt sich aber, warum ein Prozentsatz von 30% festgelegt wurde. Ihrer Meinung nach wäre es sinnvoller gewesen, die Höhe des Zuschusses an die tatsächlich entstandenen Verluste der Vereine anzupassen. Der Bürgermeister erwidert, dass es praktisch unmöglich ist, einen solchen Satz angemessen und fair zu berechnen, da jeder Verein anders ist. Er betont auch, dass der Gemeinderat 2020 beschlossen hat, sämtliche Vereine ohne Unterschied zu unterstützen.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) teilt Victoria El Khourys (LSAP) Standpunkt, was die pauschale Vergabe ohne Unterscheidung des außerordentlichen Zuschusses angeht. Er bedauert, dass es keinen

eindeutigen Verteilerschlüssel gibt und geht davon aus, dass das Schöffenkollegium nie den tatsächlichen Bedarf der einzelnen Vereine geprüft hat. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erwidert, dass das Schöffenkollegium über sämtliche Rechnungslegungen der Vereine verfügt und somit genauestens über deren Buchhaltung informiert ist. Doch er ist auch der Ansicht, dass es sehr schwierig ist, allein auf dieser Grundlage eine Entscheidung über eine wirklich gerechte Verteilung zu treffen. Marc Fischer (DP) sieht in der derzeitigen Praxis eine „Zuschussverteilung nach dem Gießkannenprinzip“, die wenig verantwortungsbewusst sei. Der Bürgermeister entgegnet, dass das Schöffenkollegium durchaus in der Lage ist, den spezifischen Bedarf eines bestimmten Vereins zu prüfen und darauf zu reagieren, wie das auch kürzlich bei der Pfadfindervereinigung FNEL „Kiewerlecken“ der Fall war.

Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) weist darauf hin, dass er vor etwa fünfzehn Jahren selbst an der Ausarbeitung eines Verteilerschlüssels auf Grundlage von objektiven Kriterien beteiligt war. Dieser wurde damals im Gemeinderat von der liberalen Mehrheit aus politischen Erwägungen abgelehnt. Das derzeitige Schema wurde vom jetzigen Schöfferrat einfach übernommen. Seiner Meinung nach ist es immer noch möglich, einen objektiven Verteilerschlüssel einzuführen, was aber auch bedeutet, dass man den Mut haben muss, mit den Vereinen zu diskutieren, die dann vielleicht weniger Zuschüsse bekommen.

Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) erklärt, dass der derzeitige Verteilerschlüssel sich auf objektive Kriterien gründet, dass aber unter dem alten Schöffenkollegium ein Koeffizient eingeführt wurde. Seiner Meinung nach sei dies willkürlich geschehen, um bestimmte Vereine zu begünstigen, die besonders gute Beziehungen zu der damaligen politischen Mehrheit hatten. Ein weiterer Grund, der damals angeführt wurde, war die unverhältnismäßige Unterstützung von kulturellen Vereinigungen im Vergleich zu Sportvereinen.

Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) hätte es vorgezogen, bei den Vereinen nachzufragen, ob sie nach der Krise wirklich einen außerordentlichen Zuschuss brauchen, und sie im Falle des Falles auch zu bitten, einen Nachweis vorzulegen. Sie ist sicher, dass einige Vereine diese Frage verneint hätten.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) weist darauf hin, dass manche Vereine nicht nur Verluste haben, was den Verkauf von Eintrittskarten angeht, sondern dass sie auch Gefahr laufen, ihre Sponsoren zu verlieren, was Einkommensverluste über mehrere Jahre nach sich zöge. Seiner Ansicht nach sollte das Schöffenkollegium diesen Aspekt mitberücksichtigen.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) ist der Meinung, dass die Gemeinde sich nicht derart in Entscheidungen von Vereinen einmischen sollte.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) findet im Gegensatz dazu, dass die Gemeinde die Vereinstätigkeiten über Zuschüsse lenken und fördern sollte, wobei das Gemeinwohl und die politischen Zielsetzungen berücksichtigt werden sollten.

Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) sieht eine Diskussion über einen Verteilungsschlüssel als durchaus legitim an, denkt aber auch, dass die jetzt anstehende Abstimmung sich vor allem auf eine außergewöhnliche Unterstützung im Rahmen der Pandemie bezieht. Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) bleibt bei ihrem Standpunkt und sieht die anstehende Abstimmung als Gelegenheit, um das System zu reformieren.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) geht davon aus, dass praktisch sämtliche Aspekte diese Problematik angesprochen wurden. Er ist der Ansicht, dass eindeutige Kriterien zu mehr Transparenz beitragen und dass die Gemeinde erklären sollte, nach welchen Kriterien die Gelder verteilt werden. Dies sei auch insbesondere gegenüber den jungen Wählern wichtig, denen die Funktionsweise einer Gemeindeverwaltung nicht so vertraut ist.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) schlägt vor, im Rahmen der Beratenden Ausschüsse über einen neuen Verteilerschlüssel zu diskutieren und fordert das Schöffenkollegium auf, so vorzugehen. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) ist nicht dagegen, die Frage im Ausschuss zu behandeln, zeigt sich jedoch skeptisch in Bezug auf das Ergebnis.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) unterstreicht, dass es aktuell nicht darum geht, einen neuen

Verteilerschlüssel zu diskutieren. Im Sinne der Transparenz sollten sämtliche Mitglieder des Gemeinderates zuerst einmal genaue Informationen über die Verteilungskriterien für die bewilligten Zuschüsse bekommen.

Gemeinderatsmitglied Victoria El Khoury (LSAP) findet, dass die Art der Zuteilung von Zuschüssen überdacht werden sollte und dass diesbezüglich auch die Transparenz verbessert werden sollte. Einige Vereine in Strassen haben den Ruf, etwas wählerischer in Bezug auf ihre Mitglieder zu sein und falls Integration als Faktor für die Mittelzuweisung mitberücksichtigt würde, könnte das diese Vereine ermutigen, sich stärker zu öffnen.

Gemeinderatsmitglied Jean-Marie Durrer (CSV) erklärt, dass die Mitgliederzahl und auch die Zahl der angebotenen Aktivitäten bei den Zuteilungskriterien schon berücksichtigt werden. Problematisch werde es bei der Gewichtung der einzelnen Faktoren und diese könne nie hundertprozentig objektiv sein. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) teilt diese Sicht der Dinge.

Der Schöffe Jean Claude Roob (LSAP) bestätigt, dass es Zuteilungskriterien und einen Verteilerschlüssel gibt, dass es jedoch unmöglich ist, die zugrundeliegenden Motive für die fraglichen Koeffizienten zu erfahren. Auch er ist der Meinung, dass eine Änderung des Verteilerschlüssels zu Frustrationen bei den Vereinen führen könnte und auch zum Verlust von Mitgliedern.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) schließt sich der Position des Schöffenkollégiums an. Das Vereinsleben sei wichtig für die Gemeinde und wie der Bürgermeister ist er der Meinung, dass die Gemeinde sich nicht allzu sehr in die interne Funktionsweise der Vereine einmischen solle. Auch er glaubt, dass eine objektive Definition der Zuteilungskriterien unmöglich ist, da die Vereine sehr unterschiedlich sind. Außerdem würden kleinere Änderungen bei der Verteilung der Zuschüsse nichts am Gesamtbudget für die Zuschüsse ändern. Er kommt zu dem Schluss, dass es wenig bringt, eine Debatte über das damalige Zustandekommen oder die damit verbundenen politischen Verantwortlichkeiten neu aufzurollen.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) bleibt bei seinem Standpunkt und findet, dass man unterscheiden

muss zwischen ordentlichen und außerordentlichen Zuschüssen, auch wenn das mit sich bringt, dass spezifische Verteilerschlüssel für jeden dieser Bereiche festgelegt werden müssen.

Laut Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) geht es nicht darum, den Vereinen Zuschüsse wegzunehmen, sondern eindeutige und transparente Kriterien festzulegen. Sie ist fest davon überzeugt, dass solche Kriterien es ermöglichen würden, Einfluss auf die Arbeit der Vereine zu nehmen, um so politische Ziele wie Integration oder Aktivitäten für junge Menschen zu fördern.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) verweist noch einmal auf die großen Schwierigkeiten, denen sich die Vereine aufgrund der Pandemie ausgesetzt sahen. Er erklärt, dass der alte Verteilerschlüssel schon Faktoren wie die Integrationsfähigkeit, die Arbeit mit Senioren oder jungen Menschen oder die Betreuung der Vereinstätigkeiten mitberücksichtigte. Es ist überzeugt davon, dass dieser Verteilerschlüssel vom ehemaligen Bürgermeister im Beratenden Ausschuss vorgelegt wurde.

Die außerordentlichen Zuschüsse 2020/2021 für lokale Vereine werden einstimmig genehmigt.

7. Genehmigung eines Nachtrags zur Vereinbarung für die „Vél'Oh“-Stationen.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass ein Nachtrag zur Vereinbarung für die „Vél'Oh“-Stationen notwendig geworden ist, da zwei zusätzliche Stationen aufgestellt werden. Die drei vorhandenen Stationen erfreuen sich großer Beliebtheit. Die neuen Stationen werden in der Cité „Pescher“ in der Nähe des Wasserspielplatzes und in der Nähe des Parks „Riedgen“ aufgebaut. Die Vereinbarung wird dann im Endeffekt drei Stationen vorsehen mit jeweils 20 Stellplätzen und zehn Elektro-Fahrrädern, sowie zwei Stationen mit jeweils 15 Stellplätzen und acht Fahrrädern. Die Gemeinde trägt die Kosten für das Aufstellen der Stationen, die bei 54.447,61 Euro pro Station à 20 Stellplätze liegen und bei 49.061,66 Euro pro Station à 15 Stellplätze. Hinzu kommen die jährlichen Betriebskosten von 10.377,66 Euro pro Station mit 20 Stellplätzen und 8.674,61 Euro pro Station mit 15 Stellplätzen.

Auf Anfrage des Gemeinderatsmitglieds Martine Dieschburg-Nickels (DP) bestätigt der Bürgermeister, dass der Abbau einer Station unabhängig von deren Größe 8.636,06 Euro kostet. Das Gemeinderatsmitglied stellt sich auch Fragen bezüglich Artikel 11, in dem es heißt „(...) die zwischen der Stadt Luxemburg und JCDecaux geltenden Vertragsbestimmungen bezüglich der Regulierung der Fahrradstationen sind nicht anwendbar auf das Gebiet der Gemeinde Strassen“. Der Bürgermeister erklärt, dass die Stadt Luxemburg mit dem Betreiber JCDecaux einen Vertrag für Werbung abgeschlossen hat, dass es aber einen solchen Vertrag nicht für Strassen gibt.

Das Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) war der Meinung, dass ursprünglich ein anderer Standort vorgesehen war. Der Bürgermeister erklärt, dass ursprünglich eine dritte Station in der Rue de Reckenthal vorgesehen war, doch dass man beschlossen habe, das Ende der laufenden Arbeiten vor Ort abzuwarten, bevor dort eine Station installiert wird.

Der Nachtrag zur Vereinbarung über die „Vél'Oh“-Stationen wird einstimmig angenommen.

8. Genehmigung mehrerer Mietverträge.

Der Gemeinderat wird ersucht, zwei Mietverträge für Sozialwohnungen der Gemeinde auf Nummer 239, Route d'Arlon zu genehmigen. Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) geht kurz auf die persönliche Situation der neuen Mieter ein.

Die beiden Mietverträge werden einstimmig angenommen.

9. Beschluss über mehrere Parzellierungen.

Der Gemeinderat wird ersucht, zwei Grundstückspartzellierungen zu genehmigen. Der Bürgermeister erläutert, dass die erste Parzellierung ein Grundstück an der Ecke Rue de la Libération und Rue de l'Indépendance betrifft, dass in zwei geteilt wird, um eine zweite bebaubare Parzelle zu schaffen. Die zweite Aufteilung betrifft drei Parzellen im Besitz der Firma Stugalux, die in 6 Teile aufgeteilt werden, um ein Bauvorhaben zu ermöglichen und um genügend Raum für das Luxtramnetz zu schaffen.

Die beiden Parzellierungen werden einstimmig gebilligt.

10. Verabschiedung einer punktuellen Änderung des außerordentlichen Haushalts.

Die Mitglieder des Gemeinderats werden aufgerufen, einer punktuellen Änderung des außerordentlichen Haushalts zuzustimmen bezüglich der Arbeiten zur Verbesserung des Verkehrsflusses auf er RN34 zwischen der Ausfahrt der A6 in Bourmicht und dem Autobahnkreuz Helfenterbrück, die von der Gemeinde Bartringen durchgeführt werden. Der Bürgermeister erklärt, dass Strassen seinen Anteil am Projekt in Höhe von 59.632,12 Euro an die Gemeinde Bartringen erstatten muss.

Die punktuelle Änderung des außerordentlichen Haushaltes wird einstimmig angenommen.

11. Beschluss über die Vergabe einer Spende für humanitäre Zwecke.

Das Schöffenkollégium schlägt vor, eine humanitäre Spende zu machen, indem sie die Portokosten von 1.639,70 Euro für den Versand von Covid-19 Schnelltests und chirurgischen Masken an die benachteiligte Bevölkerung Nepals übernimmt.

Schöffe Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass die Eigentümer des örtlichen Restaurants „Swagat“ das Schöffenkollégium darauf hingewiesen haben, dass in ihrem Heimatland Nepal eine extrem angespannte Situation aufgrund der Pandemie herrsche. Die Gemeinde hat daraufhin ihre überschüssigen 1.600 Schnelltests und 3.000 chirurgischen Masken dorthin geschickt. Die vorgeschlagene Spende soll der Begleichung der Versandkosten dienen.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) bittet um nähere Informationen zu diesem Betrag und fragt, ob die Gemeinde Gebühren für die Zollabfertigung gezahlt habe.

Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) erklärt, dass der Betrag die Versandkosten abdeckt und dass die Gemeinde keine zusätzlichen Kosten bezahlt hat.

Die humanitäre Spende wird einstimmig genehmigt.

12. Verschiedenes.

Der Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) teilt dem Gemeinderat mit, dass er zwischenzeitlich über die Informationen verfügt, die bei der Sitzung vom 2. Juni bezüglich eines Klettergerüsts auf dem Spielplatz in der Nähe der neuen Schule erbeten wurden, da dieses eventuell eine Gefahr darstellen könne. Dieses Spielgerät ist für Kinder ab fünf Jahren zugelassen. Angesichts der Tatsache, dass die Kinder des Zyklus 2 älter sind und dass das Lehrpersonal gewarnt wurde, geht der Bürgermeister davon aus, dass dieses Klettergerüst keine Gefahr darstellt. Was die geforderten Statistiken bezüglich der Unfälle auf den Spielplätzen angeht, teilt er mit, dass es bis Juni des laufenden Jahres drei Unfälle gegeben hat. Bei einer Gesamtzahl von 750 Schülern geht der Bürgermeister davon aus, dass es diesbezüglich kein wirkliches Sicherheitsproblem gibt.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass am heutigen Vormittag vor der Sitzung des Gemeinderates eine Entscheidung bezüglich des „Le Lion d’Or“ getroffen wurde. Der frühere Betreiber hat zwei Monate Zeit, um die Örtlichkeiten zu verlassen und ein Sachverständiger wird die Höhe der Abgangsgebühr veranschlagen, die von der Gemeinde zu zahlen ist. Der Bürgermeister freut sich, dass diese Angelegenheit endlich geregelt ist, und es man beim Thema Brasserie nun endlich wieder vorankommt. Die Verträge mit den neuen Betreibern, und eine Renovierung der Räumlichkeiten sind in Vorbereitung. Angesichts des Umfangs der anfallenden Arbeiten geht Nicolas Pundel (CSV) davon aus, dass die Neueröffnung erst im nächsten Jahr erfolgen wird.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) erkundigt sich, ob die Wohnungen, die sich im Nebengebäude der Brasserie befinden immer noch Teil des nächsten Mietvertrags sein werden. Der Bürgermeister erwidert, dass die Gemeinde einen Juristen hinzuziehen will, um diese Frage zu prüfen.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), berichtet von zahlreichen Beschwerden bezüglich der Arbeit der Bautenkommission, insbesondere was die außergewöhnlich langen Fristen für die Erteilung einer Baugenehmigung angeht, doch es gäbe auch Probleme im Bereich der Kommunikation. Das Gemeinderatsmitglied geht davon aus, dass es auch ein Problem

mit einem Reglement gibt, das anscheinend vorgibt, dass Einfamilienhäuser mit einem Fahrradabstellraum ausgestattet werden müssen. Sie erkundigt sich, was es mit diesem Reglement auf sich hat. Der Bürgermeister bestätigt, dass es im Allgemeinen Bebauungsplan (PAG) irrtümlicherweise eine derartige Vorschrift gibt und dass er der Ansicht ist, dass diese geändert werden müsse. Der Bürgermeister hat ebenfalls Kenntnis der Kommunikationsprobleme mit der Bautenkommission und auch der Probleme mit den langen Fristen. Diese seien auf die große Anzahl von Bauvorhaben zurückzuführen sowie die Tatsache, dass derzeit nur ein einziger Beamter des technischen Dienstes für diese Aufgabe zuständig ist. Es sei nötig, diese Probleme anzugehen, indem dem Dienst ein zusätzlicher Mitarbeiter zugeteilt wird.

Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP), seines Zeichens Vollmitglied der Bautenkommission, weist darauf hin, dass das Problem der übermäßig langen Fristen bei der letzten Sitzung der Kommission besprochen wurde. Es wurde beschlossen, die Aufgaben der Kommission zu reduzieren, indem eine Liste von kleineren Genehmigungen erstellt wird, die keiner ausführlichen Aussprache bedürfen. Angesichts der schnellen Verstärkung sei es seiner Ansicht nach auch notwendig, auf Gemeindeebene die notwendigen personellen und organisationalen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Bürgermeister stimmt dieser Aussage zu.

Gemeinderatsmitglied Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) wurde in Kenntnis gesetzt über ein Bauvorhaben für ein Mehrfamilienhaus auf der Parzelle hinter der Nummer 262, Route d’Arlon. Dies könnte aufgrund der künftigen Ausweichstrecke, die in der Nähe gebaut wird, zu Problemen führen. Sie findet, dass die Gemeinde die potenziellen Käufer informieren sollte, damit es später, falls es zu Lärmprobleme kommt, dies nicht auf die Gemeinde zurückfällt. Auch der Bürgermeister schätzt die Situation als nicht ideal ein und geht davon aus, dass das Projekt für den Bau einer Ausweichstrecke bei den Anwohnern auf wenig Begeisterung stoßen wird.

Gemeinderatsmitglied Léandre Kandel (DP) merkt an, dass es für die Gemeinde schwierig werden könne, Eigentümer zu vorzuwarnen, deren Identität sie zum Zeitpunkt des Wohnungsverkaufs nicht kennt.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) berichtet, dass eine Reihe älterer Menschen sich beschwert haben, dass es nicht genügend Bänke im Schatten gebe im Park Riedgen. Sie schlägt vor, dass die Gemeindedienste eine Lösung anbieten.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) zeigt sich enttäuscht über das neue Magazin der Gemeinde. Der Inhalt spiegele nur den Standpunkt des Schöffenkollégiums und es sei kein einziges Foto der Mitglieder des Gemeinderates in der Zeitschrift zu finden.

Martine Dieschburg-Nickels (DP) äußert auch Kritik an dem Video, das anlässlich des Nationalfeiertags produziert wurde. Sie schlägt vor, dass die Gemeinde einen Verhaltenskodex für ihre Kommunikation ausarbeitet. Bürgermeister Nicolas Pundel (CSV) nimmt diesen Vorschlag zur Kenntnis.

Marc Fischer (DP) ist der Ansicht, dass der Erfolg des Magazins der Gemeinde noch abgewartet werden sollte. Was das Problem im Park Riedgen angeht, so weist das Gemeinderatsmitglied darauf hin, dass es in der gesamten Gemeinde einen Mangel an Sitzbänken gibt. Marc Fischer (DP) erkundigt sich auch danach, ob die Gemeinde über Statistiken verfügt, die die Auswirkungen der Baustelle in der Rue de Reckenthal auf den Verkehr darstellen. Seiner Meinung nach könnte die Ampel an der Baustelle dazu beitragen, den Verkehrsfluss in der Straße zu verbessern. Statistiken könnten helfen, diese Feststellung zu untermauern und gegebenenfalls könnte die Gemeinde eine feste Ampel dort aufstellen. Der Bürgermeister erklärt, dass es augenblicklich wenig Sinn mache, Statistiken zu erheben, da die Straße nach den Betriebsferien der Baubranche komplett für den Verkehr gesperrt sein wird. Gemeinderatsmitglied Laurent Glesener (DP) weist darauf hin, dass es 50 Meter weiter schon eine Ampel gibt. Er glaubt nicht, dass eine weitere Ampel

notwendig ist. Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) erwähnt ebenfalls, dass die Verkehrsinseln am Eingang zur Cité « Pescher » ihrer Aufgabe, die Geschwindigkeit zu drosseln, nicht gerecht werden und zu Unfällen führen könnten. Der Bürgermeister stimmt dieser Aussage zu und ergänzt, dass diese Verkehrsinseln heutzutage in dieser Form nicht mehr gebaut würden. Er betont aber, dass die Gemeinde diesbezüglich keine Wahl hatte wegen der Genehmigungen.

Gemeinderatsmitglied François Gleis (CSV) empfindet die von der Opposition geäußerte Kritik an der Kommunikationspolitik des Schöffenkollégiums als ungerechtfertigt, da das Schöffenkollégium seine Arbeiten erst im Februar aufgenommen hat. Er geht davon aus, dass der Ansatz der DP bezüglich der Kommunikation auch nicht sehr viel anders war, als diese an der Macht war.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) bedauert, dass es bei den Diskussionen unter dem Punkt „Verschiedenes“ oft ein wenig konfus zugehe und schlägt vor, dass der Gemeinderat sich so einrichtet, dass ein ordentlicher Verlauf der Diskussionen gewährleistet wird. Was das neue Mehrfamilienhaus am Rande der zukünftigen Ausweichstrecke angeht, so ist das Gemeinderatsmitglied der Meinung, dass die Gemeinde darauf achten sollte, nicht gegen einen Bauherrn zu Felde zu ziehen, da dies juristische Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Paul Klensch (LSAP) kommt zu dem Schluss, dass die Kritik an der Kommunikationspolitik des Schöffenkollégiums unbegründet ist.

13. Beschluss zur Ausübung eines Vorkaufsrechts (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).

14. Personalangelegenheiten: Beschluss bezüglich einer Beförderung (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).

Séance du conseil communal du 14 juillet 2021

ORDRE DU JOUR

1. **Approbation des procès-verbaux des séances du 31.03.2021, du 05.05.2021 et du 02.06.2021 (modifié).**
2. **Confirmation de plusieurs règlements de circulation.**
3. **Approbation de la convention Pacte Climat 2.0.**
4. **Décision portant sur l'exercice d'un droit de préemption dans le cadre du pacte logement.**
5. **Décision portant sur les indemnités des chargés de cours.**
6. **Allocation des subsides ordinaires 2020/2021 aux associations locales.**
7. **Approbation d'un avenant à la convention relative aux stations « Vél'Oh ».**
8. **Approbation de plusieurs contrats de bail.**
9. **Décision portant sur plusieurs lotissements de terrains.**
10. **Adoption d'une modification ponctuelle du budget extraordinaire.**
11. **Décision portant sur l'allocation d'un don humanitaire.**
12. **Divers.**
13. **Décision portant sur l'exercice d'un droit de préemption (huis clos).**
14. **Affaires de personnel : Décision portant sur une promotion (huis clos).**

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1^{er} échevin ; Jean Claude Roob (LSAP), 2^e échevin. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Victoria El Khoury (LSAP) ; Marc Fischer (DP) ; Laurent Glesener (DP) ; Jean-Marie Durrer (CSV) ; François Gleis (CSV) ; Léandre Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Claire Remmy (déi Gréng), conseillers. Secrétaire : Christian Muller.

Modification de l'ordre du jour.

En raison d'un retard dans l'élaboration d'une proposition de lettre pour la commune par le cabinet Arendt & Medernach, le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) propose d'ajourner l'approbation du procès-verbal du 2 juin 2021 sous point 1. à une date ultérieure.

La modification de l'ordre du jour est approuvée unanimement.

1. **Approbation des procès-verbaux des séances du 31.03.2021 et du 05.05.2021.**

Le conseil est appelé à approuver les procès-verbaux des séances du 31.03.2021 et du 05.05.2021.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande des précisions sur le point 6. du procès-verbal du 31 mars 2021 concernant la convention avec la société CFL Mobility. Le bourgmestre et le secrétaire communal apportent ces précisions. Sur demande de la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP), le bourgmestre fournit quelques informations sur les progrès d'une action en justice entamée par la commune.

Les procès-verbaux des séances du 31.03.2021 et du 05.05.2021 sont approuvés unanimement.

2. **Confirmation de plusieurs règlements de circulation.**

Le conseil communal est appelé à approuver plusieurs règlements de circulation en relation avec des chantiers dans la rue de Reckenthal, la route d'Arlon, la rue des Romains et la rue du Kiem.

Le conseiller François Gleis (CSV) fait remarquer que le nombre important de chantiers dans la route d'Arlon a pour effet de réduire le nombre de places de parking disponibles. Il estime qu'il faudrait réglementer l'espace occupé par les chantiers afin de garantir un nombre suffisant de places. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) estime que ce problème se limite à la

durée des chantiers. Il souligne que le nombre de places de parking disponibles après l'achèvement des travaux est prescrit par le règlement des bâtisses et le plan d'aménagement général (PAG).

Dans ce même contexte, le conseiller Paul Klensch (LSAP) aimerait avoir des informations relatives au projet de construction au numéro 242 route d'Arlon (ancien garage Grün), ainsi qu'à propos d'une parcelle récemment asphaltée en face. Le bourgmestre explique que la parcelle en face servira de parking aux équipes de chantier. La date du début effectif des travaux n'est pas encore connue, puisque la commune n'a pas encore reçu le plan d'aménagement particulier (PAP) qui y est afférent. Le conseiller Léandre Kandel (DP) n'est pas d'avis que le chantier en question réduira le nombre de places de parking à cet endroit. Il estime que la situation est plus problématique à proximité de la société Stugalux, au numéro 96 de la rue du Kiem. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) partage cet avis.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) témoigne d'un incident survenu lors de la coupe scolaire du 11 juin. Une rue sur le trajet de la coupe aurait été partiellement bloquée par deux camionnettes mal garées, constituant ainsi un risque de sécurité pour les enfants souvent inexpérimentés. Le bourgmestre promet des contrôles supplémentaires lors des éditions futures de la coupe scolaire.

Martine Dieschburg-Nickels (DP) attire l'attention du conseil sur une erreur textuelle dans un des règlements de circulation. Elle aimerait aussi avoir des détails sur le chantier en question dans la rue des Romains. Le bourgmestre explique que le chantier en question a souvent rendu nécessaire une fermeture complète de la rue. Une solution à ce problème aurait été trouvée, mais des fermetures de courte durée seront quand même nécessaires de temps en temps. Il souligne que la commune a évité une fermeture complète jusqu'en octobre et qu'il s'agit d'un des axes principaux de la commune. La conseillère et le bourgmestre s'accordent sur le fait que la rue des Romains devrait bénéficier de mesures de modération du trafic à l'avenir.

Les règlements sur la circulation sont approuvés à l'unanimité.

3. Approbation de la convention Pacte Climat 2.0.

Le conseil est appelé à approuver la convention Pacte Climat 2.0. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que la commune s'est fortement impliquée dans la préparation du nouveau Plan Climat 2.0, notamment grâce au travail de la commission consultative « équipe climat ». Le bourgmestre explique que la deuxième phase du Pacte Climat a toujours pour but une réduction des émissions de gaz à effet de serre, l'amélioration de l'efficacité énergétique et la promotion des énergies renouvelables, mais qu'il met davantage l'accent sur la participation des citoyens.

Au niveau des certifications, le bourgmestre rappelle que la commune a déjà atteint la catégorie 2. Il estime que la commune fait beaucoup d'efforts pour atteindre les prochaines catégories. Le bourgmestre annonce aussi que la commune continuera à se faire accompagner par le même conseiller climat du cabinet « studio E », comme auparavant. Le bourgmestre représentera le collègue échevinal au sein de la commission « équipe climat ». Dans le cadre du plan, la commune aurait déjà défini des programmes de travail et mis en place un suivi des objectifs quantitatifs. Le pacte climat 2.0 restera en vigueur jusqu'au 31 décembre 2030.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) souligne l'excellent travail de la commission « équipe climat », qui est très active. Sur initiative du membre effectif Romain Becker, l'équipe a établi une liste de tous les endroits de la commune qui posent problème aux cyclistes. La première édition du « Repair Café », le 27 juin, a été un grand succès, avec près de 50 visiteurs. Même constat pour la première édition du « vide-grenier » le 11 juillet.

Le bourgmestre annonce qu'une semaine « anti gaspillage » aura lieu en octobre, accompagnée d'une exposition du ministère sur le gaspillage, s'adressant aux écoliers et citoyens. D'autres actions s'adressant à différentes classes d'âge sont en préparation avec la participation de la commission de la jeunesse et le club senior. Un programme « re-use » sera développé avec différents partenaires jusqu'en fin d'année. Un autre projet dans ce domaine a été mis sur pied avec l'office social. Une délégation de l'« équipe climat » a aussi visité l'épicerie sans emballage « Mademoiselle Vrac », qui s'est implantée dans la commune.

Le bourgmestre annonce qu'en 2022 la commune lancera de sa propre initiative une campagne sur la séparation et la prévention des déchets. Il estime que la commune doit agir de son propre chef car la nouvelle loi sur la gestion des déchets se fait attendre. L'installation de panneaux solaires sur les toits de la nouvelle école et de la maison communale est également à l'étude. Nicolas Pundel (CSV) estime aussi que des efforts doivent être faits au niveau du gaspillage d'eau au centre de natation intercommunal « Les Thermes ». Il explique que la piscine doit renouveler en moyenne 30 litres d'eau par baigneur et par jour. Il estime que l'eau usée des bassins et des douches devrait être retraitée et réutilisée.

Nicolas Pundel (CSV) annonce aussi que les nouveaux supports pour bicyclettes ont été installés et que le collège échevinal compte faire installer une borne de services pour vélos à proximité de la maison communale. La commune va aussi employer un autobus électrique pour le transport scolaire. Le bourgmestre conclut en soulignant que l'économie circulaire et l'anti-gaspillage constituent aussi des objectifs primaires du plan de développement « Strassen 2030 ».

Sur demande de la conseillère Victoria El Khoury (LSAP), le bourgmestre confirme que Strassen détient actuellement le niveau 2 de la certification Pacte Climat, ce qui équivaut à un score de 55 %.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) se félicite du travail accompli au sein de l'« équipe climat ». Elle estime que la motivation est grande et que les initiatives de la commune au niveau de la politique environnementale vont dans la bonne direction. Le bourgmestre partage cet avis et confirme que des membres supplémentaires sont les bienvenus au sein de l'équipe.

Le conseiller Marc Fischer (DP) se réjouit du grand succès du « Repair Café » et estime qu'il s'agit d'un projet innovant qui s'accorde bien aux efforts de développement durable au Luxembourg. En ce qui concerne le vide-grenier, le conseiller est d'avis que la commune n'a pas fait assez de publicité. Il estime aussi que cette manifestation aurait plus de succès en la regroupant avec le marché bimensuel (« Maart zu Stroossen »). Marc Fischer (DP) salue aussi les progrès accomplis en matière de lutte contre le gaspillage, d'autant plus que des actions concrètes dans ce

domaine se sont trop longtemps fait attendre à ses yeux. Il souligne l'importance de la sensibilisation dans ce domaine et aimerait savoir si la commune dispose de statistiques sur la quantité de déchets alimentaires générés par la cantine. Il estime que de telles données permettraient à l'avenir d'évaluer le succès d'une campagne de sensibilisation. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) remarque que Strassen vient en fait d'accueillir le premier « Repair Café » luxembourgeois organisé par une commune. Il salue la proposition du conseiller au sujet des déchets alimentaires et promet d'en discuter avec les responsables de la commune.

Sur demande de la conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), le bourgmestre explique que la commune compte organiser deux à trois « Repair Café » par an, ainsi que le même nombre de vide-greniers.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) salue les initiatives dans le cadre du pacte climat, ainsi que la dynamique au sein de l'« équipe climat ». Elle estime par contre que le collège échevinal a failli à son devoir de présenter la mise en œuvre du programme au conseil communal une fois par an, comme prévu dans l'article 3.1 du pacte. Martine Dieschburg-Nickels (DP) souhaite que les membres du conseil soient généralement mieux impliqués dans les processus de consultation. Elle estime aussi que le nouveau pacte climat donne des indications assez claires sur la composition de l'« équipe climat » dans l'article 5.1.2, qui propose une forte implication des jeunes, ainsi qu'un équilibre au niveau des genres et des catégories d'âge des membres. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) confirme que la sensibilisation joue un rôle important dans ce domaine. Il estime que l'« équipe climat » présente déjà une bonne mixité sociale. Il promet aussi que les membres du conseil seront régulièrement informés sur les progrès et initiatives dans le cadre du pacte. D'ailleurs, il annonce que la commune a enfin reçu l'autorisation de marquer la voie de bus sur la route d'Arlon comme piste cyclable.

Le conseiller François Gleis (CSV) estime qu'il faut aménager certains chemins afin d'éviter les conflits entre piétons et cyclistes. Le chemin menant vers la forêt via la décharge « An den Dielen » est toujours en mauvais état. Le bourgmestre explique que le chemin en question a déjà été remis en état il y a deux mois, mais qu'il y a toujours des problèmes à cause

de l'inaction de propriétaires. La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) remarque qu'elle a expliqué le problème de la décharge au ministre de l'énergie et de l'aménagement du territoire Claude Turmes (déi Gréng) lors d'une rencontre. Elle est d'avis que le ministre soutient les revendications de la commune. Le bourgmestre rappelle que la commune a déjà présenté le problème lors de son entrevue au ministère. Le bourgmestre estime que la commune continuera à insister auprès des responsables pour trouver une solution. Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) remarque que le syndicat SICONA a également refusé d'apporter son aide dans ce contexte.

Le pacte climat 2.0 est approuvé à l'unanimité.

4. Décision portant sur l'exercice d'un droit de préemption dans le cadre du pacte logement.

La commune a reçu quatre demandes sur l'exercice du droit de préemption concernant diverses parcelles. Le collège échevinal propose de n'exercer le droit de préemption dans aucun des cas. Le bourgmestre décrit les différents terrains, ainsi que les prix demandés et souligne que le collège échevinal préfère mettre l'accent sur la création de ses propres logements sociaux au lieu d'acheter des terrains. Les conseillers François Gleis (CSV) et Laurent Glesener (DP) se rattachent à cette position.

L'exercice d'un droit de préemption sur les terrains en question est rejeté unanimement.

5. Décision portant sur les indemnités des chargés de cours.

L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) explique qu'un certain nombre de chargés de cours n'ont pas pu assurer leur tâche pendant le premier semestre à cause de la pandémie. Le collège échevinal propose de les indemniser quand même. La proposition concerne trois personnes, la somme accordée s'élève à 10.563,52 euros. Le bourgmestre souligne que cette mesure ne concerne que les chargés de cours qui n'avaient pas la possibilité d'assurer leur cours à cause des mesures sanitaires.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) s'étonne du fait que l'entièreté de leur traitement normal soit accordée.

Il estime qu'une indemnisation partielle est usuelle. Le bourgmestre explique qu'il s'agit de personnes qui n'ont pas d'autres sources de revenus. Le conseiller Léandre Kandel (DP) remarque que même l'État n'a que partiellement couvert les pertes des entreprises privées dans le cadre de sa stratégie de relance post-Covid-19. L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) estime qu'il s'agit là d'un tout autre ordre de grandeur et que la comparaison n'est pas valable.

Le conseiller Marc Fischer (DP) rejoint la position de Léandre Kandel (DP). Il estime que les chargés de cours avaient aussi moins de frais du fait de l'annulation de leurs tâches et qu'un dédommagement partiel serait donc légitime. Le conseiller Paul Klensch (LSAP) rejoint également cette position et rappelle aux membres du conseil leurs responsabilités dans la gestion des deniers publics. Il aimerait aussi savoir si les chargés de cours en question ont déjà obtenu une aide de l'État afin d'éviter une double indemnisation.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que les contrats de chargés de cours en question ne prévoient aucune indemnisation. Le conseiller Léandre Kandel (DP) reste sur sa position. Tout en approuvant parfaitement une indemnisation partielle, il ne trouve pas acceptable que les chargés de cours reçoivent l'intégralité de leur traitement sans avoir travaillé. Il annonce qu'il s'abstiendra lors du vote.

Le conseiller François Gleis (CSV) avoue comprendre les préoccupations des conseillers opposés à une indemnisation intégrale, mais il estime aussi que la commune devrait montrer une certaine largesse au vu de la crise actuelle. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) remarque que l'État a dédommagé ses fonctionnaires intégralement et que les employés du C.N.I « Les Thermes » ont également reçu leur plein salaire en dépit du fait que la piscine était fermée.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) constate qu'il existe des divergences de vue sur la question. La proposition du collège échevinal sera donc présentée au vote sans modification.

Le conseiller Marc Fischer (DP) s'aligne sur les conseillers opposés à la proposition et annonce également vouloir s'abstenir lors du vote.

La proposition est approuvée majoritairement, avec les huit abstentions de Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Martine Dieschburg-Nickels (DP), Victoria El Khoury (LSAP), Marc Fischer (DP), Laurent Glesener (DP), Léandre Kandel (DP), Paul Klensch (LSAP) et Claire Remmy (déi Gréng).

6. Allocation des subsides ordinaires 2020/2021 aux associations locales.

Le conseil communal est appelé à approuver l'allocation des subsides aux associations locales. L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) explique que la proposition du collège échevinal prévoit d'allouer le même montant aux associations qu'en 2020, en y ajoutant un supplément extraordinaire de 30 % à cause de la pandémie. Une modification ponctuelle de l'article budgétaire correspondant sera nécessaire à cause des deux associations supplémentaires « Cavaliers indépendants luxembourgeois (CIL) » et « Nihon Tai Jitsu ». Le crédit de l'article « subventions aux associations sportives » sera donc augmenté de 146.000 euros à 151.000 euros.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) souligne l'importance des associations pour la commune. Il estime que la vie associative a été gravement impactée par la pandémie et se félicite qu'aucune association n'ait été dissoute à cause de cela. L'allocation d'un supplément extraordinaire est donc parfaitement légitime sans que cela impacte significativement le budget global. Le club de football « FC Una » et le « Volleyball Club Strassen » demandent à être dédommagés à cause de leurs pertes de revenus sur les tickets d'entrée lors de matchs. Vu la situation financière des associations en question, le collège échevinal n'est pas convaincu du bien-fondé de ces demandes.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) salue le principe des subsides extraordinaires, mais aimerait savoir pourquoi le taux a été fixé à 30 %. Elle estime qu'il aurait été plus judicieux d'adapter le montant de l'aide aux pertes réelles des associations. Le bourgmestre explique qu'il est quasiment impossible de calculer un tel taux de façon équitable parce que toutes les associations sont différentes. Il souligne aussi que le conseil a pris la décision en 2020 de soutenir toutes les associations sans distinction.

Le conseiller Marc Fischer (DP) partage la vue de Victoria El Khoury (LSAP) en ce qui concerne la répartition forfaitaire et sans distinction du subside extraordinaire. Il déplore l'absence d'une clé de répartition claire et estime que le collège échevinal n'a jamais fait l'analyse des besoins réels des associations. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) répond que le collège échevinal dispose de tous les comptes des associations et qu'il est donc parfaitement au courant de leur comptabilité. Mais il estime aussi qu'il est très difficile de trancher sur une répartition vraiment équitable uniquement sur cette base. Aux yeux du conseiller Marc Fischer (DP), la pratique de répartition actuelle constitue un « saupoudrage de subventions » peu responsable. Le bourgmestre répond que le collège échevinal est parfaitement capable d'analyser et de répondre aux besoins spécifiques d'une association particulière, comme cela a été récemment le cas avec l'association scout FNEL « Kiewerlecken ».

Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) explique qu'il a personnellement contribué à l'élaboration d'une clé de répartition basée sur des critères objectifs il y a une quinzaine d'années. Celle-ci aurait été rejetée au conseil par la majorité libérale de l'époque pour des raisons politiques. Le schéma actuel a simplement été repris par le collège échevinal actuel. Il estime que l'introduction d'une clé objective est toujours possible, mais que cela implique aussi le courage d'ouvrir un débat avec les associations sur les raisons d'une éventuelle baisse des subventions.

Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) explique que la clé de répartition actuelle se base sur des critères objectifs, mais qu'un coefficient a été introduit sous l'ancien collège échevinal. À ses yeux, cela aurait été fait de façon arbitraire afin de favoriser certaines associations ayant des liens privilégiés avec la majorité politique de l'époque. Une deuxième raison invoquée à l'époque aurait été un soutien disproportionné aux associations culturelles face aux associations sportives.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) aurait préféré qu'on demande aux associations si elles ont réellement besoin d'un subside extraordinaire suite à la crise, avec l'obligation de fournir un justificatif si c'était le cas. Elle est persuadée que certaines associations auraient répondu par la négative.

Le conseiller Marc Fischer (DP) explique que certaines associations doivent non seulement faire face à une perte de revenus sur les tickets d'entrée, mais qu'elles risquent également de perdre leurs sponsors ce qui entraînerait un manque à gagner sur plusieurs années. À ses yeux, c'est un aspect que le collègue échevinal devrait considérer.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) n'est pas d'avis que la commune doive s'immiscer dans les décisions des associations de cette façon.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) est d'avis que la commune devra au contraire guider et encourager les activités des associations via l'allocation de subsides, en tenant compte de l'intérêt public et des objectifs politiques.

L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) estime qu'une discussion sur la clé de répartition est légitime, mais pense aussi que le présent vote concerne principalement une aide exceptionnelle dans le cadre de la pandémie. La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) reste sur sa position et estime que le présent vote constitue une occasion de réformer le système.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) estime que presque tous les aspects de la problématique ont été mentionnés. Il est d'avis que des critères clairs seraient dans l'intérêt d'une meilleure transparence et que la commune devrait expliquer de quelle façon ces fonds sont répartis. Ceci serait particulièrement important face aux jeunes électeurs qui sont moins familiarisés avec le fonctionnement d'une commune.

Le conseiller Marc Fischer (DP) propose qu'une nouvelle clé de répartition soit discutée dans le cadre des commissions consultatives. Il invite le collègue échevinal à aller dans ce sens. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) ne s'oppose pas au fait de débattre la question en commission, mais reste sceptique quant au résultat.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) souligne que le but actuel n'est pas de discuter d'une nouvelle clé de répartition. Dans l'intérêt de la transparence, il estime que tous les membres du conseil communal doivent, dans une première étape, être informés de manière précise des critères de répartition des subsides distribués.

La conseillère Victoria El Khoury (LSAP) pense qu'il faut revoir la manière dont les subsides sont attribués et aussi améliorer la transparence dans ce contexte. Elle estime que certaines associations à Strassen sont réputées être un peu fermées et pense que, si l'intégration faisait partie des facteurs d'attribution, cela encouragerait ces associations à s'ouvrir davantage.

Le conseiller Jean-Marie Durrer (CSV) explique que le nombre des membres et le volume des activités d'une association font déjà partie des critères d'attribution. Il estime que le vrai problème se pose lors de la pondération des différents facteurs qui ne pourra jamais être complètement objective. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) se rattache à ce point de vue.

L'échevin Jean Claude Roob (LSAP) confirme qu'il existe bien des critères d'attribution et une clé de répartition, mais qu'il est désormais impossible de connaître les motifs derrière les fameux coefficients. Il estime aussi qu'une modification de la clé de répartition pourrait engendrer des frustrations et des pertes de membres au sein des associations.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) se rattache à la position du conseil échevinal. Il estime que la vie associative est importante pour la commune et partage l'opinion du bourgmestre, à savoir que la commune ne devrait pas trop s'immiscer dans le fonctionnement interne des associations. Il pense également qu'une définition objective des critères de répartition est impossible parce que les associations sont très différentes. Il est aussi d'avis que des changements mineurs au niveau de la répartition des subsides ne changeraient en rien le budget global attribué aux subsides. Pour conclure, il estime qu'il ne sert à rien de rouvrir un débat autour de l'historique ou des responsabilités politiques à ce sujet.

Le conseiller Marc Fischer (DP) reste sur sa position et estime qu'il faut faire la différence entre les subventions ordinaires et extraordinaires, quitte à se donner des clés de répartition spécifiques pour chaque volet.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) souligne qu'à ses yeux il ne s'agit pas d'enlever des subventions aux associations, mais d'établir des critères clairs et transparents. Elle réitère sa conviction que de tels

critères permettraient aussi d'avoir une influence sur les activités des associations afin de promouvoir des objectifs politiques comme l'intégration ou les activités pour jeunes.

Le conseiller François Gleis (CSV) rappelle les grosses difficultés des associations en raison de la pandémie. Il explique que l'ancienne clé de répartition tenait déjà compte de facteurs comme la capacité d'intégration, le travail avec les seniors ou les jeunes, ou l'encadrement des activités au sein des associations. Il est persuadé que cette clé a bien été présentée en commission consultative par l'ancien bourgmestre.

Les subsides ordinaires 2020/2021 aux associations locales sont approuvés unanimement.

7. Approbation d'un avenant à la convention relative aux stations « Vél'Oh ».

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique qu'un avenant à la convention relative aux stations « Vél'Oh » est nécessaire en raison de l'installation de deux stations supplémentaires. Il annonce que les trois stations existantes bénéficient d'une forte fréquentation. Les nouvelles stations seront installées dans la cité « Pescher » à proximité de l'aire de jeu aquatique et aux alentours du parc « Riedgen ». La convention prévoit au final trois stations comprenant 20 dispositifs d'attache et dix vélos à assistance électrique, ainsi que deux stations comprenant 15 dispositifs et huit vélos. La commune supporte les frais de la pose des stations, qui s'élèvent à 54.447,61 euros par station de 20 dispositifs et à 49.061,66 euros par station de 15 dispositifs. S'y ajoutent des frais d'exploitation annuels à hauteur de 10.377,66 euros par station de 20 dispositifs et de 8.674,61 euros par station de 15 dispositifs.

Sur demande de la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP), le bourgmestre confirme que le démontage d'une station coûte 8.636,06 euros quelle que soit la taille de la station. La conseillère s'interroge aussi sur la signification de l'article 11, qui stipule que « (...) les dispositions contractuelles en matière de régulation des stations à vélo en vigueur entre la Ville de Luxembourg et JCDecaux ne sont pas applicables sur le territoire de la commune de Strassen ». Le bourgmestre explique que la Ville de Luxembourg a

conclu un contrat relatif à la publicité aux stations vélo avec l'exploitant JCDecaux et qu'un tel contrat n'existe pas pour Strassen.

Le conseiller Laurent Glesener (DP) pense qu'un autre emplacement avait été retenu. Le bourgmestre explique qu'initialement une troisième station était prévue dans la rue de Reckenthal, mais que la décision a été prise d'attendre la fin des travaux en cours à cet endroit pour l'installation.

L'avenant à la convention relative aux stations « Vél'Oh » est approuvée unanimement.

8. Approbation de plusieurs contrats de bail.

Le conseil est appelé à approuver deux contrats de bail pour des logements sociaux de la commune au numéro 239 de la route d'Arlon. L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique brièvement la situation personnelle des nouveaux locataires.

Les deux contrats de bail sont approuvés unanimement.

9. Décision portant sur plusieurs lotissements de terrains.

Le conseil est appelé à approuver deux lotissements de terrains. Le bourgmestre explique que le premier lotissement concerne un terrain situé au coin de la rue de la Libération et de la rue de l'Indépendance, qui sera partagé en deux afin de créer une deuxième parcelle constructible. Le deuxième lotissement concerne trois parcelles appartenant à la société Stugalux qui seront divisées en six parties afin de permettre un projet de construction et pour créer l'espace nécessaire au réseau Luxtram.

Les deux lotissements sont approuvés unanimement.

10. Adoption d'une modification ponctuelle du budget extraordinaire.

Les conseillers sont appelés à adopter une modification ponctuelle du budget extraordinaire relative aux travaux de mise en fluidité de la RN34 entre la sortie de l'A6 à Bourmicht et l'échangeur Helfenterbrück par la commune de Bertrange. Le bourgmestre explique que

Strassen doit rembourser sa participation au projet à hauteur de 59.632,12 euros à la commune de Bertrange.

La modification ponctuelle du budget extraordinaire est approuvée unanimement.

11. Décision portant sur l'allocation d'un don humanitaire.

Le collège échevinal propose d'allouer un don humanitaire sous forme de prise en charge des frais d'envoi d'un montant de 1.639,70 euros pour des tests antigéniques rapides Covid-19 et des masques chirurgicaux envoyés à la population défavorisée du Népal.

L'échevin Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que les propriétaires du Restaurant local «Swagat» ont informé le collège échevinal de la situation extrêmement tendue en raison de la pandémie dans leur pays natal, le Népal. La commune a alors envoyé là-bas son surplus de 1.600 tests antigéniques rapides et de 3.000 masques chirurgicaux. Le don proposé est destiné à couvrir les frais d'envoi du matériel.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) aimerait avoir des informations relatives au montant et souhaite savoir si la commune a payé des frais de dédouanement.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) explique que le montant couvre les frais d'envoi et que la commune n'a pas payé des frais supplémentaires.

Le don humanitaire est approuvé à l'unanimité.

12. Divers.

Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) informe le conseil qu'il dispose désormais des informations demandées en séance du 2 juin au sujet d'une plate-forme d'escalade prétendument dangereuse sur l'aire de jeux à proximité de la nouvelle école. Il explique que la structure en question est homologuée pour les enfants à partir de cinq ans. Considérant que les élèves du cycle 2 sont plus âgés et que le personnel enseignant est averti, le bourgmestre n'estime pas que la structure pose problème. En ce qui concerne les statistiques demandées à propos des accidents sur les aires de jeux,

il explique qu'il y a eu trois accidents jusqu'en juin pour l'année en cours. Sur un effectif global de 750 élèves, le bourgmestre estime dès lors qu'il n'existe pas de réel problème de sécurité à ce niveau.

Le bourgmestre annonce qu'une décision à propos de la brasserie « Le Lion d'Or » vient de tomber le matin même de la réunion du conseil. Le gérant sortant aura deux mois pour libérer les locaux et un expert devra évaluer le montant de la taxe de départ due par la commune. Le bourgmestre se félicite que cette affaire soit enfin résolue et que les choses puissent avancer dans la brasserie. Les contrats avec les nouveaux exploitants, ainsi qu'une rénovation des locaux sont en préparation. Nicolas Pundel (CSV) estime qu'en raison de l'envergure des travaux, la réouverture ne pourra se faire avant l'année prochaine.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) aimerait savoir si les appartements en annexe de la brasserie font toujours partie du prochain contrat de bail. Le bourgmestre explique que le collège échevinal compte engager un juriste afin d'examiner la question.

Selon la conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), de nombreuses personnes se plaindraient du travail de la commission des bâtisses, surtout à cause de délais excessifs pour les autorisations de bâtir, mais aussi à cause de problèmes au niveau de la communication. La conseillère estime qu'il existe aussi un problème au niveau d'un règlement qui semble stipuler l'aménagement d'un local pour vélos dans les maisons unifamiliales. Elle aimerait savoir ce qu'il en est de ce règlement. Le bourgmestre confirme qu'une telle prescription figure dans le PAG par erreur et estime qu'il faudra changer cela. Le bourgmestre dit aussi avoir connaissance des problèmes de communication avec la commission des bâtisses et au niveau des délais. Il explique que ces délais sont dus au nombre important de projets de construction et au fait qu'actuellement un seul fonctionnaire s'occupe de cette tâche au service technique. Il estime qu'il faudra remédier à ces problèmes, notamment en renforçant le service d'une personne.

En tant que membre effectif de la commission des bâtisses, le conseiller Laurent Glesener (DP) explique que le problème des délais excessifs a été discuté lors

de la dernière réunion de la commission. La décision a été prise de réduire la tâche de la commission en dressant une liste des types d'autorisations mineures qui ne nécessitent pas de discussion approfondie. Il estime aussi qu'au vu de l'urbanisation rapide, la commune devra se donner les moyens personnels et organisationnels nécessaires. Le bourgmestre se rattache à cette vue.

La conseillère Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) dit avoir pris connaissance d'un projet de construction d'une résidence sur une parcelle derrière le numéro 262 route d'Arlon. Elle pense que cela pourrait créer des problèmes en raison de la future voie de délestage qui sera construite à proximité. Elle est d'avis que la commune devrait informer les potentiels acheteurs pour éviter que, plus tard, d'éventuels problèmes de bruit ne retombent sur la commune. Le bourgmestre estime que la situation n'est en effet pas idéale et que le projet de voie de délestage risque de déplaire à beaucoup d'habitants.

Le conseiller Léandre Kandel (DP) remarque qu'il serait difficile pour la commune d'avertir des propriétaires dont elle ne connaît pas l'identité au moment de la vente des appartements.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) informe qu'un certain nombre de personnes âgées se plaignent du manque de bancs ombragés dans le parc Riedgen. Elle suggère que les services communaux proposent une solution.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) se dit déçue par le nouveau magazine communal. Elle estime que le contenu reflète uniquement les positions du collège échevinal et que la publication ne contient aucune photo des membres du conseil.

Martine Dieschburg-Nickels (DP) critique également la vidéo qui a été produite à l'occasion de la fête nationale. Elle propose que la commune se dote d'un code de déontologie pour sa communication. Le bourgmestre Nicolas Pundel (CSV) prend acte de la proposition.

Aux yeux du conseiller Marc Fischer (DP), le succès du magazine communal reste à prouver. En ce qui concerne le problème au parc Riedgen, le conseiller estime qu'il y

a un manque généralisé de bancs sur toute la commune. Marc Fischer (DP) aimerait également savoir si la commune dispose de statistiques montrant l'impact du chantier dans la rue de Reckenthal sur le trafic. À son avis, le feu rouge du chantier pourrait avoir comme effet de fluidifier le trafic dans la rue. Il estime que des statistiques pourraient étayer ce constat et que, le cas échéant, la commune pourrait installer un feu permanent. Le bourgmestre explique que la collecte de statistiques fait actuellement peu de sens puisque la rue sera complètement fermée à la circulation après le congé collectif du secteur de la construction. Le conseiller Laurent Glesener (DP) estime qu'un feu existe déjà à 50 mètres. Il ne pense pas qu'un deuxième feu rouge soit nécessaire. Le conseiller Marc Fischer (DP) estime également que les îlots de circulation à l'entrée de la cité « Pescher » ne remplissent pas leur rôle de modérateurs de vitesse et qu'ils peuvent provoquer des accidents. Le bourgmestre lui donne raison, tout en estimant que de tels îlots ne seraient plus construits de la même manière de nos jours. Il souligne que la commune n'avait aucun choix à cet égard à cause des autorisations.

Le conseiller François Gleis (CSV) estime que la critique de l'opposition envers la politique de communication du collège échevinal n'est pas légitime, car ce dernier n'a pris ses fonctions qu'en février. Il estime que l'approche de la communication du DP n'était pas très différente lorsqu'il était au pouvoir.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) déplore un certain désordre lors des débats sous le point « divers » de l'ordre du jour et propose que le conseil se donne les moyens de rendre les débats plus ordonnés. À propos du problème de la nouvelle résidence en bordure de la future voie de délestage, le conseiller estime que la commune doit faire attention à ne pas faire campagne contre un promoteur, sous peine de s'exposer à des risques juridiques. Pour conclure, Paul Klensch (LSAP) estime que les critiques envers la politique de communication du collège échevinal ne sont pas fondées.

13. Décision portant sur l'exercice d'un droit de préemption (huis clos).

14. Affaires de personnel : Décision portant sur une promotion (huis clos).

Communal Council meeting of 14 July 2021

AGENDA

1. **Approval of the minutes of the meetings of 31.03.2021, 05.05.2021 and 02.06.2021 (amended).**
2. **Confirmation of several traffic regulations.**
3. **Approval of the Climate Pact 2.0.**
4. **Decision on the exercise of a right of pre-emption under the Housing Pact.**
5. **Decision on allowances for lecturers.**
6. **Allocation of ordinary subsidies 2020/2021 to local associations.**
7. **Approval of an amendment to the agreement on “Vél’Oh” stations.**
8. **Approval of several lease contracts.**
9. **Decision on several plots of land.**
10. **Adoption of a one-off amendment to the extraordinary budget.**
11. **Decision on a charity donation.**
12. **Miscellaneous.**
13. **Decision on the exercise of a right of pre-emption (in camera).**
14. **Staff matters: decision on a promotion (in camera).**

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Betty Welter-Gaul (LSAP), 1st Alderman; Jean Claude Roob (LSAP), 2nd Alderman. Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Victoria El Khoury (LSAP); Marc Fischer (DP); Laurent Glesener (DP); Jean-Marie Durrer (CSV); François Gleis (CSV); Léandre Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Claire Remmy (déi Gréng), Councillors. Secretary: Christian Muller.

Amendments to the agenda.

Due to a delay by Arendt & Medernach in drawing up a proposal for a letter for the Commune, Mayor Nicolas Pundel (CSV) proposed postponing the approval of the minutes of the meeting on 2 June 2021 under item 1 to a later date.

The amendment of the agenda was unanimously approved.

1. Approval of the minutes of the meetings of 31.03.2021 and 05.05.2021.

The Council was asked to approve the minutes of the meetings of 31.03.2021 and 05.05.2021.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked for clarification on point 6 of the minutes of the meeting of 31 March 2021 concerning the agreement with CFL Mobility. The Mayor and the Communal Secretary provided these clarifications. At the request of Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP), the Mayor provided some information on the progress of legal action taken by the Commune.

The minutes of the meetings of 31.03.2021 and 05.05.2021 were unanimously approved.

2. Confirmation of several traffic regulations.

The Communal Council was called upon to approve a number of traffic regulations relating to roadworks on Rue de Reckenthal, Route d’Arlon, Rue des Romains and Rue du Kiem.

Councillor François Gleis (CSV) pointed out that the large number of roadworks on Route d’Arlon meant there were fewer parking spaces. He felt that the space occupied by roadworks should be regulated in order to ensure a sufficient number of spaces. Mayor Nicolas Pundel (CSV) considered this problem to be temporary because it was limited to the duration of the works. He pointed out that the number of parking spaces available after the completion of the works was

set forth in the Buildings Regulation and the General Development Plan (PAG).

In the same context, Councillor Paul Klensch (LSAP) asked for information on the construction project on 242, Route d'Arlon (the former "Grün" dealership), as well as on a plot of land which had recently been asphalted opposite the building. The Mayor explained that the latter plot would serve as a car park for the people working on the building site. The actual start date of the works was not yet known, as the Commune has not yet received the relevant Special Development Plan (PAP). Councillor Léandre Kandel (DP) did not think that the site would reduce the number of parking spaces there. He believed that the situation was more problematic in the vicinity of "Stugalux", on 96, Rue du Kiem. Mayor Nicolas Pundel (CSV) shared his view.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) spoke of an incident during the "Coupe scolaire" ("School Cup") on 11 June. A street along the Coupe's route was partially blocked by two poorly parked vans, thus posing a safety risk for often inexperienced children. The Mayor promised additional checks for future editions of the event.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) drew the Council's attention to an error in the text of one of the traffic regulations. She also wanted details on the site in question on Rue des Romains. The Mayor explained that the construction site had often required the full closure of the street. A solution to this problem seemed to have been found, but short-term closures would still be necessary from time to time. He pointed out that the Commune had avoided a complete closure of the street until October and that it was one of the main arteries of the Commune. The Councillor and the Mayor agreed that the Rue des Romains should be the object of future traffic restrictions.

The traffic regulations were approved unanimously.

3. Approval of the Climate Pact 2.0.

The Council was called upon to approve the Climate Pact 2.0. Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that the Commune had been heavily involved in the preparation of the new Climate Pact 2.0, in particular thanks to

the work of the Consultative Commission's Climate Team. The Mayor explained that the Climate Pact 2.0 was aimed at reducing greenhouse gas emissions, improving energy efficiency and promoting renewables, and that it put more emphasis on citizen participation.

In terms of certifications, the Mayor pointed out that the Commune had already reached Category 2. He felt that the Commune was making a great deal of effort to progress in the ranking. The Mayor also announced that the Commune would continue to be accompanied by the same climate advisor from "studio E". The Mayor would represent the College of Aldermen in the Climate Commission. As part of the plan, the Commune had already defined work programmes and put in place a monitoring system for the quantitative objectives. The Climate Pact 2.0 would remain in force until 31 December 2030.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) highlighted the excellent work of the Climate Commission, which was very active. Upon the initiative of effective member Romain Becker, the team had drawn up a list of all areas in the Commune that posed problems to cyclists. The first edition of the "Repair Café" on 27 June was a great success, with almost 50 visitors. The same applied to the first edition of the garage sale on 11 July.

The Mayor announced that an anti-waste week would take place in October. It would include an exhibition on waste set up by the Ministry, aimed at schoolchildren and citizens. Other actions for different age groups were being prepared with the participation of the Youth Committee and the Senior Club. A "re-use" programme would be developed with various partners by the end of the year. Another related project had been set up with the Social Office. A delegation from the Climate Commission had also visited the "Mademoiselle Vrac" grocery shop, a shop that does not use packaging and which is established in the Commune.

The Mayor announced that the Commune would launch its own campaign on waste separation and prevention in 2022. He believed that the Commune must take action while awaiting the adoption of the Waste Management Act. The installation of solar panels on the roof of the new school and the Town Hall was also under consideration. Mayor Nicolas Pundel (CSV) also

felt that efforts should be made to reduce water waste at “Les Thermes”, the intercommunal swimming pool. He explained that the swimming pool had to renew on average 30 litres of water per visitor per day. He thought that the wastewater from the pools and the showers should be treated and reused.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) also announced that the new bicycle stands had been installed and that the College of Aldermen intended to install a bicycle service terminal near the Town Hall. The Commune would also use an electric bus for school transport. The Mayor concluded by pointing out that the circular economy and the fight against waste were primary objectives of the “Strassen 2030” development plan.

At the request of Councillor Victoria El Khoury (LSAP), the Mayor confirmed that Strassen had reached Level 2 certification in the Climate Pact, which was equivalent to a score of 55 %.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) welcomed the work done by the Climate Commission team. She felt that motivation was high and that the initiatives of the Commune on the level of environmental policy were going in the right direction. The Mayor shared this view and confirmed that additional members were welcome to join the team.

Councillor Marc Fischer (DP) was glad the “Repair Café” was so successful. He considered it to be an innovative project that fits well in Luxembourg’s sustainable development efforts. However, the Councillor was of the opinion that the Commune had not sufficiently advertised the garage sale. He felt that it would have been more successful if it had been joined with the bi-monthly market (“Maart zu Stroossen”). Marc Fischer (DP) also welcomed the progress made in the fight against waste, especially as concrete actions in this area had been long delayed. He stressed the importance of raising awareness in these fields and asked if the Commune had statistics on food waste generated by the canteen. He felt that such data would help assess the success of awareness-raising campaigns in future. Mayor Nicolas Pundel (CSV) noted that Strassen had just hosted the first “Repair Café” organised by a commune in Luxembourg. He welcomed the Councillor’s proposal on the matter of food waste

and promised to discuss it with the officials of the Commune.

At the request of Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), the Mayor explained that the Commune intended to organise two to three “Repair Café” events and garage sales every year.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) welcomed the initiatives organised under the Climate Pact, as well as the Climate Commission team’s work. However, she felt that the Communal Council had failed to fulfil its duty to present the implementation of the programme to the Communal Council once a year, as provided for in Article 3.1 of the Climate Pact. Martine Dieschburg-Nickels (DP) wanted the Council members to be more involved in the consultation process. She also felt that the new Climate Pact gave fairly clear indications on the composition of the Climate Commission team in Article 5.1.2: it proposed the strong involvement of young people and both a gender and age balance for members. Mayor Nicolas Pundel (CSV) confirmed that awareness-raising plays an important role in this area. He believed that the Climate Commission’s team already presented a good social mix. He also promised that Council members would be regularly informed about progress and initiatives under the Pact. In addition, he announced that the Commune had finally received the authorisation to mark the bus lane on Route d’Arlon as a cycle path.

Councillor François Gleis (CSV) believed that certain paths should be refurbished in order to prevent friction between pedestrians and cyclists. The path leading to the forest via the “An den Dielen” landfill was still in poor condition. The Mayor explained that the path in question had already been restored two months ago, but that there were still problems due to lack of action from the owners. Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) commented that she had explained the problem of the landfill to the Minister for Energy and Spatial Planning, Claude Turmes (déi Gréng), during a meeting. She thought that the Minister supported the Commune’s claims. The Mayor pointed out that the Commune had already presented the problem at its meeting with the Ministry. He thought that the Commune would continue to urge those in charge to find a solution. Councillor Jean-Marie Durrer (CSV)

noted that the SICONA syndicate had also refused to provide assistance in this context.

The Climate Pact 2.0 was unanimously approved.

4. Decision on the exercise of a right of pre-emption under the Housing Pact.

The Commune received four applications concerning the exercise of the right of pre-emption regarding several plots. The College proposed not to exercise the right of pre-emption in any of the cases. The Mayor described the various plots of land and the prices charged, and pointed out that the Communal Council preferred to focus on the creation of its own social housing projects rather than buy land. Councillors François Gleis (CSV) and Laurent Glesener (DP) supported this position.

The exercise of a right of pre-emption on the plots in question was unanimously rejected.

5. Decision on allowances for lecturers.

Alderman Jean Claude Roob (LSAP) explained that a number of lecturers had not been able to do their job in the first half of the year because of the pandemic. The College of Aldermen proposed to pay them anyway. This matter concerned three people and the sum to be awarded was EUR 10,563.52. The Mayor pointed out that this measure concerned only the lecturers who were unable to give their classes because of the sanitary measures in place.

Councillor Léandre Kandel (DP) was surprised that the full pay should be granted. He said that partial compensation was customary. The Mayor explained that these people had no other source of income. Councillor Léandre Kandel (DP) noted that even the State only partially covered the losses of private companies as part of its post-COVID-19 recovery strategy. Alderman Jean Claude Roob (LSAP) considered this to be a completely different order of magnitude and said that the comparison was not valid.

Councillor Marc Fischer (DP) agreed with the position of Léandre Kandel (DP). He considered that lecturers also had fewer costs as a result of the cancellation of their duties and that partial compensation would

therefore be legitimate. Councillor Paul Klensch (LSAP) also agreed with this position and reminded the Council members of their responsibilities in the management of public funds. He also asked whether the lecturers in question had received assistance from the State in order, so as to avoid double compensation.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that the contracts of the lecturers in question did not provide for any compensation. Councillor Léandre Kandel (DP) did not change his position. While fully approving partial compensation, he did not find it acceptable that lecturers should receive their full salary without having worked. He announced that he would abstain from the vote.

Councillor François Gleis (CSV) said he understood the members' concerns about full compensation, but also believed that the Commune should show some flexibility in view of the current crisis. Mayor Nicolas Pundel (CSV) noted that the State compensated its civil servants in full and that the employees of the "Les Thermes" C.N.I. had also received their full salary despite the fact that the swimming pool was closed.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) noted that there were differences of opinion on the issue. The proposal of the College of Aldermen would therefore be put to the vote without any modification.

Councillor Marc Fischer (DP) aligned himself with the members opposed to the proposal and announced that he too would abstain from the vote.

The proposal was approved by a majority with eight abstentions, by Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Martine Dieschburg-Nickels (DP), Victoria El Khoury (LSAP), Marc Fischer (DP), Laurent Glesener (DP), Léandre Kandel (DP), Paul Klensch (LSAP) and Claire Remmy (déi Gréng).

6. Allocation of ordinary subsidies 2020/2021 to local associations.

The Communal Council was called upon to approve the allocation of subsidies to local associations. Alderman Jean Claude Roob (LSAP) explained that the proposal of the College of Aldermen foresaw to allocate the

same amount to the associations as in 2020, adding an extraordinary 30 % supplement due to the pandemic. A one-off amendment to the corresponding budget article would be necessary because there were two additional associations: “Cavaliers indépendants luxembourgeois (CIL)” and “Nihon Tai Jitsu”. The appropriation for the article “Grants to sports associations” would therefore be increased from EUR 146,000 to EUR 151,000.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) stressed the importance of associations for the Commune. He considered that community life had been seriously affected by the pandemic and welcomed the fact that no association had been dissolved as a result of the crisis. The allocation of an extraordinary supplement was therefore perfectly legitimate without significantly impacting the overall budget. The football club “FC Una” and the “Volleyball Club Strassen” claimed compensation for their loss of income on admission tickets for matches. Given the financial situation of the associations in question, the College of Aldermen was not convinced of the merits of those applications.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) welcomed the principle of extraordinary subsidies but wanted to know why the rate was set at 30 %. She considered that it would have been more appropriate to adapt the amounts to the actual losses of the associations. The Mayor explained that it was almost impossible to reach fair calculations because all associations were different. He also pointed out that the Council had taken the decision in 2020 to support all associations without distinction.

Councillor Marc Fischer (DP) shared Victoria El Khoury’s view (LSAP) regarding the extraordinary subsidy lump sums awarded without distinction. He deplored the lack of a clear distribution key and felt that the College had never analysed the real needs of the associations. Mayor Nicolas Pundel (CSV) replied that the Communal Council had all the associations’ accounts and that it was therefore fully aware of them. He also felt that it was very difficult to decide on a truly fair distribution only on this basis. In the view of Councillor Marc Fischer (DP), the current allocation practice was a rather irresponsible “sprinkling of subsidies”. The Mayor replied that the College of Aldermen was perfectly capable of

analysing and responding to the specific needs of a particular association, as had recently been the case with the “FNEL Kiewerlecken” scouts association.

Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) explained that he had personally contributed to the development of a distribution key based on objective criteria some fifteen years ago. It was rejected by the liberal majority at the time for political reasons. The current key had simply been taken over by the current College of Aldermen. He felt that the use of an objective key was always possible, but that this also required the courage to open a debate with the associations on a possible reduction in subsidies.

Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) explained that the current distribution key was based on objective criteria, but that a coefficient had been introduced under the former College of Aldermen. In his view, that was done arbitrarily in order to favour certain associations with privileged links to the political majority at the time. A second alleged reason formerly invoked was the disproportionate support for cultural associations compared to sports associations.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) would have preferred to ask the associations whether they really needed an extraordinary subsidy following the crisis, with the obligation to provide proof if this was the case. She was convinced that some associations would have refused the additional aid.

Councillor Marc Fischer (DP) explained that some associations not only had to face a loss of revenue on entrance tickets, but that they also risked losing their sponsors, which would result in losses over several years. In his view, the College of Aldermen should take this into consideration.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) did not believe that the Commune should interfere in the decisions of the associations in this manner.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) was of the opinion that, on the contrary, the Commune should guide and encourage the activities of the associations through the allocation of subsidies, taking into account the public interest and political objectives.

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) considered that a discussion on the distribution key was legitimate, but also thought that this vote mainly concerned exceptional assistance in the context of the pandemic. Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) did not change her position and considered that this vote was an opportunity to reform the system.

Councillor Paul Klensch (LSAP) considered that almost all aspects of the issue had been mentioned. He said clear criteria would be in the interest of greater transparency and that the Commune should explain how these funds are distributed. This would be particularly important for young voters who are less familiar with the functioning of a Commune.

Councillor Marc Fischer (DP) proposed that a new distribution key be discussed in the consultative commissions. He called on the College of Aldermen to do so. Mayor Nicolas Pundel (CSV) did not oppose the debate in the commissions but remained sceptical about the outcome.

Councillor Paul Klensch (LSAP) stressed that the current aim was not to discuss a new distribution key. In the interests of transparency, he felt that all Councillors should be specifically informed about the criteria for allocating the subsidies.

Councillor Victoria El Khoury (LSAP) believed that there was a need to review the way subsidies were allocated and also to improve transparency in this context. She considered that some associations in Strassen were considered somewhat closed and believed that if integration were part of the allocation factors, this would encourage them to become more open.

Councillor Jean-Marie Durrer (CSV) explained that the number of members and the volume of activities of an association were already part of the award criteria. He felt that the real problem arose when weighing up the various factors, which could never be completely objective. Mayor Nicolas Pundel (CSV) shared this view.

Alderman Jean Claude Roob (LSAP) confirmed that there were award criteria and a distribution key, but that it is now impossible to know the reasons behind

the coefficients. He also believed that a change in the distribution key could lead to frustration and a loss of members within the associations.

Councillor Laurent Glesener (DP) supported the position of the Council of Aldermen. He felt that community life was important for the Commune and agreed with the Mayor that the Commune should not interfere too much in the internal operation of the associations. He also believed that an objective definition of the allocation criteria was impossible because the associations were very different. He also thought that minor changes in the distribution of subsidies would not change the overall budget allocated to subsidies. In conclusion, he felt that it was not useful to reopen a debate on the political background or responsibilities.

Councillor Marc Fischer (DP) held his stance and felt that a distinction should be made between ordinary and extraordinary subsidies, even though specific allocation keys had to be set for each type.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) stressed that, in her view, it was not a question of removing subsidies from associations, but of establishing clear and transparent criteria. She reiterated her conviction that such criteria would also make it possible to influence the activities of associations to promote political objectives such as integration or activities for young people.

Councillor François Gleis (CSV) recalled the major difficulties associations were facing due to the pandemic. He explained that the old distribution key already took into account factors such as integration capacity, work with old or young people, and the management of activities within associations. He was convinced that this key had been presented to the Consultative Commission by the former Mayor.

Ordinary 2020/2021 subsidies to local associations were unanimously approved.

7. Approval of an addendum to the agreement on “Vél’Oh” stations.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that an amendment to the agreement on “Vél’Oh”

stations was required due to the installation of two additional stations. He announced that the three existing stations had a high level of users. The new stations would be located in the “Pescher” estate, near the waterplay area and around Riedgen Park. The agreement set forth the conditions for three stations comprising 20 docks and ten electric bicycles, as well as two stations comprising 15 docks and eight bicycles. The Commune would bear the cost of installing the stations, which amount to EUR 54,447.61 per station with 20 docks and EUR 49,061.66 per station with 15 docks. In addition, the Commune would cover the annual operating costs of EUR 10,377.66 per station with 20 docks and EUR 8,674.61 per station with 15 docks.

At the request of Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP), the Mayor confirmed that dismantling a station costs EUR 8,636.06 regardless of the size of the station. The Councillor also wondered about the meaning of Article 11, which states that “... the contractual provisions on the regulation of bicycle stations in force between the City of Luxembourg and JCDecaux shall not apply in the territory of the Commune of Strassen”. The Mayor explained that the City of Luxembourg had concluded a contract for advertising bicycle stations with the operator JCDecaux and that there was no such contract for Strassen.

Councillor Laurent Glesener (DP) thought that another location had been selected. The Mayor explained that initially, a third station had been planned in Rue de Reckenthal, but the decision was taken to wait for the works in progress at that location to be completed for the installation.

The amendment to the agreement on “Vél’Oh” stations was unanimously approved.

8. Approval of several lease contracts.

The Communal Council was called upon to approve two lease agreements for the Commune’s social housing at 239, Route d’Arlon. Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) briefly explained the personal situation of the new tenants.

The two lease agreements were unanimously approved.

9. Decision on several plots of land.

The Communal Council was called upon to approve a decision on two plots of land. The Mayor explained that the first development concerned a plot of land at the corner of Rue de la Libération and Rue de l’Indépendance, which would be split in two in order to create a second building plot. The second development concerned three plots belonging to “Stugalux” which would be divided into six parts to allow for a construction project and create the space needed for the Luxtram network. The decision on the two sites was unanimously approved.

10. Adoption of a one-off amendment to the extraordinary budget.

The Councillors were called upon to adopt a one-off amendment to the extraordinary budget relating to works aiming to improve traffic fluidity on the RN34, between the exit of the A6 at Bourmicht and the Helfenterbrück interchange through the Commune of Bertrange. The Mayor explained that Strassen had to reimburse its share in the participation in the project totalling EUR 59,632.12 to the Commune of Bertrange.

The one-off amendment to the extraordinary budget was unanimously approved.

11. Decision on a charity donation.

The College of Aldermen proposed to make a donation of EUR 1,639.70 to cover the cost of sending Covid-19 rapid antigenic tests and surgical masks to the disadvantaged population in Nepal.

Alderman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the owners of the local Restaurant “Swagat” had informed the College of Aldermen about the extremely tense situation due to the pandemic in their native country Nepal. The Commune then sent its surplus of 1,600 rapid antigenic tests and 3,000 surgical masks to Nepal. The proposed donation intended to cover the cost of sending the equipment.

Councillor Paul Klensch (LSAP) requested information about the amount and wanted to know whether the Commune had paid customs clearance fees.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) explained that the amount covered the postage costs and that the Commune had not paid any additional costs.

The donation was approved unanimously.

12. Miscellaneous.

Mayor Nicolas Pundel (CSV) informed the Council that he now had the information requested at the meeting on 2 June about an allegedly dangerous platform located on the playground near the new school. He explained that the structure in question was approved for children from the age of five upwards. Considering that the students in Cycle 2 are older than that and that the teaching staff was informed of the matter, the Mayor did not consider the structure to be problematic. As regards the statistics requested on accidents on playgrounds, he explained that there had been three accidents until June for the current year. Of an overall population of 750 pupils, the Mayor therefore considered that there was no real safety problem at this level.

The Mayor announced that a decision on the “Le Lion d’Or” brewery was just taken in the morning of the Council meeting. The outgoing manager would have two months to vacate the premises and an expert would assess the amount of the departure tax payable by the Commune. The Mayor welcomed the fact that this case was finally resolved and that matters could finally move forward. Contracts with new operators and the renovation of the premises were under preparation. Due to the scale of the works required, Mayor Nicolas Pundel (CSV) felt that the reopening could not take place before the following year.

Councillor Léandre Kandel (DP) wanted to know if the apartments annexed to the brewery were still part of the next lease agreement. The Mayor explained that the College of Aldermen intended to hire a lawyer in order to examine the matter.

According to Councillor Maryse Bestgen-Martin (dei Gréng), many people complained about the work of the Buildings Committee, mainly because of excessive delays for building permits, but also because of communication problems. The Councillor considered

that there was also a problem with a regulation which seemed to stipulate that a bicycle shed was required in single-family houses. She asked what the situation was in this Regulation. The Mayor confirmed that such a requirement mistakenly appeared in the General Development Plan (PAG) and that it would have to be changed. The Mayor also said that he was aware of the problems of communication and deadlines with the Buildings Committee. He explained that the delays were the result of the large number of construction projects and the fact that currently only one official was in charge of this task in the Technical Service. These problems would have to be addressed, namely by employing an additional person in said department.

As an effective member of the Buildings Committee, Councillor Laurent Glesener (DP) explained that the issue of excessive delays had been discussed at the last Committee meeting. The decision was taken to reduce the Committee’s burden by listing the types of minor authorisations that did not require in-depth analysis. He also felt that, in view of rapid urbanisation, the Commune would have to employ further staff and add organisational resources. The Mayor agreed.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (dei Gréng) said she had heard of a plan to build a residence on a plot behind 262, Route d’Arlon. She believed that this could cause problems due to the future alternative road that would be built nearby. She thought that the Commune should inform potential buyers of this fact in order to avoid any noise-related complaints being communicated to the Commune at a later stage. The Mayor believed that the situation was not ideal and that the project for an alternative road was likely to put many people off.

Councillor Léandre Kandel (DP) pointed out that it would be difficult for the Commune to warn owners whose identity is unknown at the time of the sale of apartments.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) reported that some elderly people had complained about the lack of benches in the shade in Riedgen Park. She suggested that the Commune propose a solution.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) was disappointed by the new Commune magazine. She

considered that the content reflected only the positions of the College of Aldermen and that the publication did not contain any photograph of the Council members.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also criticised the video produced on the occasion of the National Day. She proposed that the Commune adopt a code of ethics for its communications. Mayor Nicolas Pundel (CSV) took note of the proposal.

According to Councillor Marc Fischer (DP), whether the Commune magazine was successful or not had yet to be proven. As regards the problem in Riedgen Park, the Councillor felt that there were insufficient benches throughout the Commune. Marc Fischer (DP) also wanted to know whether the Commune had statistics showing the impact of the building site on Rue de Reckenthal on traffic. In his view, the site's traffic lights could improve traffic fluidity on the streets. He considered that statistics may be able to support this finding and that, if appropriate, the Commune could install a permanent set of lights there. The Mayor explained that collecting data at that location would not make sense because the street would be completely closed to traffic after the construction sector's collective leave period. Councillor Laurent Glesener (DP) said there were already traffic lights 50 metres away from there and he did not think that a second set was needed. Councillor Marc Fischer (DP)

also considered that the traffic islands at the entrance to the "Pescher" estate did not slow traffic down and that they could cause accidents. The Mayor agreed with him, but said traffic islands were no longer built in the same way. He pointed out that the Commune had no choice in that regard because of the permits required.

Councillor François Gleis (CSV) considered that the opposition's criticism of the College of Aldermen's communications policy was not legitimate, because the College had only taken up its duties in February. He said the DP's approach to communications was very similar when it was in power.

Councillor Paul Klensch (LSAP) said that discussions held under "Any other business" on the agenda were disorderly. He suggested that the Council be given the means to organise the debates better. With regard to the problem of the new residence bordering the future alternative route, he felt that the Commune should be careful not to campaign against a developer in case this caused legal problems. Finally, Paul Klensch (LSAP) considered that criticism against the College of Aldermen's communication policy was unfounded.

13. Decision on the exercise of a right of pre-emption (in camera).

14. Staff matters: Decision on promotion (in camera).



Vous avez envie d'apprendre à d'autres seniors les réflexes de sécurité à adopter dans la vie de tous les jours ?

Alors devenez vous aussi

Conseiller de sécurité pour seniors !

Nous sommes une équipe de bénévoles qui proposent des conférences sur la sécurité, selon le principe

« **Des seniors au service des seniors, actifs pour plus de sécurité !** »

Vous bénéficierez d'une formation dispensée par la Police sur des sujets du domaine de la sécurité et vous pourrez ensuite partager vos connaissances au cours de conférences que vous donnerez à d'autres seniors.

Cela vous intéresse ? Alors contactez-nous :

prevention@police.etat.lu

Téléphone : +352 244 24 4033





L'initiative étatique BEE-SECURE souhaite recruter des seniors prêts à participer activement au projet « **Silver Surfer – surfer sur internet en toute sécurité** », qui s'inscrit dans le concept « des seniors pour les seniors ».

Nous recherchons des seniors qui :

- ont de bonnes connaissances en informatique et maîtrisent les nouveaux médias,
- souhaitent continuer à se former mais aussi partager leurs connaissances avec d'autres seniors,
- ont le temps et l'envie de donner des conférences sur la sécurité sur Internet à un public senior.

Nous vous proposons :

- des formations gratuites dispensées par des experts en sécurité de BEE-SECURE,
- des réunions régulières avec les experts,
- des documents et des supports pour les conférences.

Cela vous intéresse ? Alors contactez-nous :
info@silversurfer.lu

Ce projet est réalisé en collaboration avec :



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Famille, de l'intégration
et à la Grande Région

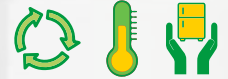


Klimaschutz und Kühl-/Gefriergeräte

Richtig handeln bei Kauf und Entsorgung

Protection du climat et réfrigérateurs / congélateurs

Agir responsablement à l'achat et à l'élimination



Ein gutes Gerät soll zuverlässig und sparsam sein und eine lange Lebensdauer haben. Bei vielen Geräten sind die Betriebskosten in ihrer Lebensdauer deutlich höher als ihr Kaufpreis. Besonders sparsame Geräte sparen deshalb im Laufe der Jahre wesentlich mehr an Stromkosten ein, als sie bei der Anschaffung teuer sind.

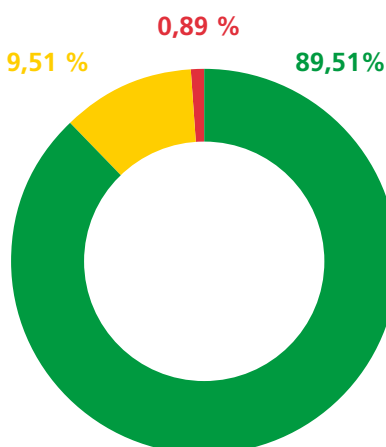
Achten Sie daher auf das Label mit der Energieeffizienzklasse. Wertvolle Informationen finden Sie auch bei www.oekotopten.lu. Bei der Entsorgung sollte strikt darauf geachtet werden, dass diese über die von **Ecotrel** autorisierten Kanäle erfolgen (siehe www.e-collect.lu).

Un bon appareil doit être fiable, économique et avoir une longue durée de vie. Pour de nombreux appareils, les coûts d'exploitation tout au long de leur vie sont significativement plus élevés que leur prix d'achat. En conséquence, les appareils particulièrement économiques permettent d'épargner davantage sur les coûts d'électricité au fil des années que sur leur coût d'achat.

Faites donc attention à l'étiquette avec la classe d'efficacité énergétique. Vous trouvez [oekotopten.lu](http://www.oekotopten.lu) également des informations précieuses sur www.oekotopten.lu. L'élimination doit être strictement basée sur les canaux autorisés par **Ecotrel** (voir www.e-collect.lu).

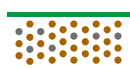
Ressourcenpotential Kühlgeräte

Potentiel de ressources Réfrigérateurs



● Rohstoff / matière primaire
● Energie / énergie
● Verschutt / pertes

Wichtigste Outputströme Les flux plus importants



Eisen-, Kuper und Aluminiummetalle, Polystyrol, Ölbindemittel ÖkoPUR
Fer, cuivre, aluminium, polystyrène, liant d'huile, ÖkoPUR



Ersatzbrennstoffe
Carburants de remplacement



FCKW
CFC

Produkttempfänger / Destinataire:
SEG-Umweltservice GmbH,
D-Mettlach/Saar
www.seg-online.de

Vermeidung Prévention

Achten Sie beim Kauf von Geräten auf die Energieeffizienz (den Stromverbrauch)! Ein höherer Anschaffungspreis kann sich oft nach wenigen Jahren amortisieren.

Nachhaltigkeit! Prüfen Sie neben der Energieeffizienz auch Aspekte wie Reparaturfreundlichkeit, Lebensdauer und soziales Engagement des Herstellers.

Aufstellort und Art des Gerätes! Die Umgebungstemperatur spielt eine grosse Rolle beim Energieverbrauch. Wählen Sie die Art des Gerätes (Kühl-Gefrierkombination oder Einzelgerät) je nach Bedarf.

Behandlung von Altgeräten! Achten Sie bei Handhabung und Transport insbesondere darauf, dass die Kühlschlangen nicht beschädigt werden.

Lors de l'achat d'appareils, veillez à l'efficacité énergétique, c'est-à-dire à la consommation d'énergie! Un prix d'achat plus élevé aujourd'hui peut s'avérer plus rentable sur le long terme.

Développement durable! En plus de l'efficacité énergétique, vérifiez également les aspects tels que la facilité de réparation, la durée de vie et l'engagement social du fabricant.

Emplacement et type d'appareil! La température ambiante joue un rôle majeur dans la consommation d'énergie. Choisissez le type d'appareil (réfrigérateur-congélateur ou appareil unique) selon le besoin.

Manipulation des appareils usagés! Lors de la manipulation et du transport, veillez à ce que les serpentins de refroidissement ne soient pas endommagés.

Entsorgung und Verwertung Elimination et recyclage

- Entsorgen Sie Kühlgeräte über die von **Ecotrel** autorisierten Kanäle: lokaler Recyclinghof - Gemeindedienste - mit **Ecotrel** konventionierte Entsorger.



- Die von **Ecotrel** beauftragte SuperDrecksKëscht® kümmert sich darum, dass die Geräte nach der Circular Economy-Philosophie nach höchstem Stand der Technik verwertet werden.

- Débarrassez-vous des appareils de réfrigération via les canaux autorisés par **Ecotrel**: centre de recyclage local - services communaux - collecteurs conventionnés par **Ecotrel**.

ecotrel
association sans but lucratif
www.e-collect.lu

- La SuperDrecksKëscht® ,le sous-traitant d'**Ecotrel**, garantit que les appareils sont recyclés selon la philosophie « Circular Economy » en se basant sur les normes les plus élevées de la technologie.



COMMUNE DE
Strassen

